

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Werner Weidenfeld/Felix Philipp Lutz

Die gespaltene Nation

Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit

Dieter Senghaas

Vom Nutzen und Elend der Nationalismen im Leben von Völkern

Gert Weisskirchen

Europa im Aufbruch zu einer neuen Gemeinsamkeit

B 31-32/92

24. Juli 1992

Werner Weidenfeld, Dr. phil., geb. 1947; Professor für Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Die Identität der Deutschen, München 1983; (Hrsg.) Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987; Der deutsche Weg, Berlin 1991²; (Hrsg. zus. mit Karl-Rudolf Korte) Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt 1992.

Felix Philipp Lutz, M. A., geb. 1958; seit 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Deutschland am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Junge Deutsche im Ausland: Vergangenheitsbewältigung und Vorurteilsabbau, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1989) 2; Geschichtsbewußtsein und individuelle Wertsysteme, in: Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.), Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt-New York 1992; Wertewandel, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt 1992.

Dieter Senghaas, Dr. phil., geb. 1940; Professor für internationale Politik und internationale Gesellschaft, insbesondere Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung an der Universität Bremen; Forschungsprofessor in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1986⁵; Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt 1982; Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt 1991²; Friedensprojekt Europa, Frankfurt 1992.

Gert Weisskirchen, M. A., geb. 1944; Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion; Professor für Sozialpädagogik an der Fachhochschule für Sozialwesen, Wiesbaden; zur Zeit Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Ein schwieriges Bündnis. Das Verhältnis sozialistischer Parteien zur Friedensbewegung in Europa, Bonn 1988; Paradoxien im Transit, in: Frankfurter Hefte/Die Neue Gesellschaft, (1992) 5; Ambivalenzen der Entspannungspolitik, in: Deutschland Archiv, (1992) 5.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die gespaltene Nation

Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit

I. Geschichtsbewußtsein als politischer Faktor

Die Vergangenheit läßt die Deutschen nicht zur Ruhe kommen. Fast 50 Jahre nach Auschwitz, 43 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten und zwei Jahre nach dem Ende der letzten deutschen Diktatur beschäftigen sich die Deutschen intensiv mit ihren Vergangenheiten. Der Nationalsozialismus und die SED-Diktatur spalten die Deutschen in Generationen, in Täter und Opfer, in Mitwisser und Aufklärer, in Väter und Söhne, in Belohnte und Bestrafte, in reiche Onkel und arme Brüder und schließlich ganz Deutschland in „Ost“ und „West“.

Die Gründe und Motivationen für die Auseinandersetzungen sind so vielfältig wie die Themen und Gebiete, auf denen diese ausgetragen werden. Doch nicht nur die Aufarbeitung der DDR-Geschichte belastet den Umgang miteinander. Auf vielen Ebenen unterscheiden sich die Einstellungen und Orientierungen der Deutschen in Ost und West deutlich voneinander. Der „europäische Mentalitätsbruch“¹ trennt nicht nur Ost- von Westeuropa, er verläuft vielmehr mitten durch Deutschland. In zentralen Bereichen wie Lebenszufriedenheit², Sicherheit und Ordnung³ und in „deutsch-deutschen Kernfragen“⁴ gehen die Meinungen der Deutschen in Ost und West auseinander.

1 Der Begriff stammt von Wolf Lepenies, wird hier aber in einem umfassenderen Sinne verstanden; vgl. ders., Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992, S. 12.

2 Vgl. Roland Habich/Detlef Landua/Eckhard Priller, Geringere Lebenszufriedenheit in der ehemaligen DDR, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 5 vom Januar 1991, hrsg. von ZUMA-Mannheim.

3 Vgl. Peter Meroth, Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen, in: Magazin der Süddeutschen Zeitung, Nr. 1 vom 4. Januar 1991.

Der aktuelle Prozeß des Zusammenwachsens der neuen und alten Bundesländer wirkt sich in beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich aus. Die staatliche Finanzkrise und eine wirtschaftliche Rezession bedrohen die zukünftige Entwicklung, haben bis zum jetzigen Zeitpunkt aber noch keine schwerwiegenden existentiellen Auswirkungen auf die Einkommen und den Besitzstand der Westdeutschen gehabt. Die Situation in der Phase der Befragungen für diese Untersuchung in den westlichen Bundesländern vom Sommer 1989 bis zum Frühjahr 1991 war vielmehr gekennzeichnet durch politische und ökonomische Stabilität, scheinbar unerschütterlich auch durch die gewaltigen finanziellen Ressourcentransfers in den Osten. Noch stabiler als die wirtschaftliche erscheint die politische Lage⁵.

Die Untersuchung fand in ihren ersten Teilen am Ende einer 40jährigen Epoche des Kalten Krieges statt, die durch die Stichworte „Nachkriegsdeutschland“ und „Zweistaatlichkeit“ charakterisiert war. Vor diesem Hintergrund ist dies auch eine Bestandsaufnahme einer historischen Phase, die unwiderruflich vorbei ist. Die alten Wahrheiten und Konzepte sind obsolet und gelten nicht mehr – im Osten, aber auch im Westen. Das Geschichtsbewußtsein der Westdeutschen hat diesen Umbruch – zumindest bis zu den vorläufig letzten Erhebungszeitpunkten im Februar und September 1991 – fast unverändert überstanden; ein Zeichen für die Stabilität der politischen Kultur der alten Bundesrepublik, aber auch vielleicht ein problematisches Signal bezüglich der in solchen Zeiten notwendigen Flexibilität und Lernfähigkeit.

4 Vgl. die Spiegel-Umfrage über die politische Situation im Februar, in: Der Spiegel, Nr. 8 vom 17. Februar 1992, S. 40–50. Zu den deutsch-deutschen Kernfragen zählt der Spiegel beispielsweise die Fragen, ob Bonn genug für den Osten tue und ob die Vereinigung Deutschlands den Erwartungen der Befragten entspreche.

5 Wolf Lepenies hat die intellektuelle Ruhe im Westen, das Weitermachen und Weiterdenken nach der Einheit, so als wäre nichts geschehen, mit der Formel der „Folgenlosigkeit einer unerhörten Begebenheit“ umschrieben (Anm. 1), S. 25 ff.

Ganz anders in den fünf neuen Bundesländern: Hier hat ein historischer Bruch stattgefunden; eine Neuorientierung ist allein schon aufgrund der dramatisch veränderten äußeren Umstände eine zwingende Notwendigkeit für jeden einzelnen. Dies färbt die Auseinandersetzung mit der individuellen und kollektiven Vergangenheit. Der Prozeß der Verarbeitung der allerjüngsten Geschichte, und damit auch die Einordnung der eigenen (DDR-) Vergangenheit in das Selbstkonzept der Befragten, war zum Zeitpunkt der Datenerhebung keineswegs abgeschlossen. Die Untersuchung fand bei den Bürgern der ehemaligen DDR in einer Situation tiefgreifender Verunsicherung⁶, ja sogar der Identitätskrise statt. Erhoben wurde ein Geschichtsbewußtsein im Umbruch. Die im folgenden aufgezeigten Ergebnisse stellen daher – soweit sie sich auf die neuen Bundesländer beziehen – eine Momentaufnahme dar, die einen Prozeß der Bewußtseinsänderung abbildet. Der Prozeß der Umorientierung, die Verunsicherung und Widersprüchlichkeit sowie die vorhandenen ambivalenten Gefühle der Befragten werden auch in dem erhobenen Material deutlich.

Datenlage und Forschungsziele: Im Rahmen des Projekts „Geschichtsbewußtsein in Deutschland als politischer Faktor“⁷ werden die relevanten Strukturen und Inhalte individueller historischer Verarbeitungsmuster der Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern erforscht. Darüber hinaus sollen Einstellungen und Orientierungen gegenüber ausgewählten historischen Ereignissen oder Epochen abgebildet werden. Ein weiteres Ziel besteht darin, die Zusammenhänge zwischen dem Geschichtsbewußtsein der Menschen und der politischen Kultur in Deutschland herauszuarbeiten, wobei besonderes Gewicht auf den Wechselwirkungen von Vergangenheitsdeutungen und Gegenwartsinterpretation sowie daraus abgeleiteten Zukunftsvorstellungen liegt.

Insgesamt wurden in den alten und neuen Bundesländern ca. 250 Personen in speziellen Gruppen und in Einzelgesprächen zum Thema interviewt. Zusätzlich haben wir in den alten Bundesländern auf der Grundlage der daraus gewonnenen qualitativen Befunde eine Repräsentativbefragung mit

6 Zu den Ängsten und Einstellungen der Ostdeutschen siehe beispielsweise die „Spiegel-Umfrage über die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zueinander“ (Teil II), in: Der Spiegel, Nr. 31 vom 29. Juli 1991, S. 41–49.

7 Das Forschungsprojekt wird im Rahmen der Forschungsgruppe Deutschland unter der Leitung von Prof. Werner Weidenfeld am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz durchgeführt. Projektbearbeiter ist Felix Philipp Lutz.

2000 Personen durchgeführt. Kapitel II beschreibt stichwortartig einige Ergebnisse aus den qualitativen Untersuchungen in Ost und West. Kapitel III zeigt – stark verkürzt – eine empirische Landkarte des Geschichtsbewußtseins in den westlichen Bundesländern auf der Grundlage multivariater Datenanalysen des Materials aus der Repräsentativbefragung.

Die wichtigste Auswertungsgrundlage stellen die in knapp 200 Fällen durchgeführten Explorationsgespräche oder narrativen Interviews dar⁸. Nur das offene oder narrative Interview gibt als eine Form der nachgefragten Erzählung Auskunft darüber, was aus der Sicht des Befragten zu einem Thema relevant erscheint. Die wirklichkeitsgetreue, möglichst unverfälschte Feststellung psychischer Gegebenheiten wie Vorstellungen, Meinungen, Einstellungen und Erinnerungen setzt auf Seiten der Interviewten Gedächtnisleistung, Selbstbeobachtung, Introspektion und ausreichend verbale Ausdrucksmöglichkeiten voraus, die nur in der offenen Interviewsituation gegeben sind. Die Exploration hat den Befragten Gelegenheit gegeben, über sich selbst, über die eigenen privaten und politischen Bedürfnisse, über spezielle Abschnitte und Aspekte der deutschen Geschichte und der Geschichte allgemein sowie über ihre Zukunftsperspektiven und eigenen Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten in Gesellschaft und Politik zu reden.

II. Die gespaltene Nation: Zwei Gesellschaften, zwei Vergangenheiten und zwei Geschichtskulturen⁹

1. Der individuelle Zugang zu Geschichte

Geschichtsbewußtsein als Prägungsmuster aus dem Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive¹⁰ versucht, erfahrungsgesättigtes Wissen um die menschliche Vergangenheit zur Deutung dessen,

8 Zur qualitativen Methodik siehe Felix Philipp Lutz, Geschichtsbewußtsein und individuelle Wertssysteme, in: Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.), Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt-New York 1992, S. 269–288.

9 In Anlehnung an Jörn Rüsen, Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III: Formen und Funktionen des historischen Wissens, Göttingen 1989, bes. S. 109 ff.

10 Vgl. Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbewußtsein, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik, hrsg. von Klaus Bergmann u. a., Düsseldorf 1985³, S. 40–44.

was gerade geschieht und was von der Zukunft erwartet werden kann, zu mobilisieren¹¹. Geschichtsbewußtsein erlaubt einer Person, „die gegenwärtige Lebenspraxis in der Zeit zu orientieren“ und ermöglicht damit historische Identitätsbildung¹².

Geschichtsbewußtsein konstituiert sich durch soziale Interaktion, gesellschaftliche Vermittlungsprozesse und durch die psychologische Verarbeitung jeweils eigener biographischer wie auch politisch-gesellschaftlicher Erfahrungen¹³. Geschichtsbewußtsein entsteht aber nicht nur langfristig sozialisationsbedingt, sondern ist auch in sehr starkem Maße von situativen Erfahrungen¹⁴ abhängig. Erfahrungen, die eine Neuinterpretation oder eine Neuordnung bestehender Deutungsmuster erfordern, können zur Begründung bzw. Verfestigung von bisher nicht in der Persönlichkeit verankerten Werten, Geschichtsbildern und Orientierungen führen. Solche Erfahrungen sind „nicht nur biographisch konstruiert, sie können nur tatsächlich erlebt werden“¹⁵.

Karl Mannheims Generationenansatz¹⁶ geht davon aus, daß gemeinsame prägende historische Erfah-

rungen einer Altersgruppe zu langfristig stabilen Einstellungen und Verhaltensweisen führen. Im Verlauf des Lebensalters der derzeit in ganz Deutschland lebenden Generationen hat es eine ganze Reihe von Ereignissen oder Epochen gegeben, die nach Mannheim eine entsprechende sozialisatorische Wirkung auf die jeweiligen Altersjahrgänge gehabt haben. Solche Ereignisse – wie z. B. der Zweite Weltkrieg, das Kriegsende, die Währungsreform, die Gründung der DDR usw. – finden sich entsprechend in den Aussagen der Interviewpartner wieder.

Drei analytische Kategorien spiegeln den unterschiedlichen Grad an persönlicher Betroffenheit jedes einzelnen im Zuge des jeweils Erlebten oder Gelernten wider. Der Grad der individuellen Betroffenheit hängt ab von dem Maße, in dem die Konfrontation mit Geschichte oder mit historischen Ereignissen in die eigene Biographie eingreift. Die direkte, eigene Erfahrung hat somit entscheidende Bedeutung für das Geschichtsbewußtsein einer Person¹⁷.

- Der *existentielle Zugang* zu Geschichte entsteht aus einer Veränderung der eigenen Lebenslage. Dies kann die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges als Frontsoldat sein, die Vertreibung aus den Ostgebieten, das Erleben von Bombennächten in deutschen Städten, aber auch das Erleiden von Hunger nach dem Krieg oder die Jahre des Wiederaufbaus. Entscheidend ist das eigene unmittelbare und existentielle Betroffensein. Auch der Alltag in der DDR war bestimmt durch existentielle Lebenslagen. Angefangen beim Schlangestehen und Organisieren bis hin zu den Folgen unbedachter Äußerungen oder zu – aus der Sicht des Systems – „falschen Freunden“; es gab viele wichtige und nebensächliche Dinge in der DDR, die einen Menschen in Opposition zum SED-Regime bringen konnten und die nicht nur dadurch existentielle Bedeutung erlangten.
- Der *emotionale Zugang* entsteht aus einer Verunsicherung des Selbstkonzepts einer Person. Die Erfahrung, aus der diese Verunsicherung entsteht, hat keinen zwangsläufig verändernden Eingriff in den Lebensalltag des Betroffenen zur Folge. Die Veränderung entsteht vielmehr durch die Konsequenzen, die aufgrund einer entsprechenden Interpretation bzw. Deutung eines Ereignisses von der Person gezogen werden (können). Diese „stimulierte“ Betroffen-

11 Vgl. Werner Weidenfeld, Geschichtsbewußtsein der Deutschen: Die Gegenwart der Vergangenheit, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1990, S. 442–453; Jörn Rüsen, Geschichtsbewußtsein und menschliche Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/84, S. 3–10; Karl-Ernst Jeismann, Verlust der Geschichte? Zur gesellschaftlichen und anthropologischen Funktion des Geschichtsbewußtseins in der gegenwärtigen Situation, in: ders., Geschichte als Horizont der Gegenwart, Paderborn 1985, S. 11–27.

12 Jörn Rüsen, Historisch-politisches Bewußtsein – was ist das?, in: Bundesrepublik Deutschland. Geschichte. Bewußtsein, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989, S. 123.

13 Vgl. ferner zum Geschichtsbewußtsein Werner Weidenfeld (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987, darin ders., Geschichte und Politik, S. 13–35; außerdem Felix Philipp Lutz, Empirisches Datenmaterial zum historisch-politischen Bewußtsein, in: Bundesrepublik Deutschland. Geschichte. Bewußtsein (Anm. 12), S. 150–170, und ders., Geschichtsbewußtsein, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt–New York 1992, S. 348–356.

14 Jörn Rüsen benutzt beispielsweise den Begriff der Kontingenzerfahrung: „Kontingenzerfahrung und -bewältigung ist das dominante Problem des Geschichtsbewußtseins ...“, (Anm. 12), S. 121 f.

15 Peter Alheit/Erika Hoerning, Biographie und Erfahrung: Eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung, Frankfurt–New York 1989, S. 12.

16 Vgl. Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 7 (1928) 2–3, S. 157–185; Helmut Fogt, Politische Generationen, Opladen 1982.

17 Vgl. Howard Schuman/Jacqueline Scott, Generations and collective memories, in: American Sociological Review, 54 (1989), S. 359–381, hier S. 360.

heit mündete bei den Befragten in Konflikte über ganz unterschiedliche Probleme. So wurde etwa ein Westdeutscher im Verlauf eines Auslandsaufenthaltes als „Nazi-Schwein“ beschimpft. Diese persönliche Kränkung „zwang“ den Betroffenen zu einer Auseinandersetzung mit einer für ihn selbst bisher nicht in dieser Form problematisierten Epoche der deutschen Geschichte.

- Der *intellektuelle Zugang* reflektiert sowohl Neugier und Interesse, sich mit ganz bestimmten historischen Themen auseinanderzusetzen, als auch die Vermittlung und die Repräsentation von Schulwissen im Bewußtsein der Befragten. Solche Wissensbestände finden aber nur dann Eingang in das Geschichtsbewußtsein, wenn eine Betroffenheit gegeben ist, die das Individuum veranlaßt, dieses Wissen im Prozeß des reflexiven Umgangs mit Geschichte zu verarbeiten. So wurde beispielsweise für einen Befragten die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zu einer Möglichkeit, Klarheit über spezifische Aspekte des Nationalsozialismus zu erlangen und diese im eigenen Selbstkonzept einzuordnen.

Das Veränderungspotential eines Kontakts mit Geschichte oder das Ausmaß, in welchem ein historisches Ereignis oder veränderte Lebensbedingungen in die Biographie eingreifen, bestimmt den Zugang einer Person zur Vergangenheit. Erlebte und tradierte Geschichte ist dabei zuerst nicht mehr als das Rohmaterial, das im Zuge einer selektiven und situationsbezogenen Aneignung verarbeitet wird. Die Vergangenheit wird aus der Sicht der Gegenwart gesehen, erzählt und durch die Art des Erzählens interpretiert. Damit können Werte und Einstellungen, über die der Befragte vor vielen Jahren noch nicht verfügte, in die eigene Vergangenheit hineingelegt werden. Gravierende Einschnitte und Veränderungen in der eigenen Biographie können aber – als reine Fakten – nicht interpretiert werden.

Obwohl alle drei Zugangskategorien bei allen Altersgruppen möglich sind, zeigt die Analyse, daß nur die beiden ältesten Generationen im Westen – in Einzelfällen auch die Generation der „68er“ – über alle drei Zugänge verfügen. Diese Erkenntnis ist auf den ersten Blick trivial, da es seit 1945 keine mit der Epoche des Dritten Reiches vergleichbaren Ereignisse mehr gegeben hat. Doch überrascht gleichzeitig, daß die Geschichte der Bundesrepublik – mit Ausnahme der Nachkriegs- und der Aufbaujahre – für die Befragten nur schwer in Beziehung zu setzen ist mit dem eigenen Leben. Es sind

also nicht so sehr *Ereignisse*, die Orientierungspunkte zum Geschichtsbewußtsein liefern, sondern vielmehr die alltäglichen Lebensumstände, welche die Vermittlung und die Internalisierung von Ereignissen, von Werten und Einstellungen unterstützen. Oder anders formuliert: Den „erfahrenen“ Wertsystemen der Alten stehen die „erlernten“ Wertsysteme der Jungen gegenüber. Für die Ostdeutschen trifft diese Unterscheidung nicht zu. Die Lebensumstände in der DDR waren für alle gleichermaßen existentiell.

Neben den herkömmlichen Arten der Sozialisation bzw. der Tradierung von gesellschaftlichen Wertsystemen hat sich das kollektive Wertsystem der Alt-Bundesbürger in herausragendem Maße durch die existentiellen „Erfahrungen“ im Nationalsozialismus begründet, während die Ex-DDR-Bürger ihre Sozialisation und ihr Geschichtsbewußtsein vorwiegend aus der DDR-Geschichte und dem DDR-Alltag ableiten.

2. Gegenwarts- und Vergangenheitsorientierung

Vor dem Hintergrund der geschilderten aktuellen Situation, die für Ost- und Westdeutsche jeweils verschiedene Alltagsrealitäten und Lebensumstände bedeuten, ist auch die grundlegende Orientierung des Geschichtsbewußtseins jeweils eine andere. In den alten Bundesländern ist der Nationalsozialismus die Epoche, mit der man sich vorrangig auseinandersetzt. Die Geschichte der Bundesrepublik dagegen ist eine „Erfolgsstory“, die nicht psychologisch verarbeitet werden muß. Hier liegen Identifikationsmöglichkeiten, und hier ist die Quelle für den Stolz und die Zufriedenheit mit den gegenwärtigen Lebensumständen. Diese Zufriedenheit und die Tatsache, daß das Thema Nationalsozialismus für viele keine individuellen psychologischen Probleme mehr verursacht, ermöglicht auch die Heranziehung von weiter zurückliegender Geschichte zur Erklärung und Verortung der gesellschaftlichen und individuellen Gegenwart.

Für die Ostdeutschen gilt dies nicht¹⁸. Die Vergangenheit, die hier vorrangig zu verarbeiten ist, weil sie in das Selbstkonzept eingeordnet werden muß, ist die DDR-Geschichte. Der Umbruch stellt einen weiten Bereich alltäglicher Sachverhalte in Frage, die Verhaltenssicherheit und Schutz garantierten. Aber auch das Selbst muß jeweils neu verortet werden. Die Wahrung der eigenen Identität ist sogar für diejenigen schwierig, die sich bezüglich

18 Vgl. dazu Elisabeth Noelle-Neumann, Das Deutschenbild der Deutschen. Typisches, Spannungen und nationale Gemeinsamkeiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 1991.

ihrer politisch-gesellschaftlichen Vergangenheit nichts vorzuwerfen haben. Die alten Wertstrukturen, Glaubenssätze und Wahrheiten gelten nicht mehr. Die neuen Regeln werden importiert von den Westdeutschen und erfordern Anpassung und Initiative, wenn man nicht Gefahr laufen will, ökonomisch an den Rand gedrängt zu werden. Die Verarbeitung dieser Situation orientiert sich an ihrem ideologischen und historischen Rahmen, der durch die Geschichte der DDR und der eigenen Lebensgeschichte in der DDR vorgegeben ist.

3. Antifaschismus und Nationalsozialismus

Der Nationalsozialismus dient den Westdeutschen quer durch alle Altersgruppen und politischen Lager als Negativfolie und als Herleitungsinstantz des jeweiligen Gegenwartsverständnisses. Die Existenz der die Gegenwart und den Alltag bestimmenden Bundesrepublik muß im Gegensatz zur DDR nicht gerechtfertigt werden. Der Nationalsozialismus ist daher primär Referenzpunkt im Sinne von: „Am Anfang war der Krieg, das Dritte Reich“. Die Bundesrepublik als Antithese und Lehre aus der Geschichte ist vor allem mit den fünfziger Aufbaujahren zum Bestandteil des Geschichtsbewußtseins geworden, als Quelle von Stolz und Zufriedenheit mit dem Erreichten.

Das Geschichtsbewußtsein der Menschen in den neuen Bundesländern ist hingegen stärker prozeßhaft orientiert. Hier muß gerechtfertigt und erklärt werden, was für die Westdeutschen nicht so stark zutrifft. Um zumindest Teile der eigenen Biographie und Identität über den Zusammenbruch hinaus zu retten, werden positive Elemente in der Geschichte der DDR gesucht. Dies sind vor allem der Antifaschismus¹⁹ und die Idee des Sozialismus. Nationalsozialismus und Judenvernichtung spielen nicht annähernd die gleiche Rolle wie im Westen, als Referenzpunkt zur Gegenwart haben sie nur geringe Bedeutung²⁰. Der Antifaschismus ist der legitimatorische Steinbruch, aus dessen Reservoir der Glaube an das prinzipiell Gute in der DDR abgeleitet wird. Die DDR wird als das Land betrachtet, das aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen ist und einen konsequenten Bruch mit der NS-Vergangenheit vollzogen hat, was für die Bundesrepublik so nicht zutrefte. Das andere, das bessere Deutschland, das der Widerstand symbolisiert, sei mit der Gründung der

DDR Realität geworden. In diesen Zusammenhang werden – in bewußter Abgrenzung zur „BRD“ – die gründliche Entnazifizierung, die ständige Aufklärungsarbeit über den Faschismus und seine Ursachen sowie die antifaschistische Erziehung der Kinder gestellt.

Obwohl sich viele Befragte auch enttäuscht darüber äußern, wie stark der Antifaschismus als Aushängeschild instrumentalisiert wurde, wie weit sich die Staatsführung von den selbst propagierten Idealen des Antifaschismus entfernt habe und wie unglaublich dies im Laufe der Zeit wurde, halten viele trotzdem an dem positiven Gründungsmythos Antifaschismus fest. Der Antifaschismus hat damit gleichzeitig auch einer tiefreichenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Wege gestanden²¹.

4. Wende und Einheit

Die Veränderungen auf der internationalen Ebene im Zuge der Politik Gorbatschows gaben Anlaß zu Hoffnungen, daß auch in der DDR Wandel möglich sein würde. Die Schnelligkeit der Ereignisse und die Wende selbst kamen überraschend, man fühlte sich überrollt von den Entwicklungen. Die überwiegende Zahl der Ostdeutschen begrüßte zwar den Zusammenbruch des alten Systems, nicht alle aber waren uneingeschränkt für die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik; umgekehrt gab es eine beträchtliche Zahl von Westdeutschen, die sagten, daß die Einheit Deutschlands sie nicht interessiere. Fast einstimmig wird als Ursache für das Scheitern der DDR die Mißwirtschaft angesehen. Andere Gründe werden in der Entwicklung in der Sowjetunion und in Ungarn und Polen gesehen. Außerdem wurde auch das neue Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion seit den Treffen von Gorbatschow mit Präsident Reagan hinzugerechnet. Vor diesem Hintergrund „konnte man riskieren, zu Demonstrationen zu gehen und mußte nicht das Eingreifen der Sowjet-Armee befürchten“.

Diejenigen, die sich eine reformierte DDR vorstellen konnten, sahen die Einheit als Zwangsjacke an; für sie war Modrows Konzept einer Föderation die bessere Alternative. Die Einheit wird von vielen auch als Übernahme empfunden und als Rückfall in einen Kapitalismus, wie man ihn für überwunden hielt. Eine Frau aus der

19 Vgl. Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos. Anmerkungen zu einem verdrängten Kapitel der Linken, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 26. April 1991.

20 Vgl. Christiane Lemke, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991, S. 270.

21 Vgl. Jürgen Habermas, Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion. Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“ heute?, in: Die Zeit, Nr. 15 vom 3. April 1992.

Kriegsgeneration²²: „Daß ich in meinem Leben nochmal zufrieden werde, glaube ich nicht. Weil, ich habe ja im Kapitalismus gelebt und gehe ja nun in den Kapitalismus zurück und weiß, daß das Leben für die Masse der Menschen im Kapitalismus nicht zufriedenstellend ist. Von der jetzigen Regierung erwarte ich nicht das, was zum Wohle des Volkes ist, sondern daß es eben zur Klassengesellschaft wieder kommt, und so wie ich das eben schon als Kind erlebt habe, daß der Baron mit der Kutsche an uns vorbeifuhr und grüßte. Und jetzt ist der Baron ein anderer Baron, und so kommen wir wieder zurück. Es ist anders, weil wir was mit einbringen, aber es ist vieles wieder da.“

Hier wird die Geschichte als Kreislauf interpretiert, wobei der End- und Anfangspunkt die Rückkehr in feudale Zustände ist. Auch bei vielen Menschen, die nicht zu den Anhängern der alten DDR gezählt werden können, war Enttäuschung darüber festzustellen, wie schnell und „sang- und klanglos“ der alte Staat unterging und nichts hinterlassen hatte. Insgesamt aber wird die Einheit positiv gesehen, weil auch die Bundesrepublik positiv beurteilt wird. Ein Mann aus der Nachkriegsgeneration: „Das Charakteristische an der BRD ist, daß sie, ich glaube schon, Lehren aus der deutschen Vergangenheit, ich meine Weimarer Republik und Faschismus, gezogen hat, einen bürgerlichen Parlamentarismus entwickelt hat, dem es gelang, auf föderativem Wege selbständige Länder sich entwickeln zu lassen und dennoch... in einem Ganzen zusammenzuhalten. Charakteristisch ist, daß die BRD in der Lage war, zunehmend Mittel in den sozialen Bereich einfließen zu lassen, so daß sich hier ein Lebensstandard entwickelt hat, der auch auf der Grundlage des Fleißes der Menschen (fußte)..., aber die Menschen sind bei uns nicht fauler gewesen, bei weitem nicht... trotz gleicher Startposition hatten es die Westdeutschen seit 1945 leichter. Die Stärke der BRD ist zweifelsfrei die Wirtschaft. Was mir nicht gefällt, das ist dieses oft parlamentarische Scheingefecht um bestimmte Dinge. Das ist... formales Gezänk der Parteien. Aber wie sie bei allen Unterschieden doch den sozialen Status der Menschen gehoben hat, ist für sie Stärke und auch Aushängeschild im Ausland.“

22 Die im folgenden aufgeführten Zitate und Textstellen stammen aus den qualitativen Interviews und dienen der Unterlegung und – wie wir meinen – der Bereicherung dieses Beitrages. Außerdem können auf diese Weise die Befragten selbst zu Wort kommen. Wir haben versucht, die Zitate so wenig wie möglich aus dem jeweiligen Textzusammenhang zu reißen bzw. durch Kürzungen und grammatikalische Ausbesserungen zu verfremden. Die qualitativen Erhebungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Sinus-Institut, Heidelberg, erhoben.

5. Generationen in Ost und West

Generationen in den neuen Bundesländern

Die jeweiligen Altersgruppen der ehemaligen DDR haben unterschiedliche Muster der Vergangenheitsaufarbeitung und daraus folgend unterschiedliche Zukunftsorientierungen. Die *Kriegsgeneration* fühlt sich von den Veränderungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts im Übermaß getroffen; die Bilanz des eigenen Lebens läßt Resignation erkennen, bei vielen fehlt der Wille, sich nochmals gänzlich neu zu orientieren. Rückblickend erinnert man sich, drei oder sogar vier ganz unterschiedliche Epochen der deutschen Geschichte miterlebt zu haben: die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus, die DDR und nun noch das wiedervereinigte Deutschland. Dieser Blick auf die Geschichte ist sehr stark von den jüngsten Ereignissen geprägt: Frühere Umstellungsprozesse kommen ins Bewußtsein, wenn man ein weiteres Mal einen solchen Umbruch erlebt. Die aktuelle Entwicklung macht ein weiteres Mal eine Umstellung erforderlich, jedoch fehlt die Perspektive eines wirklichen Neubeginns, weil man sich für zu alt dafür hält. Man weiß, der gesellschaftliche Wandel wird auch das eigene Leben tangieren; man bemüht sich jedoch gleichzeitig, die neuen Entwicklungen möglichst auf Distanz zu halten.

Neben dieser Distanzierung wird aber gleichzeitig versucht, etwas Feststehendes, Bleibendes aufzuzeigen, womit die eigene Identität in eine zeitliche Kontinuität und einen sinngebenden zeitlich-historischen Zusammenhang gestellt wird. Hingewiesen wird beispielsweise auf antifaschistische Einstellungen, die man bereits in der Weimarer Republik erworben habe, die dann zu Verfolgung und Repressalien durch die Nazis geführt und schließlich in der Gründung der DDR ihre Bestätigung erfahren hätten. Oder man verweist auf demokratische und marktwirtschaftliche Überzeugungen, die man – der Realität in der DDR zum Trotz – immer aufrechterhalten habe und in denen man sich nun durch die jüngste Entwicklung bestätigt sieht.

Die *Nachkriegsgeneration* hat als prägende Erfahrung die Gründung der DDR erlebt. Die bewußte Wahrnehmung von Geschichte beginnt in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Daneben gibt es Kindheitserinnerungen an den Krieg: Die Bombennächte in Dresden oder der Einmarsch der sowjetischen Truppen sind z. B. Erlebnisse, an die sich die Befragten heute noch erinnern.

Die eigene Aufbauleistung und die der DDR-Gründung zugestandene gute Absicht, damit etwas

Besseres zu schaffen, erzeugten ursprünglich Vertrauen in die neue Gesellschaftsordnung. Die DDR-Gründung wird rückblickend auch als Vorhaben gesehen, Lehren aus dem Nationalsozialismus zu ziehen und Verhältnisse zu etablieren, „die eine Wiederholung von Krieg und Faschismus für die Zukunft unmöglich machen“. Negative Erinnerungen beziehen sich vor allem auf die Anwesenheit der Sowjettruppen, denen vielfach die Schuld dafür gegeben wird, daß es bei den ursprünglichen positiven Ansätzen nicht geblieben sei. Fast alle Befragten betonen den eigenen Beitrag beim Aufbau der DDR, die Schwierigkeiten, die dabei zu bewältigen, und die Anstrengungen, Opfer und den Verzicht, die dafür nötig waren.

Besonders nachdrücklich verweist diese Altersgruppe darauf, daß die DDR den Wiederaufbau ohne auswärtige Hilfe bewerkstelligen und zusätzlich Reparationen an die Sowjetunion leisten mußte – während die Bundesrepublik, so die Interviewten, nichts zu bezahlen hatte und obendrein noch mit Marschallplan-Geldern „aufgepäppelt“ wurde. Daraus folgt vielfach die Feststellung, die DDR-Bürger hätten allein für die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen bezahlen müssen.

Das Scheitern der DDR führte schließlich dazu, daß man einer „verlorenen Generation“ anzugehören glaubt. Diese Generation ist mit der DDR groß geworden, viele sind – z. B. als „Arbeiter- und Bauernkinder“ – gefördert worden, haben eine Ausbildung erhalten, Karriere gemacht und einflußreiche Positionen in der Gesellschaft innegehabt. Andere wiederum haben sich mit dem SED-Regime abgefunden, sich in einer privaten „Idylle“ arrangiert oder sich auf einen bescheidenen, aber scheinbar gesicherten Lebensstandard in der DDR – mit Reiseerlaubnis in den Westen – eingerichtet. Diese Generation empfindet sowohl die Umstellung auf die neuen Gegebenheiten in der Bundesrepublik als auch die Verarbeitung der Vergangenheit in der DDR als besonders schmerzlich und schwierig.

Die *DDR-Generation* ist die erste, die vollständig in der damaligen DDR aufgewachsen ist. Im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung mit der Geschichte stehen die bislang in der DDR gemachten Erfahrungen. „Ich bin ein Kind der DDR“ ist hier eine charakteristische Aussage, die gleichermaßen einen Rest der früheren DDR-Identität wahren und um Verständnis für die noch bestehenden Orientierungs- und Anpassungsschwierigkeiten werben will. Mit den Erinnerungen an das Aufwachsen in der DDR geht bei dieser Generation häufig die Rekonstruktion einer allmählichen Entfremdung von

der DDR einher. Man erinnert sich an die Normalität des DDR-Alltags, an die jungen Pioniere und an die FDJ. Man erinnert sich aber auch an Erfahrungen der Bevormundung, an das Gefühl, „von oben gelenkt“ und „manipuliert“ worden zu sein. Die Möglichkeiten der Berufswahl waren durch staatliche Vorgaben und politisch motivierte Entscheidungen beeinflusst. Die Karriere konnte durch eine ideologisch nicht erwünschte Äußerung einen jähen Knick erfahren.

Die Schilderung einer Frau: *„Meine Einstellung hat sich total geändert. Ich bin mit 19 Jahren in die Partei eingetreten... durch meinen Vater... durch die Erziehung. Ich bin sozusagen ein richtiger DDR-Bürger, so wie es sein sollte. Guter Pionier, guter FDJler und dann Parteieintritt... Mein erster Mann hat mir die Augen geöffnet. Ich habe das erste Mal Westfernsehen geschaut. Das gab es ja bei uns nicht, in der Nähe von Leipzig, und ich bin das erste Mal damit konfrontiert worden, als ich meinen Mann besuchte. Das war an der Grenze. Und da habe ich damals schon gemerkt, daß es ein Fehler war, daß ich in die Partei eingetreten bin. Die ganze Sache wurde noch bestärkt durch die Mitarbeit in der Studentengemeinde. Da hab' ich das erste Mal überhaupt gemerkt, daß es was anderes gibt... Ich wollte ja schon während des Studiums aus der Partei austreten, und da habe ich aber sofort gemerkt: Wenn ich aus der Partei ausgetreten wäre, wäre mein Studium passé gewesen, meine Zukunft. Und so habe ich weiterhin... in einem Zwiespalt gelebt... (das) war manchmal unerträglich. Das ging soweit, daß ich sogar gesundheitliche Schäden davongetragen habe.“*

Man hat erlebt, wie Engagement – z. B. Verbesserungsvorschläge am Arbeitsplatz – sich totlief und nichts als „Unannehmlichkeiten einbrachte“; man lernte, Kritik zu verschweigen. Vor allem im Zusammenhang mit der Entspannungsperiode, der Ostpolitik der Bundesrepublik und dem KSZE-Prozeß kam bei vielen neue Hoffnung auf, die Lage in der DDR könnte angenehmer, offener und freizügiger werden. Die diplomatische Anerkennungswelle hat bei einigen zeitweise auch Stolz und Identifikation mit dem zweiten deutschen Staat hervorgerufen. Dies sind einige der Ursachen dafür, daß die aktuellen Entwicklungen mit gemischten Gefühlen gesehen werden. Man trauert dem alten System kaum nach, ist aber gleichzeitig stark verunsichert. Für diese Generation ist der aktuelle Umorientierungsprozeß am schwierigsten, da ihre Biographien zwangsläufig engmaschig mit dem SED-Staat verwoben waren und sich daraus erhebliche Probleme für die eigene Identität ergeben.

Zumal die *junge Generation* fühlt sich verraten – von ihren Eltern, von den Lehrern, vom System. Auch diese Generation ist deutlich verunsichert. Die Ereignisse im Zuge der Einheit bringen die Notwendigkeit mit sich, sich völlig neu zu orientieren; alles, womit man bislang aufgewachsen ist, hat sich als große Lüge herausgestellt. Man hat ein wenig das Gefühl, aus einer zwar „vormundschaftlichen“, aber eben auch „behüteten“ Situation herausgefallen und nun völlig auf sich selbst gestellt zu sein.

Gleichzeitig aber wird der Zusammenbruch des alten Regimes positiv erlebt. Er bedeutet das Ende der „Bevormundung“, das Ende staatlicher Eingriffe und Lenkungsversuche bei der Ausbildung und Berufswahl. Und er bedeutet schließlich auch ein Ende der aufdringlichen, aber gerade von dieser Generation als besonders unglaublich und heuchlerisch empfundenen ideologischen Indoktrination. In dieser Generation überwiegt eindeutig die Wahrnehmung der „Wende“ als Befreiung. Man ist neugierig, die Welt jetzt erst richtig kennenzulernen, zu reisen, neue Erfahrungen zu machen, und man ist zuversichtlich: Schließlich liegt das Leben noch vor einem.

Generationen in den alten Bundesländern

Von der *Kriegsgeneration* in den alten Bundesländern wird vor allem auf Ereignisse verwiesen, die das eigene Leben einschneidend – existenziell – verändert haben. Einige wenige ambivalent beurteilte Aspekte des Nationalsozialismus wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Bau der Reichsautobahnen und das angeblich herrschende Gemeinschaftsgefühl werden zwar als positiv dargestellt, insgesamt überwiegen jedoch negative Erfahrungen und Beurteilungen. Dieser negative Rückblick beginnt bei der Endphase der Weimarer Republik und endet in der Nachkriegszeit mit dem Beginn des Wiederaufbaus.

Öfters haben Befragte Erfahrungen im Dritten Reich als „die beste Zeit meines Lebens“ bezeichnet. Dies waren Erlebnisse in der Hitlerjugend, die Zeit im Bund Deutscher Mädel, als man zum ersten Mal weg war vom Elternhaus, aber auch die Phase als Luftwaffensoldat im besetzten Paris. Trotzdem müssen solche Erfahrungen nicht zu einer Verklärung des Nationalsozialismus führen. Die Lehren aus der Erfahrung mit der NS-Zeit werden mit Sätzen wie „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Diktatur“ beschrieben. Das Jahr 1945 wird in der Retrospektive mit gemischten Gefühlen gesehen. Einerseits war man froh darüber, daß alles ein Ende hatte, daß man überlebt hatte. Andererseits war das Kriegsende oftmals mit dem

Verlust aller persönlichen Habe verbunden, mit Vertreibung, mit dem Zusammenbruch der Gesellschaft und von allem, was vorher gültig war.

Die späten vierziger Jahre sowie die fünfziger Jahre werden als die Zeit des Wiederaufbaus grundsätzlich positiv, wenn auch als entbehrungsreich und nicht immer leicht angesehen. Diese Leistung begründet in dieser Generation bis heute einen spezifischen Stolz auf das Erreichte; man sieht darin die Grundlagen des Erfolgs der Bundesrepublik Deutschland. Die Identifikation mit dem politischen System rührt zu einem beträchtlichen Teil aus dem Bewußtsein der eigenen Teilhabe am Aufbau her. Nach den fünfziger Jahren hat sich aus der Sicht dieser Generation nichts Einschneidendes mehr ereignet. Vereinzelt werden noch die politischen Ereignisse der späten sechziger Jahren angeführt, sie hatten aber für das eigene Leben keine herausragende – existentielle – Bedeutung mehr.

Die *Nachkriegsgeneration* wurde geprägt durch die Besatzungszeit und die empfundenen Opfer, die jeder bringen mußte in seiner Jugendzeit in Form von Verzicht, Mangel und harter Arbeit. Man hat die demokratische Lektion aus den Erfahrungen mit den historischen Auswirkungen des Nationalsozialismus gelernt, da man zum Teil selbst die Folgen dessen tragen mußte, was die Elterngeneration verursacht hatte. Ausschnitt aus einem Interview mit einem 55jährigen Mann: Was aus der Geschichte war für Sie persönlich wichtig? „*Der Zusammenbruch 1945. Ich war damals 9 Jahre alt und habe das voll mitgekriegt, besonders als mein Elternhaus in Flammen aufging, ebenso die Bombenangriffe ... ich habe mich schon damals gefragt, was Krieg überhaupt soll und wie man damit politische Ziele erreichen will. Z. B. der Krieg Iran-Irak ... Es geht nur um die Machtinteressen einzelner Persönlichkeiten ... Ich habe damals Scham und Demütigung empfunden. Das empfinde ich auch heute noch. Ich glaube nicht, daß ich als Vierzehnjähriger kapiert habe, was in Auschwitz passiert ist; das kam später. Die Folgen des Krieges bis '49 habe ich aber körperlich erlebt. Ich habe gehungert, mußte mit acht Leuten in zwei Zimmern liegen, habe jahrelang kein Bett gehabt etc. Ich habe es als demütigend empfunden, daß man Betteln mußte.*“

Viele leben in dem Bewußtsein, etwas versäumt zu haben in ihrer Jugend, gerade im Vergleich mit den jüngeren Generationen heute. Allerdings erwächst daraus auch ein spezifisches Selbstbewußtsein, daß man auch mit weniger im materiellen Bereich auskommen kann als dem, was heute üblich ist. Die eigenen Aufbauleistungen in den fünfziger

Jahren in Verbindung mit den negativen Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus bzw. dem Krieg begründen den spezifischen und sehr stark ausgeprägten Stolz auf die Bundesrepublik Deutschland in dieser Altersgruppe. Der Systempatriotismus ist nicht gebunden an ein parteipolitisches Weltbild, sondern gegründet auf gewachsene Alltagserfahrungen in der alten Bundesrepublik. Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition Ende der sechziger Jahre wird – nach der Gründung der Bundesrepublik – als die erste wichtige politische Entwicklung der Nachkriegszeit gesehen. Dies resultiert auch aus der häufig geäußerten Ablehnung, die man bei dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO bzw. der Gründung der Bundeswehr empfand. Die unmittelbare Nachkriegszeit endet für diese Generation – von der Einheit Deutschlands abgesehen – mit den deutschlandpolitischen Verträgen Anfang der siebziger Jahre, als die Bundesrepublik ihre Handlungsfähigkeit nach Osten hin wiedererlangte.

Die *68er- oder „BRD“-Generation* sieht die Zeit ab Mitte der sechziger Jahre als Aufbruchs- und Umbruchsphase mit gesellschaftlichen Veränderungen, die heute noch Auswirkungen haben. Diese einen selbst prägende Epoche wird charakterisiert durch Ereignisse und Begriffe wie Existenzialismus, Beatles, Vietnam-Krieg, Studenten- und Frauenbewegung, Neue Ostpolitik. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus spielt auch heute noch eine wichtige Rolle im eigenen Geschichtsbewußtsein, gerade weil sie sich auch in der eigenen Familie abgespielt hat. Man versucht, das Verhältnis der eigenen Generation zu dieser Epoche zu bestimmen und hat auch die meisten Probleme aller Altersgruppen damit, sein Selbstverständnis als Deutscher zu finden. Das Verantwortungsbewußtsein als Deutscher wird gerade vor dem Hintergrund der Geschichte besonders betont. Darin wird eine Verpflichtung gesehen, die gleichermaßen alle Deutschen betrifft. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit wirkt sich auch sehr stark auf die kollektive Identität aus. Die ehemalige DDR bzw. die Zweitstaatlichkeit Deutschlands wurde vor der Wende als konsequente Folge des verlorenen Krieges angesehen. Eine Wiedervereinigung aufgrund der 40jährigen getrennten Entwicklung war daher auch von vielen Personen in dieser Generation nicht als notwendig oder unbedingt wünschenswert angesehen worden.

Erstaunlich für diese Generation ist die häufige Nennung der Landung der ersten Menschen auf dem Mond 1969 als besonders wichtiges Ereignis und verbunden damit eine Faszination durch die Technik. Gerade in dieser Alterskategorie finden

sich gleichzeitig auch die heftigsten Kritiker einer überindustrialisierten und vergifteten Welt. Die Mondlandung stand als Symbol der Möglichkeit, nicht nur – im geographischen Sinn – diese Welt zu verlassen, sondern bei vielen war damit auch die soziale Utopie verbunden, neue Gesellschaftsformen zu leben. Die Gründung der Bundesrepublik wird ambivalent beurteilt. Einerseits als Voraussetzung, nach Diktatur und Krieg in Freiheit, Wohlstand und Frieden zu leben, andererseits auch als Wurzel vieler Mißstände. Bis zum Zusammenbruch der ehemaligen Ostblockstaaten waren dies die Systemkonfrontation der beiden Militärböcke, die Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Supermächten, aber auch die Umweltzerstörung und die als unzureichend verwirklicht empfundene soziale Gerechtigkeit. In dieser Generation finden sich auch die meisten Zukunftspessimisten. Dieser Pessimismus speist sich vorwiegend aus der als bedrohlich empfundenen Entwicklung der Ökologie und steht häufig in Verbindung mit einem negativen Geschichtsbild, das die Lernfähigkeit der Menschen – oder besser der Deutschen – in Frage stellt.

Die *jüngste Generation* der Westdeutschen bezieht sich in ihrem politischen Weltbild ebenso wie alle anderen Altersgruppen in großem Umfange auf die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg. Diese Epoche, zusammen mit der als Erfolgsgeschichte angesehenen Nachkriegs- und Aufbauzeit, ist der wichtigste Referenzpunkt im Geschichtsbewußtsein. Persönliche Schuldzuweisungen werden allerdings nicht akzeptiert, z. T. herrscht ein gewisser Überdruß am Thema „NS“. Vielfach werden Auslandserfahrungen berichtet, wo man mit der deutschen Vergangenheit konfrontiert wurde, wobei man sich selbst persönlich eigentlich nicht „zuständig“ fühlt für solche Schuldzuweisungen. Der Zusammenbruch der DDR hat das vorher schon vorhandene Gefühl, im richtigen System zu leben, noch verstärkt, wobei die aktuellen ökologischen und gesellschaftlichen Probleme ebenfalls pointiert thematisiert werden.

Insgesamt ist das Spektrum der als wichtig für das eigene Leben genannten historischen Ereignisse breiter als das der anderen Generationen. Kein Ereignis der bundesrepublikanischen Geschichte war existentiell für diese Generation. Die Nennungen als wichtig und prägend empfundener Ereignisse reicht daher von der Französischen Revolution über den Nationalsozialismus bis hin zu Tschernobyl; ferner werden genannt die Barschel-Affäre, die Flick-Affäre, die Ölkrise der frühen siebziger Jahre und auch die Wende 1982, als die sozial-liberale Koalition zerbrach.

Die Einheit Deutschlands verändert die Prioritätenskala prägender Ereignisse gerade dieser Generation ganz erheblich. Für diese Altersgruppe kann die Einheit viele neue Erfahrungen bringen; sie beinhaltet für sie viel mehr Veränderungspotential als für alle anderen Generationen, dies auch, weil diese Entwicklungen in der prägenden Sozialisationsphase dieser Generation stattfinden.

Fazit: Die Bürger der alten Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich intergenerationell nicht so sehr in ihren Einstellungen und Werten, als vielmehr in der Art der kontextbezogenen Aneignung dieser Werte. Die Generationsunterschiede in den Bereichen der politischen Kultur und der Geschichtsbilder beziehen sich weniger auf die Inhalte, als auf die dramatisch unterschiedlichen Erfahrungssituationen der jeweiligen Altersjahrgänge²³. Vor allem die folgenden Werte spielen im Bewußtsein der Bundesdeutschen eine Rolle: der Wunsch nach einer friedlichen Welt; familiäre Geborgenheit; Glück im Sinne von Zufriedenheit; Freiheit der Person und der eigenen Wahlmöglichkeiten; das Gefühl, etwas erreicht zu haben; ein angenehmes Leben, Wohlstand und Selbstachtung, die vorwiegend auf dem Stolz über die ökonomische Leistungsfähigkeit und die soziale Sicherheit der Bundesrepublik beruht. Dahinter finden sich instrumentelle Werte wie Ehrgeiz im Sinne von Fleiß, Persönlichkeitseigenschaften wie: effektiv, sauber/ordentlich; verantwortlich/aufstiegsorientiert.

Diese Werte münden in eine Einstellungs- bzw. Wertelandschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die deutliche Veränderungen gegenüber den von Almond und Verba festgestellten Ergebnissen aus den fünfziger Jahren zeigen. Dominierend ist nicht mehr Output-Orientierung, sondern der Stolz auf den inzwischen erarbeiteten wirtschaftlichen Erfolg in Verbindung mit dem Bewußtsein der individuellen Freiheiten und Wahlmöglichkeiten, die in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen.

6. Geschichte der DDR

Weitgehend unabhängig von der sonstigen Beurteilung ist bei den Befragten fast immer eine Zweiteilung der DDR-Geschichte festzustellen: in eine Anfangs- oder Gründungsphase, in der einige Momente durchaus positiv beurteilt werden, und eine

End- oder Stagnationsphase, die meist durchgehend negativ beurteilt wird²⁴. Ein Mann erläutert die guten Absichten bei der Gründung der DDR: „Für die DDR war erst mal charakteristisch, ... die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen ... Volkseigentum zu schaffen ... , was dominierend wurde für das ganze Wirtschafts-geschehen. Was dann dermaßen überzogen wurde im Prozeß der Entwicklung, daß (es) dann zu anderen Problemen führte ... Aber so hat man das, was eigentlich in den neuen, aber doch überlegenswerten und gangbaren Vorsätzen begonnen hat, verlassen.“

Ein anderer Befragter: „Es war im ersten Moment einleuchtend oder einfach nicht in Frage gestellt, daß es möglich sein muß, auch in einem Betrieb, der dem Staat gehört, dem Volk gehört, effektiv zu wirtschaften. Hier hätten Staaten sich entwickeln können, weil natürlich auch eindeutig klar ist, daß ein Staat, der eine sozialistische Gesellschaftsordnung hat, am Kriege nicht interessiert sein kann, weil es auch niemanden gibt, der daran verdient.“

Der DDR wird unmittelbar nach ihrer Gründung eine gewisse Zeit der Aufwärtsentwicklung zugestanden; erst ab einem gewissen Zeitpunkt – der individuell und subjektiv unterschiedlich angesiedelt wird – beginnt dann die Wahrnehmung von Fehlentwicklungen, der Erstarrung und des beginnenden Zusammenbruchs. Die Perspektive der Geschichtsbetrachtung geht damit von der Wende und dem Zusammenbruch der DDR aus und orientiert sich rückblickend an diesem Ereignis.

Frage: Was war für die DDR charakteristisch bei ihrer Gründung? „Die Begeisterung. Also die Begeisterung, mit der die Menschen in unserem Lande in den ersten Jahren gearbeitet haben. Die war herzerfrischend und das hat auch wirklich unwahrscheinlich viel Spaß gemacht. Und ich wehre mich dagegen, wenn von 40 Jahren Mißwirtschaft geredet wird. Es ist in unserem Lande mit soviel Idealismus gearbeitet worden. Unter viel größeren Schwierigkeiten als in der BRD, die ja von Anfang an die Unterstützung der USA und ihrer Besatzungsmächte hatte, das war ja bei uns nicht möglich. Im Gegenteil, wir mußten ja noch der Sowjetunion Reparationen zahlen. Und wir haben für die BRD mitbezahlt.“

23 Vgl. zur Entwicklung der politischen Kultur und zu den Unterschieden zwischen den Generationen Martin Greiffenhagen, Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1990. Reformen und Defizite der politischen Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/91, S. 16–26.

24 Vgl. Thomas Gensicke, Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den siebziger Jahren, Speyerer Forschungsberichte Nr. 109 des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Speyer 1992; Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/90, S. 25–37.

Ein anderer Mann aus der Kriegsgeneration: „Also wichtig war für mich der Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, den wir mit ganzer Begeisterung gemacht haben. Da gibt es überhaupt keine Abstriche, denn wir haben dieses Land aufgebaut mit einer so hohen Selbstlosigkeit, mit so viel persönlichem Einsatz und Verzicht auf persönliches Glück, Verzicht auf Geld... das war eine schöne Zeit, daran hängen wir auch heute noch.“

Dabei wird deutlich, daß besonders bei den beiden älteren Generationen die Ursachen für die positive Einschätzung der Anfangsphase der DDR und für die z.T. rückhaltlose Zustimmung zum Versuch, ein anderes Deutschland aufzubauen, in ganz persönlichen Beweggründen zu suchen sind. Die eigene Leistung und das eigene Engagement beim Aufbau der DDR unter den Idealen von Sozialismus und Antifaschismus kann nun nicht einfach vergessen oder in Frage gestellt werden. Die Anfangszeit der DDR sei von Opferbereitschaft und der Überzeugung, etwas Besseres zu schaffen, geprägt gewesen, und man sei damals überzeugt gewesen, einer guten Idee zu dienen.

Der häufig erwähnte Umstand, die DDR habe sich – im Gegensatz zur Bundesrepublik – aus eigener Kraft hochgearbeitet, deutet auf einen spezifischen DDR-Wirtschaftspatriotismus hin. Dieses Bewußtsein, unter extrem ungünstigen Rahmenbedingungen ein doch – wenn auch nur leidlich – funktionierendes Staatswesen mit einigen sozialen Errungenschaften aufgebaut zu haben, war und ist Anlaß zu einem gewissen Grad von Stolz. Die ungünstigen Rahmenbedingungen waren eine beginnende und später ausufernde Mißwirtschaft, die an die Russen bis 1955 zu zahlenden Reparationen, ein sich vom Osten Deutschlands abwendender Westen und die grundsätzliche Bevormundung durch die Sowjetunion.

Ein Mann beschreibt die Fehlentwicklungen: „... die Zeiten nach 1963, wo das mit den Wirtschaftsveränderungen in unserem Staat losging, mit den Kombinatbildungen, mit diesen Riesenköpfen, ... da sind solche Dinge gewesen... wir wurden gezwungen, diese Bahn zu bauen. Da mußten wir von dem Kontingent des Bezirks Dresden sämtlichen Mörtel und Zement und was weiß ich nicht alles, mußte alles für die Bahn genommen werden. Und das Kombinat, das sie gebaut hat, denen haben ja auch die Haare zu Berge gestanden, und dieser Druck... das ist diese zentralistische Wirtschaftsführung, die ist ja in solchen Dingen zum Ausdruck gekommen, daß das zum Schaden der Bevölkerung sein mußte.“

Der Einfluß der Russen wird immer wieder betont: „Was ist DDR-spezifisch? Das ist eine DDR-Mentalität. Ich würde sagen: eine typisch russische. Die ist uns sozusagen anerzogen worden. Wir sind ja Deutsche, genetisch gesehen, und fähig, was zu leisten, zu arbeiten... jetzt ist das so: Dieses russische System hat uns zu Faulenzern erzogen, die gesamten DDR-Bürger. Selbst die, die gerne was machen wollten. Wir wurden ja manchmal zur Passivität gezwungen.“

Der 17. Juni hat im Geschichtsbewußtsein der Ostdeutschen nicht die Bedeutung, die man gemeinhin vermuten würde. Das Datum wird zwar von zahlreichen Befragten als ein wichtiges Ereignis genannt, eine Ich-bezogene und eindeutige Stellungnahme ist aber oft nicht erkennbar. Mitunter wird der 17. Juni als der Zeitpunkt gesehen, an welchem die gute DDR beginnt, zu dem autoritär-repressiven Regime zu werden, das sie bis zum Ende dann geblieben war. Oder er gilt als ein Beispiel, an dem sich der schädliche Einfluß der Sowjetunion auf die DDR offenbart. Der Bau der Mauer wird in der Regel als *das* zentrale Ereignis in der Geschichte der DDR eingestuft. Die Befragten verbinden damit die endgültige Teilung Deutschlands, den Beginn der internationalen Isolierung und Abkapselung und die Phase der Unfreiheit. Andererseits wird die Mauer rückblickend von vielen auch als Notwendigkeit gesehen, die Existenz der DDR zu sichern, trotz menschlicher und familiärer Härten. Die Bewertung der Ära Ulbricht ist zwiespältig. Einerseits fällt in diese Phase der wirtschaftliche Aufschwung in der DDR, und insofern wird diese Zeit positiv bewertet. Meist wird jedoch die günstige wirtschaftliche Entwicklung nicht als Verdienst Ulbrichts angesehen.

Die Anfangsphase der Regierungszeit Honeckers wird häufig durchaus positiv beurteilt, letztlich aber wird der wirtschaftliche Niedergang der DDR direkt auf Honecker zurückgeführt. Die tatsächliche schlechte Situation sei von der Führung vor dem Volk geheimgehalten worden. Besonders kritisiert werden die Verstaatlichung der letzten Privatbetriebe und die Beschlüsse des 8. Parteitages. Um die Unruhe in der Bevölkerung in Grenzen zu halten, habe das Regime den Sozialstaat immer weiter aufgebläht, was die Wirtschaft der DDR überfordern mußte. Die Überalterung der politischen Führung, die verbreitete Korruption und eine zunehmende Isolation vom westlichen Ausland beschleunigten das Ende der DDR.

Eine Frau beschreibt das Gefühl der Hoffnung nach Ulbrichts Sturz: „Es gab einen Versuch, die

Entwicklungen zu verändern, mit dem Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker... die Hauptaufgabe zu lösen. Das hieß, das materielle und geistig kulturelle Lebensniveau des Volkes zu entwickeln. Dort wurde ein sehr massierter Angriff auf die Entwicklung der Konsumgüterproduktion (gestartet), die Entwicklung der Leichtindustrie gefördert, das war der Versuch, in eine richtige Richtung zu gehen. Aber aus heutiger Sicht eben eine Sache, ... die in Versuch stecken blieb.“

Ein Vergleich der Bewertung der Ulbricht- und der Honecker-Ära zeigt in eindrucksvoller Weise, daß subjektiv nicht so sehr der tatsächliche Lebensstandard für die Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen ausschlaggebend ist, als vielmehr die Erwartungen und Perspektiven der zukünftigen Entwicklung. Die Anfangsphase der DDR wird trotz objektiv niedrigerem Lebensstandard deswegen als die positivere Epoche wahrgenommen, weil in ihr noch Hoffnung bestand, die eigenen oder vorgegebenen Ideale zu verwirklichen, und auf ökonomischem Gebiet, daß es aufwärts gehen würde und die Bundesrepublik noch eingeholt werden könne. In die Regierungszeit Honeckers fällt dann die wirtschaftliche Stagnation mit immer weiter steigenden Erwartungen zusammen, wobei immer deutlicher wird, daß die DDR nie in der Lage sein würde, diese Bedürfnisse zu erfüllen.

Als ausschlaggebend für den Zusammenbruch der DDR wird die politische Entwicklung in der Sowjetunion angesehen – was wiederum die verbreitete Meinung, alles hänge von den Russen ab, auch für das Ende des Sozialismus wieder bestätigt. Die Idee des Sozialismus an sich ist durch die Geschichte der DDR weit weniger diskreditiert, als im Westen vermutet wird. Die Intellektuellen und alten Eliten der DDR hängen allerdings noch wesentlich stärker sozialistischen Ideen und Utopien nach als der Durchschnitt der Bevölkerung²⁵.

25 Vgl. dazu Jan Wielgoß/Marianne Schulz, Reformbewegung und Volksbewegung. Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16–17/90, S. 15–24; W. Lepenies (Anm. 1), S. 42f. Auch Kritik am politischen System der DDR und an der herrschenden Klasse wurde häufig von sozialistischen Standpunkten aus geübt, vgl. dazu Rüdiger Thomas, *Realer Sozialismus und historischer Realismus. Gesellschaftskritik in der Geschichte der DDR*, in: Clemens Burrichter/Günter Schödl (Hrsg.), *Zur Aufarbeitung von Vergangenheit in einigen europäischen Gesellschaften unserer Tage*, Köln 1991, S. 79–108.

III. Geschichtsbewußtsein im Westen. Eine Typologie der Verarbeitungsmuster von Geschichte

Nach der Durchführung und Auswertung der qualitativen Untersuchungen wurde nur in den alten Bundesländern eine Repräsentativbefragung mit 2000 Personen durchgeführt. Diese Beschränkung erschien – neben anderen forschungspraktischen Gründen und Umständen – sinnvoll, da zum Befragungszeitpunkt im Januar 1991 die Einstellungslandschaft in den neuen Bundesländern noch nicht das gleiche Maß an Stabilität erreicht haben konnte, wie das für die alte Bundesrepublik galt. Die qualitativen Untersuchungen in den alten Bundesländern seit 1989 zeigten eine erstaunliche Stabilität und Kontinuität im Geschichtsbewußtsein der Menschen über den Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus. Für die ehemalige DDR konnte dies jedoch nicht angenommen werden, da die Umbruchsituation für jeden existentiell eine Rolle spielte und die Lebenssituation jedes einzelnen veränderte.

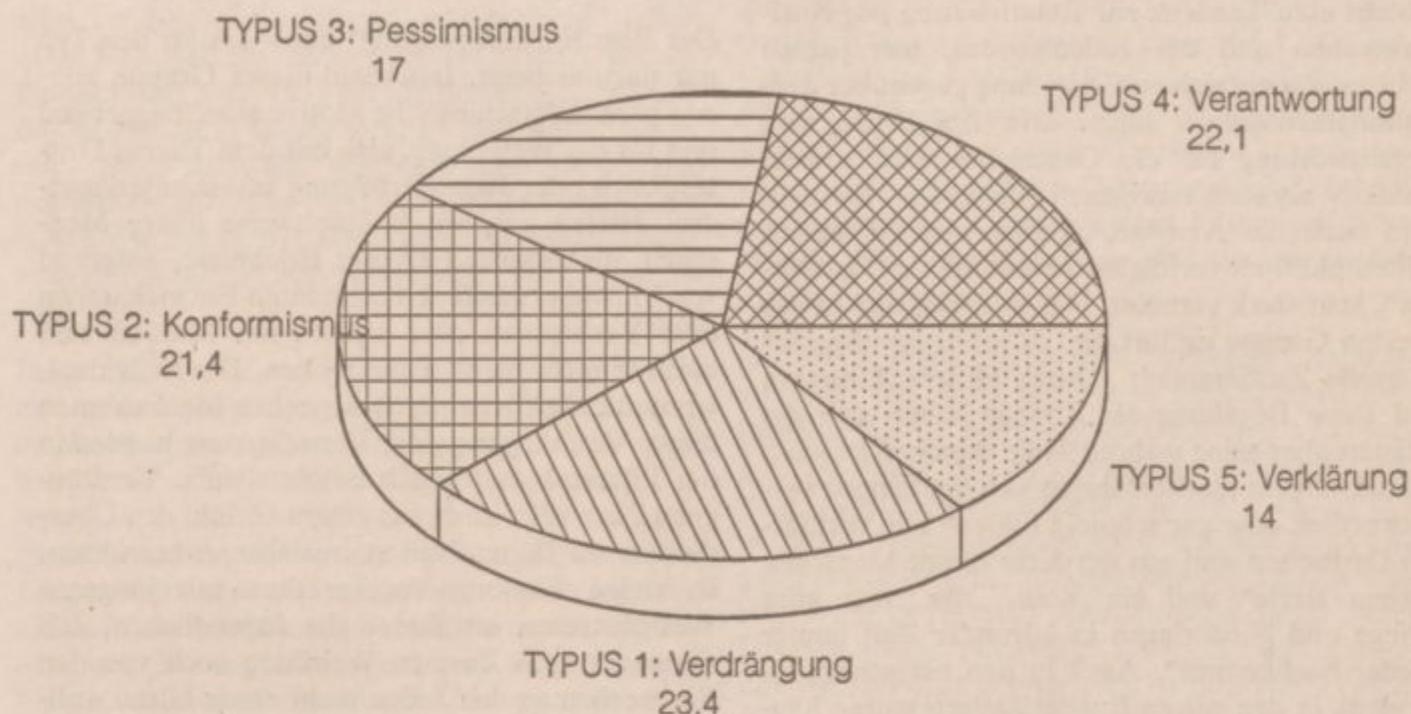
Im Rahmen dieser Erhebung kamen Fragen zur Anwendung, die aus den narrativen Interviews gewonnen wurden und in Form von Statements mit Hilfe einer Sechserkala den Befragten zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt wurden. Auf der Grundlage dieser Instrumente wurden Faktoren- und Clusteranalysen²⁶ durchgeführt, die in der folgenden Typologie²⁷ beschrieben werden.

Danach können in den westlichen Bundesländern fünf deutlich voneinander abgrenzbare Bevölkerungsgruppen nach ihrer jeweiligen Form der Verarbeitung von Vergangenheit unterschieden werden.

26 Die Repräsentativbefragung wurde vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt. Der standardisierte Fragebogen und die Datenanalysen können bei der Forschungsgruppe Deutschland eingesehen bzw. angefordert werden. Die Cluster konstituieren sich aus 75 Items und ca. 40 zusätzlichen Korrelationen der Cluster mit weiteren Variablen plus soziodemographischen Daten.

27 Die Typologie beruht auf einem mathematisch-statistischen Modell, das notwendigerweise Informationsverluste und Verallgemeinerungen zur Folge hat. In der Realität sind alle Formen von Mischtypen zwischen den Einzelkategorien denkbar und wahrscheinlich. Das Ziel bestand darin, ein plastisches und nachvollziehbares Bild des Geschichtsbewußtseins auf der gesellschaftlichen Makroebene zu zeichnen mit Hilfe von individuellen empirischen Daten. Die dadurch erreichte Strukturierung der Stichprobe entlang der Linien der individuellen Verarbeitungsmuster von Geschichte dürfte in der sozialwissenschaftlichen Forschung bislang einmalig sein.

Typologie der Verarbeitungsmuster



Westliche Bundesländer: Februar/März 1991

Zahlen in Prozent

Graphik: lu592

Die Benennung der Typen erfolgt nach dem dominierenden Verarbeitungsmuster von Vergangenheit in Verbindung mit der jeweiligen Gegenwartorientierung auf der Grundlage der am stärksten ladenden Faktoren. Die Typologie wurde außerdem durch zusätzliche Korrelationen mit passiven Variablen überprüft. Dadurch konnte auch ein höheres Maß an Profiliertheit erreicht werden. Wichtig für die Beurteilung der hier gemachten Aussagen ist die komplexe und vielfältige Datenlage, welche letztlich jeden einzelnen Typ repräsentiert. Insgesamt beruhen die fünf Cluster, wie sie im folgenden gezeigt und beschrieben werden, auf ca. 100 inhaltlichen Aussagen zu Geschichte und Gegenwart, Demokratieeinstellungen, Europapolitik, Wertorientierungen, Zukunftserwartungen u. a.. Der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus bestimmt aufgrund seiner Dominanz als Herleitungsinstanz im Geschichtsbewußtsein der Westdeutschen auch die folgende Typologie. Die Graphik zeigt die Verteilung der dominierenden Verarbeitungsmuster in der westdeutschen Bevölkerung (in Prozent).

1. Verdrängung

Der Umgang mit der Vergangenheit in der ersten Gruppe²⁸ wird dominiert von dem Muster „Verdrängung“²⁹. Die Personen dieses Clusters – die immerhin 23,4 Prozent der Gesamtstichprobe repräsentieren – wollen von der NS-Vergangenheit

28 Einige soziodemographische Daten zu Typus 1: Größe: 23,4% der Gesamtstichprobe von 2000; Altersstruktur: durchschnittlich; Parteisympathie: 50% CDU/CSU gegenüber 42,7% CDU/CSU im Durchschnitt; SPD und FDP: Durchschnitt, weniger GRÜNE; Bildung: weniger formal Hochgebildete; weniger leitende und freie Berufe als im Durchschnitt.

29 Die Beschreibung eines dominierenden Verarbeitungsmusters für einen Typus schließt nicht aus, daß ein anderer Typ über sehr ähnliche, wenn nicht sogar gleiche Deutungsmuster verfügt. Der Unterschied liegt aber dann in der Faktorladung, d. h. der Stärke der Zustimmung oder Ablehnung eines Deutungsmusters durch diese Gruppe und/oder der typusspezifischen Kombination politisch in dieselbe Richtung laufender Faktoren. Aus Platzgründen kann die Beschreibung der Typologie hier nur sehr plakativ ausfallen unter Verwendung nur weniger Einzeldaten. Eine ausführlichere Analyse und Beschreibung der Typologie erfolgt an anderer Stelle auch auf der Ebene der einzelnen Items.

nichts mehr hören³⁰ und „ärgern sich, wenn man uns Deutschen heute noch die Verbrechen der Nazis vorwirft“³¹. Der Nationalsozialismus sollte weder überbewertet werden, noch soll man sich heute damit unnötigerweise auseinandersetzen. Auch besteht eine Tendenz zur Relativierung der Nazi-verbrechen und des Judenmordes, was jedoch nicht zu einer positiven Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus führt. Die Ablehnung von Verantwortung für die Geschichte wird sowohl kollektiv als auch individuell verstanden. Deshalb wird auch die Aussage, „gerade wir Deutschen sollten politisch verfolgten Menschen Asyl gewähren“, sehr stark verneint. Nur in dieser und in der zweiten Gruppe erfährt die „Verführungstheorie“ so große Zustimmung: „Durch Hitlers Auftreten und seine Begabung als Redner haben sich die meisten über seine wahren Ziele täuschen lassen.“ Warum sollten die Verführten sich heute noch verantwortlich oder gar schuldig fühlen? Die verführten Deutschen sind aus der Sicht dieser Menschen „prima Kerle“ und ein Volk, „das trotz aller Kriege und Niederlagen in kürzester Zeit immer wieder hochkommt“. Auch in den narrativen Interviews in den neuen Bundesländern wurde häufig das Verführungsmotiv als Ursache für die Machtergreifung Hitlers beschrieben.

Jegliche Verklärung des Nationalsozialismus erfährt in dieser Gruppe deutliche Ablehnung. Das heißt, daß die folgenden Aussagen keine Zustimmung finden: „Der Nationalsozialismus hat dazu geführt, daß es Deutschland nach 1933 wieder besser ging“ oder „Die Menschen waren unter Hitler zufriedener als heute, weil sie damals ein klares Ziel vor Augen hatten.“

Das Bewußtsein der Leistungsfähigkeit der Deutschen begründet einen starken Stolz auf die wirtschaftlichen Leistungen vor allem nach dem Krieg. Der Systempatriotismus der Verdränger bezieht sich auf zwei untrennbar miteinander verbundene Elemente: auf die Gewißheit, im „freiesten Staat, den es in der deutschen Geschichte je gab, zu leben“, und auf die Erkenntnis: „Bei uns geht es den Bürgern besser als den Leuten in den meisten anderen Ländern.“ Den hart erarbeiteten Wohlstand und die Freiheiten will man jedoch nicht unbedingt

30 Vgl. dazu die Spiegel-Umfrage über die Einstellungen der Deutschen und Juden zueinander: Mehr verdrängt als bewältigt, in: Der Spiegel, Nr. 3 vom 13. Januar 1992, S. 52–66, bes. S. 53.

31 Die Aussage repräsentiert eine Formulierung aus dem standardisierten Fragebogen, wobei der Befragte auf einer Skala von 1–6 seine Ablehnung oder Zustimmung ausdrücken konnte. Die folgenden, in Anführung stehenden Sätze repräsentieren jeweils Formulierungen aus dem standardisierten Fragebogen.

mit anderen teilen, denn: „Wir sind der Prügelknabe und Zahlmeister Europas.“ Die europäische Integration wird so stark wie von keiner anderen Gruppe abgelehnt, was sich auch auf das Zusammenleben mit Ausländern bezieht.

Der Begriff „Verdrängung“ allein erklärt den Typ nur unzureichend. Innerhalb dieser Gruppe können ganz unterschiedliche Motive ausschlaggebend sein für die Weigerung, sich mit dem Thema Drittes Reich oder Judenverfolgung auseinanderzusetzen. Hierzu gehören beispielsweise ältere Menschen, die aufgrund eigener Erlebnisse, aufgrund von Mitwisserschaft an bestimmten Entwicklungen oder Verbrechen oder einfach nur Mitläufertum darüber nicht mehr reden wollen. Die individuellen und kollektiven psychologischen Mechanismen dieser Verdrängung oder Verweigerung wurden in der Literatur ausführlich beschrieben³². Verdrängung kann aber auch aus einem Gefühl des Überdrusses am Thema Nationalsozialismus herrühren. In vielen Explorationsgesprächen mit jüngeren Westdeutschen erwähnten die Jugendlichen, daß sie weder vom Zweiten Weltkrieg noch von den Verbrechen an den Juden mehr etwas hören wollten, weil sie in der Schule damit im Übermaß konfrontiert worden seien. Dieser Überdruß steht gleichzeitig aber in keinerlei Widerspruch zu einem verantwortungsbewußten Umgang mit diesem Teil der Vergangenheit.

2. Konformismus

Die zweite Gruppe³³ sieht die Deutschen in der Geschichte zunächst schicksalhaft als Opfer: „Wir Deutschen haben in der Geschichte eigentlich immer Pech gehabt“ und: „Unter der Nazi-Herrschaft hatten die Deutschen selbst am meisten zu leiden.“ Ebenso wie in der ersten Gruppe glaubt man, daß die Deutschen von Hitler verführt worden seien, zeigt aber eine leichte Zustimmung beim Faktor Verantwortung für Geschichte. Das heißt, die NS-Verbrechen werden nicht in dem Maße verdrängt wie für die erste Gruppe beschrie-

32 Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern, München 1985 (zuerst 1967); Hannah Arendt, Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, Berlin 1989; Gabriele von Arnim, Das große Schweigen. Von der Schwierigkeit, mit den Schatten der Vergangenheit zu leben, München 1989; Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg–Zürich 1987.

33 Daten zu Typus 2: Größe: 21,4%; deutlich mehr über 60jährige als im Durchschnitt; deutlich mehr Katholiken; Parteiensympathie: 46,7% CDU (gegen 42,7% gesamt), sonst Durchschnitt; wesentlich mehr regelmäßige Kirchgänger als in den anderen Gruppen; niedrigster formaler Bildungsgrad aller Typen. Diese Gruppe zeigte eine generelle Tendenz, allen positiv formulierten Aussagen zuzustimmen.

ben. Auffallend ist in dieser Gruppe die Einstellung zum Nationalsozialismus. Der entsprechende Faktor Verklärung beinhaltet eine grundsätzliche Tendenz, den Nationalsozialismus zu relativieren und eindeutig positiv zu sehen: „Ich glaube, nicht alles am Nationalsozialismus war schlecht“ oder: „Der Nationalsozialismus hat dazu geführt, daß es Deutschland nach 1933 wieder besser ging.“ Doch die Befragten in dieser Gruppe sind weder Nazis noch Rechtsradikale. Einzelne sind dabei, die positive Erfahrungen im Dritten Reich hatten. Die vielen Älteren in der Gruppe haben sowieso eine andere Einstellung zum Nationalsozialismus als die Jungen.

Insgesamt sind diese Befragten sehr konservativ und stolz darauf, Deutsche zu sein. Gleichzeitig zeigen sie einen starken Systempatriotismus bezüglich der Bundesrepublik: „Unser Land garantiert seinen Bürgern ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit.“ Aus dem Antwortverhalten dieser Gruppe wird ein starkes Verlangen nach Harmonie und Übereinstimmung deutlich, was zu Widersprüchen in den Aussagen und Einstellungen führt. Aus diesem Grund wird hier auch der Begriff „Konformismus“ verwendet. Es ist fraglich und erfordert noch genauere Untersuchungen, inwieweit diese Gruppe in ihrer Mehrheit die Fragestellungen richtig verstanden hat und auch einen Überblick über die Komplexität des politischen Systems und der Geschichte besitzt.

3. Geschichtspessimismus

Die dritte Gruppe³⁴ repräsentiert ein anderes Deutschland. Ihre Einstellungen zum Nationalsozialismus und ihr Umgang mit der jüngsten Vergangenheit sind geprägt von Verantwortungsbewußtsein und damit dem dominierenden Verarbeitungsmuster der vierten Gruppe sehr ähnlich. Die Anerkennung einer individuellen wie kollektiven Verantwortung für die problematische deutsche Geschichte beinhaltet auch die entsprechenden Konsequenzen in den aktuellen politischen Einstellungen. Das Grundrecht auf politisches Asyl und eine offene Gesellschaft, in der Ausländer, Übersiedler, Flüchtlinge aus der Dritten Welt usw. mit Deutschen harmonisch und friedlich zusammenleben, sind für diese Gruppe selbstverständlich. Eine überdeutlich klare Absage erhält jede

34 Daten zu Typus 3: Größe: 17 % der Bevölkerung in den westlichen Bundesländern; 54,5 % (34,5 % gesamt) dieser Gruppe sind jünger als 34 Jahre; überdurchschnittlich viele Konfessionslose; Parteiensympathie: CDU/CSU: 11,4 %, SPD: 45,4 % und GRÜNE: 33,4 %; 73 % gehen selten oder nie in die Kirche; Gruppe mit den meisten Personen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen.

Art von Wohlstandschauvinismus, der sogenannte deutsche Tugenden propagiert und den von den Deutschen erarbeiteten Reichtum nur den Deutschen zugute kommen lassen will.

Zwei Charakteristika unterscheiden diese Gruppe von allen anderen Befragten: Erstens der tiefe Pessimismus, der die Einstellung zu Geschichte und Politik kennzeichnet: „Ich glaube nicht, daß die Menschen jemals aus der Geschichte lernen werden.“ Bezogen auf die Deutschen wird die folgende Aussage daher abgelehnt: „Inzwischen haben die Deutschen bewiesen, daß sie aus der Geschichte gelernt haben.“

Historisch begründet ist auch das zweite Charakteristikum: das eines deutlichen Identitätsbruchs³⁵, bezogen auf das Selbstbild als Deutscher und bezogen auf das politische System der alten und jetzt vergrößerten Bundesrepublik Deutschland³⁶. Der bei den Gruppen 1, 2 und 4 feststellbare, stark ausgeprägte Systempatriotismus mit den beiden Säulen Wohlstands- und Freiheitsstolz fehlt dieser Gruppe völlig. Allerdings teilen die Pessimisten das Wertesystem der anderen demokratisch orientierten Gruppen, also aller Gruppen bis auf Typus 5. Die Kritik³⁷ richtet sich gegen die Ausgestaltung der im Grundgesetz niedergelegten Werte und Freiheiten in Form des parlamentarischen Systems, der politischen Institutionen und der politischen Alltagswirklichkeit. Man sieht die Ideale auf denkbar schlechte Weise realisiert und stimmt daher den positiven Einschätzungen der anderen Befragten: „Bei uns wird niemand aufgrund seiner politischen Überzeugung verfolgt oder benachteiligt“ nicht zu. Deutlich mehr Personen in Gruppe 3 als im Durchschnitt lehnen diese Aussage ab. Die Ablehnung ist doppelt so hoch wie im Durchschnitt bei der Aussage: „Bei uns halten sich Polizei und Justiz streng an die Gesetze.“

In der Werteforschung würde man diese Gruppe mit dem Begriff „Postmaterialismus“ charakterisieren: Das Wertesystem ist an individueller Freiheit, Chancengleichheit und Selbstverwirklichung

35 Vgl. zu dieser Problematik Dirk Berg-Schlosser, Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/90, S. 30–46, bes. S. 45; Max Kaase, Bewußtseinslagen und Leitbilder in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München 1989, S. 203–221.

36 Typus 3 zeigt die stärkste Zustimmung zu folgender Aussage: „Für mich gibt es in der deutschen Geschichte wenig, worauf man wirklich stolz sein könnte.“

37 Siehe dazu auch Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte, Die Deutschen – Profil einer Nation, Stuttgart 1991, hier besonders S. 139 ff.

des einzelnen orientiert. Die Ausgestaltung dieser Ideale auf der Ebene des politischen Systems wird allerdings als mangelhaft angesehen und daher in Frage gestellt. Das führt dazu, daß die Frage nach dem Nationalstolz nicht nur die geringsten Prozentzahlen und die größte Ablehnung überhaupt ergibt, vielmehr wird auch die Fragestellung als solche schon als Zumutung empfunden. Gleiches gilt – wenn auch nicht im selben Maße – für die Frage nach dem Stolz, Europäer zu sein. Die Zustimmung zur weiteren Integration Europas fällt aber relativ hoch aus.

Das kollektive Selbstbildnis in dieser Gruppe ist denkbar negativ. Danach sind die Deutschen zum Befragungszeitpunkt fremdenfeindlich, bereit, sich unterzuordnen, ohne Selbstbewußtsein und ohne Lebensfreude, außerdem autoritätsgläubig und rechthaberisch. Befragt, welche dieser Eigenschaften sich in der deutschen Geschichte negativ ausgewirkt hätten, werden fast alle Eigenschaften noch einmal genannt: Die Deutschen haben sich also nicht geändert, daher ist Pessimismus angesagt. Ein Befragter aus der 68er Generation: *„Zu der Frage, was ist eigentlich deutsch, fallen mir Klischees ein wie: überkorrekt, obrigkeitshörig, klein-kariert, teilweise aufdringlich im Ausland. Deutschland ist die Bundesrepublik Deutschland, Deutscher ist jemand, der die deutsche Staatsangehörigkeit hat. Ich habe keinen besonderen Patriotismus, von mir aus können auch Ausländer Deutsche werden. Es ist eine reine Definition. Manchmal empfinde ich ‚Deutscher‘ direkt als ein Schimpfwort . . . ich identifiziere mich wenig damit.“*

4. Verantwortung

Verantwortungsbewußtsein und Wertwandel charakterisieren die vierte Gruppe³⁸; der entscheidende Unterschied zur dritten Gruppe besteht in den systemtragenden politischen Einstellungen, die auch eine hohe Identifikation mit dem Staat Bundesrepublik bewirken. Verantwortung für Geschichte beinhaltet hier Elemente, die sich sowohl auf den Nationalsozialismus als auch auf die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition beziehen, die als richtig angesehen wird. *„Wir Deutsche haben wegen der Verbrechen des Nationalsozialismus eine besondere politische Verantwortung“* und: *„Wir sollten uns offen mit unserer nationalsoziali-*

38 Daten zu Typus 4: Größe: 22, 1%; mehr Männer als Frauen-; mehr Protestanten als Katholiken; Parteiensympathie: CDU/CSU: 49,8%, SPD: 32,5% (gegen 37,4% gesamt), GRÜNE: 5,4% (gegen 10,4% gesamt); 28% haben leitende oder freie Berufe (gegen 18% der Gesamtstichprobe); nur Gruppe 3 hat mehr Personen mit vergleichbar hohen Bildungsabschlüssen.

stischen Vergangenheit auseinandersetzen – auch wenn es schwerfällt.“

Eine Frau: *„Wir sollten erkennen, was in der Weimarer Republik und im Dritten Reich passiert ist. Was das für Strukturen waren, und ob es bei uns zu Parallelen kommt. Das ständige Wachsen der Republikaner, das Wachsen der Resonanz der Republikaner in der Bevölkerung: Man sollte darauf achten, ob es Parallelen gibt, wenn ja, ob man im Vergleich zu damals etwas anders machen müßte . . . Mir ist wichtig, daß die Menschlichkeit in der Bundesrepublik gefördert wird. Ich sehe dunkle Wolken aufziehen, wenn ich an die Republikaner denke, Ausländerhaß.“*

Die Einstellungen zum Nationalsozialismus und die entsprechenden Verarbeitungsmuster sind denen der Pessimisten sehr ähnlich, in einigen Bereichen allerdings noch kritischer und negativer gegenüber dem Nationalsozialismus als bei diesen.

Das Bewußtsein, in einem wirtschaftlich erfolgreichen und freiheitlichen Staat zu leben, sowie die Zustimmung zu dieser Gesellschafts- und Politikform wurden in dem entsprechenden Faktor der Datenanalyse als „Systempatriotismus“ bezeichnet. Bei der vierten Gruppe jedoch wäre der Begriff „Verfassungspatriotismus“ zutreffender, weil gleichzeitig der Grad der Beteiligung am politischen System sehr hoch ist und die Partizipationsformen konventionell sind. Der überdurchschnittliche Bildungsgrad und das starke Engagement für diesen Staat sind herausragend aus allen anderen Gruppen.

Stärker noch als die Zustimmung zu den Aussagen, die unter dem Begriff des Systempatriotismus zusammengefaßt werden können, fällt die Zustimmung zu Europa und zu einer offenen Gesellschaft aus: *„Zur weiteren Vereinigung Europas gibt es für mich keine Alternative“* und: *„Ich finde es gut, wenn Angehörige vieler Nationen in einem Land zusammenleben.“* Diese Gruppe ist auch die einzige, die in der deutschen Einheit keinen Widerspruch zur europäischen Integration sieht. Die Pessimisten haben damit Schwierigkeiten, weil ihr Selbstbild so problematisch ist. Die Verantwortungsbewußten stellen die systemtragenden Wertkonservativen in der Gesamtstichprobe dar. Der Stolz darauf, Deutscher zu sein, ist sehr hoch ausgeprägt (64,8 Prozent) und gründet sich auf ein starkes bundesrepublikanisches Selbstbewußtsein. In dieser Gruppe ist auch nichts von der Angst zu spüren – die in der fünften Gruppe relativ stark ausgeprägt ist –, daß das, was Deutschland ausmacht, im Zuge einer weitergehenden Vereinigung Europas verlorengehen könnte. Die Einstellungen

zu den aktuellen Entwicklungen in Deutschland und Europa sind in der vierten Gruppe grundsätzlich positiv. Jeglicher (Geschichts-)Pessimismus findet keinerlei Zustimmung.

5. Verklärung

Die letzte Gruppe³⁹ verfügt über ein eindeutig positives NS-Bild und steht der Bundesrepublik – oder besser: dem Alltag in der Bundesrepublik – sehr kritisch gegenüber. Verantwortung für die deutsche Geschichte wird weder auf der individuellen noch auf der kollektiven Ebene anerkannt. Mit den NS-Verbrechen will man nichts mehr zu tun haben, man will auch nicht mehr darüber reden. Ganz im Gegensatz zu allen anderen Befragten haben die „Verklärer“ ein durchweg positives Bild vom Nationalsozialismus: „Ich glaube, nicht alles am Nationalsozialismus war schlecht“ oder: „Ohne den Krieg wäre Hitler einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen“ und: „Der Nationalsozialismus hat dazu geführt, daß es Deutschland nach 1933 wieder besser ging.“ Konsequenterweise finden sich in dieser Gruppe auch die wenigsten Anhänger der Aussage „Durch Hitlers Auftreten und seine Begabung als Redner haben sich die meisten über seine wahren Absichten täuschen lassen.“

Die Brisanz in den Einstellungen dieser Personen und der entscheidende Unterschied zur zweiten Gruppe („Konformismus“) liegt in der Kombination bzw. in dem Zusammenfallen von einem nahe an Rassismus grenzenden Wohlstandschauvinismus („Wir Deutsche sollten darauf achten, daß wir unsere Rasse reinhalten“ und: „Die vielen Flüchtlinge aus der Dritten Welt entwickeln sich zu einer ernstesten Bedrohung für unser Land“) mit einer zumindest sehr kritischen, wenn nicht gar ablehnenden Einstellung zum politischen System der Bundesrepublik. Hinzu kommen jeweils die höchsten Prozentzahlen aller Gruppen bei Fragen nach der Regierungsform Demokratie oder Diktatur für die autoritäre Variante. Gefragt nach den Erziehungszielen⁴⁰, wollten in Gruppe 5 beispielsweise nur 51 Prozent ihre Kinder lehren, Andersdenkende zu achten, gegenüber 77 Prozent im Gesamtdurch-

schnitt. Ähnlich niedrigere Zahlen als im Durchschnitt gab es für die Vorgaben „Interesse für Politik“ und „Wissensdurst“. Dagegen sahen überdurchschnittlich viele das Erziehungsziel „sich in eine Ordnung einfügen, sich anpassen“ als erstrebenswert an.

Das Deutschenbild der Verklärer fällt insgesamt negativ aus, allerdings auf anderer Ebene als bei den Pessimisten. Danach befragt, was im Alltag als typisch deutsch angesehen werden kann, bzw. was bei den Deutschen besonders häufig zu finden sei, werden in dieser Gruppe immer deutlich weniger als im Durchschnitt genannt: Disziplin, Fleiß, Ordnungsliebe, Leistungsfähigkeit und Sauberkeit. All diese Tugenden vermissen die Verklärer bei den Deutschen stärker als die anderen Befragten.

Die Kritik und die Unzufriedenheit dieser Gruppe mit der Politik und dem politischen System der Bundesrepublik sowie ihre problematischen Einstellungen zur NS-Vergangenheit zeigen nur einen Teil des Denkens des Wählerreservoirs der rechtsradikalen Parteien. Die hier vorfindbaren Denkstrukturen müssen nicht zwangsläufig in die Unterstützung nichtdemokratischer oder extremer Parteien und Strömungen münden. Die Angst, daß die Deutschen in der EG nur Nachteile erfahren und daß Deutschland an Identität und Eigenständigkeit verliert, ist nicht nur auf diese Gruppe beschränkt.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Mit der Typologie der Verarbeitungsmuster von Geschichte wird die Bevölkerung der alten Bundesrepublik entlang der Linien des jeweiligen Geschichtsbewußtseins und des Gegenwartsverständnisses strukturiert. Dabei zeigen sich gravierende Unterschiede in den auf die Vergangenheit – hier vor allem den Nationalsozialismus – und die aktuellen politischen Entwicklungen bezogenen Einstellungen. Die fünf Verarbeitungsmuster von Geschichte stellen dabei Bezeichnungen dar, die jeweils einen Aspekt dieses gruppenspezifischen Umgangs mit Geschichte hervorheben. Jede Gruppe repräsentiert eine spezifische Kombination von miteinander zusammenhängenden historischen Deutungsmustern (Faktoren), allgemeinen Wertstrukturen und Einstellungen zum politischen System.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten sieht den Nationalsozialismus als Diktatur mit spezifischen Merkmalen, deren Qualität eindeutig negativ beurteilt wird. Es gibt Tendenzen zur Relativierung der NS-Verbrechen und zur Verklärung des Dritten Reichs, die aber nicht unbedingt in ent-

39 Daten zu Typus 5: Größe: 14 %; Alter: 6 % mehr über 60jährige, dafür 6 % weniger unter 34jährige; Parteiensympathie: CDU/CSU: 50 %, SPD: Durchschnitt, FDP und GRÜNE: unterdurchschnittlich; deutlich mehr Arbeiter innerhalb der Berufsgruppen; Bildung: 54 % ohne oder nur mit Volksschulabschluß (gegen 44 % gesamt).

40 Die Frage lautete: „Wir haben einmal eine Liste zusammengestellt mit den verschiedenen Forderungen, was man Kindern für ihr späteres Leben alles mit auf den Weg geben soll, was Kinder im Elternhaus lernen sollen. Was davon halten sie für besonders wichtig?“

sprechenden Handlungsmustern – beispielsweise im Wahlverhalten – ihren Widerhall finden. Bedeutsam ist weiterhin der positive und starke Zusammenhang zwischen einem Verantwortungsbeußtsein als Deutscher für die NS-Verbrechen und der Befürwortung einer offenen und liberalen Gesellschaft, verbunden mit einer hohen Zustimmung zur europäischen Integration. Bildungseffekte spielen hierbei sicherlich eine große Rolle.

Weiterhin ist ein tiefer Identitätsbruch zwischen den Pessimisten (Gruppe 3) und den anderen Befragten feststellbar. Bedeutend daran ist, daß mehr als 54 Prozent dieser Gruppe jünger als 34 Jahre sind und über einen weit überdurchschnittlichen Bildungsgrad verfügen. Die politische Partizipation in dieser Gruppe ist überdurchschnittlich hoch und eher unkonventionell, im Gegensatz zu allen anderen Gruppen.

Die Typologie der Verarbeitungsmuster trennt die Westdeutschen nach den Unterschieden im jeweiligen Umgang mit Vergangenheit und der damit zusammenhängenden aktuellen Gegenwartsdeutung. Parteipolitische, altersmäßige und andere Unterschiede und Gegensätze werden dabei zu sekundären Merkmalen; mit einer Ausnahme: die dritte Gruppe, die Geschichtspessimisten, stellt eine relativ homogene Gruppe dar.

Trotz aller Probleme, die bei der Betrachtung des Geschichtsbewußtseins der (West)Deutschen deutlich werden, und obwohl sich die Frage stellt, inwieweit die z. T. hochproblematischen Einstellungsmuster bei Konformisten und Verklärern sich auf den politischen (Wahl)Alltag der vergrößerten Bundesrepublik auswirken, steht die politische Kultur Deutschlands insgesamt auf einem soliden, demokratisch orientierten und durchaus belastungsfähigen Fundament. Über die – trennenden – Grenzen der Verarbeitungsmuster hinweg herrscht ein weitgehender Konsens darüber, daß das politische System der Bundesrepublik den Wohlstand und die individuellen Freiheiten der Bürger garantiert und somit breit legitimiert ist.

Der Faktor Wohlstandschauvinismus, der eine Mischung aus Angst um den Wohlstand und latentem Rassismus repräsentiert, taucht bei zwei der Gruppen auf: den Konformisten und den Verklärern. Dieses Deutungsmuster spiegelt ziemlich genau die aktuellen politischen Problemlagen derjenigen wider, die bei den Landtagswahlen für die rechtsradikalen Parteien gestimmt haben. Bei weitem nicht alle Befragten der Gruppen 2 und 5 zeigen Wohlstandschauvinismus in Reinform; es gibt viele Mischtypen und Personen, die im unteren Zustimmungsbereich liegen. Trotzdem ist hier das rechts-

radikale und das Protestwählerpotential zu finden, das wieder einmal die Öffentlichkeit in Deutschland in Aufregung versetzt.

IV. Fazit: Geschichtsbewußtsein in Ost und West – die doppelte Spaltung Deutschlands

Der Prozeß der Einheit Deutschlands wird auf lange Sicht hinaus belastet werden durch eine doppelte Spaltung der Einstellungslandschaft in der Bevölkerung in Ost und West. Die Menschen in den neuen und alten Bundesländern unterscheiden sich nicht nur in ihren politischen Einstellungen und Wertorientierungen, sondern auch tiefgreifend im jeweiligen Geschichtsbewußtsein:

- Während im Westen der Nationalsozialismus und die Gründungs- und Aufbauphase der Bundesrepublik die dominanten historischen Epochen im Geschichtsbewußtsein der Menschen darstellen, ist dies im Osten vorrangig die Geschichte der DDR.
- Daher ist das Geschichtsbewußtsein im Osten eher gegenwartsorientiert: Der Grund dafür liegt u. a. auch in der aktuellen Umbruchphase, die entsprechende Ängste verursacht und Neuorientierungen verlangt.
- Eine positive Grundeinschätzung der Idee des Sozialismus ist in den neuen Bundesländern noch tief verwurzelt. Zusammen mit dem Mythos des Antifaschismus und anderem SED-Gedankengut wird einerseits eine endgültige Aufarbeitung des Nationalsozialismus blockiert und andererseits eine Tendenz zur Verklärung des SED-Staates deutlich.
- Das Geschichtsverständnis der SED und das Geschichtsbewußtsein der Bürger in der ehemaligen DDR klappten weit auseinander. Die aktuellen Ängste, Vorurteile und Einstellungen der Deutschen in Ost und West zueinander fördern aber eher eine Sichtweise, in der sich die Ostdeutschen stärker mit der alten DDR identifizieren als mit der Bundesrepublik. Dies färbt ab auf das Geschichtsbewußtsein und führt zu Versuchen, in der untergegangenen DDR verstärkt Positives zu sehen.
- Zu den unterschiedlichen Inhalten kommen gegensätzliche Bewertungen historischer Ereignisse und Personen in Ost und West. Am Bei-

spiel Konrad Adenauers wird dies besonders deutlich. Im Westen als Synonym für Wiederaufbau, Westbindung und Wirtschaftswunder stehend, ist er für die Ostdeutschen eher ein vaterlandsloser Geselle, der für den Kapitalismus die Einheit geopfert hat⁴¹ – ein wohl noch lange nachwirkender Triumph der SED-Propaganda und eines ideologisierten Geschichtsunterrichts.

- Der SED-Staat hat von der alten sozialistischen Ideologie geprägte Deutungsmuster⁴² und Begriffswelten in den Köpfen der Menschen hinterlassen, die noch lange ihre Folgen für eine gesamtdeutsche politische Kultur haben werden. Zusammen mit der „Nicht-Kommunizierbarkeit der ehemaligen DDR“⁴³ werden sich noch mindestens für die Dauer einer Generation Verständnis- und Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Deutschen in Ost und West ergeben.

Die Kluft zwischen Ost und West wird zusätzlich vertieft durch den Generationsbruch im Westen zwischen den Kriegs- und Nachkriegsgenerationen und den Altersgruppen, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind. Am deutlichsten wird dies sichtbar am Beispiel der von uns genannten „Pessimisten“, die sich nicht nur im Geschichtsbewußtsein von den Älteren unterscheiden, sondern vor allem in ihrem problematischen Verhältnis zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Auch im Osten existiert ein deutlicher Einstellungsunterschied zwischen den Generationen. Die beiden mittleren Altersgruppen haben aufgrund der engen Verwobenheit ihrer Biographien mit der

41 Vgl. beispielsweise dazu: Allensbacher Berichte, Nr. 7, Adenauer als Denkmal. Eine Allensbacher Umfrage zum 25. Todestag, hrsg. vom Institut für Demoskopie, Allensbach 1992. Die quantitative Allensbach-Studie stützt dieses Ergebnis. Die gefundenen Prozentzahlen liegen zwischen Ost- und Westdeutschen z.T. drastisch weit auseinander. Westdeutsche haben rundweg eine positivere Einschätzung Adenauers als Ostdeutsche. Anzumerken ist jedoch, daß in der Form der hier angeführten Allensbacher Befragung es gar nicht möglich war, negative Meinungen über Adenauer zu äußern. Alle Antworten waren standardisiert; in den qualitativen Erhebungen der Forschungsgruppe Deutschland hingegen konnten die Befragten völlig frei und ohne Vorgaben ihre Meinung sagen.

42 71 % der 17–27jährigen glaubten nach einer im Spiegel publizierten Umfrage noch, daß sich Geschichte in Form von Klassenkämpfen vollzieht, in: Der Spiegel, Nr. 48 vom 26. November 1990, S. 156.

43 So Rainer M. Lepsius in einem Vortrag zu dem Thema: „Ein ganz normaler deutscher Staat?“ auf der 14. Tagung der Studiengruppe Deutsche Frage am 13./14. Dezember 1990 in Schloß Auel bei Bonn.

DDR eine hohe Affinität zu dem alten System. Hier finden sich die meisten derjenigen Personen, die eine sozialistisch-demokratisch reformierte DDR einer Einheit mit der Bundesrepublik vorgezogen hätten. Diese Altersgruppen haben auch am meisten im Zuge der Einigung zu verlieren. Daher ist das größte Konfliktpotential im Zuge der Integration der alten und neuen Bundesländer in diesen beiden Gruppen zu finden.

Das Geschichtsbewußtsein der Menschen allgemein in Ost und West wird dominiert von der Zeitgeschichte und von den biographischen Erfahrungen jedes einzelnen. Entscheidend aber für die Ausprägung individuellen Geschichtsbewußtseins ist letztlich die Wechselwirkung zwischen der gesellschaftlichen Selbstdefinition auf der einen Seite und den je eigenen Erfahrungen und individuellen Bedürfnissen auf der anderen Seite. Diese Wechselwirkung wird erlebt als Spannung zwischen abstrakten Ideologien und offiziellen Geschichtsbildern gegenüber dem eigenen Alltag und der selbst erlebten Geschichte.

Die Darstellung der Ergebnisse der durchgeführten Erhebungen auf wenig Raum muß sich notwendigerweise mit dem Kompromiß des Weglassens und der plakativen Verkürzungen arrangieren. Auch bleiben viele Fragen offen. So spielte z.B. in den Interviews mit den Bürgern der ehemaligen DDR das Thema „Stasi“ so gut wie keine Rolle. Für Zeitungsleser und Fernsehzuschauer eigentlich unfaßbar. Im Gesprächsleitfaden war es als Befragungskomplex nicht vorgesehen: Bei der Konstruktion des Fragebogens wurde nämlich davon ausgegangen, daß – aufgrund der entsprechenden Erfahrungen im Westen – wichtige, die Menschen beschäftigende und bewegende Sachverhalte in den jeweiligen offenen Teilen von sich aus thematisiert würden. Dies war aber in diesem Punkt nicht der Fall. Gibt es das Stasi-Problem deshalb nur für Joachim Gauck oder für die Medien? Oder passiert hier etwas Ähnliches wie nach 1945, daß dieser schuldbeladene und problematische Teil der Geschichte und der Erinnerung nun kollektiv verdrängt wird? Wahrscheinlicher ist, daß der Stasi-Komplex noch keinen Eingang in das Geschichtsbewußtsein gefunden hat, aber das muß vorerst reine Spekulation bleiben.

Einige Lektionen haben sich die Deutschen in Ost und West zu Herzen genommen: Krieg als Mittel der Politik ist für eine überragende Mehrheit der Menschen kein Thema. Dies hat sich beispielsweise im Verlauf des Golfkrieges gezeigt, als in der Bundesrepublik die stärkste Kritik an dem militärischen Einsatz der Vereinten Nationen zu hören

war. Die Ablehnung von militärischer Gewalt ist Kernelement des Geschichtsbewußtseins aller Deutschen, unabhängig von Alter, Parteisympathie oder Bildung.

Die Freude über die friedliche Umwälzung in der DDR, der Stolz auf den erreichten Wohlstand und der verbreitete Systempatriotismus in Deutschland dürfen nach der Einheit nicht verwechselt werden mit einem wiedererwachten Nationalismus – den es in bestimmten Formen und Gruppen am Rande sicherlich auch gibt. Die Wahlerfolge der rechtsradikalen Parteien haben nichts zu tun mit Nazismus; das entsprechende Einstellungspotential war den Sozialforschern inhaltlich und größtmäßig bekannt, in dieser Untersuchung ist es mit dem Begriff „Wohlstandschauvinismus“ beschrieben worden.

Die Zeitenwende der beginnenden neunziger Jahre stellt sich dar als offene Situation, als Phase mit ungeheurer Prägekraft und Wandlungsfähigkeit, gerade in Europa. Die Geschichte ist nicht zu Ende⁴⁴ – höchstens die Geschichte einiger Diktaturen und ihrer Ideologien. Wenn der Sieg des westlichen Modells allerdings nicht zum ökologischen Pyrrhussieg werden soll, dann sind gerade jetzt vermittelbare und realisierbare Visionen gefragt.

In Deutschland befindet sich die politische Kultur in den westlichen Bundesländern in einem Übergang von einer abgeschlossenen Phase, deren ideologische Leitbilder historisch legitimiert wurden, in eine Zukunft, die die Festigung, den Ausbau und die Entwicklung neuer kollektiver Lebensentwürfe erfordert. Die neuen Bundesländer hingegen sind im Übergang und Umbruch, wobei für viele die Zielrichtung noch nicht klar ist.

Eine in die Zukunft weisende Politik kann in vielen Bereichen auf dem Fundament des Geschichtsbewußtseins der Deutschen aufbauen, das tragfähig ist für die Fortführung einiger bereits eingeleiteter Entwicklungen. Dies trifft zu für die Bereiche der Europapolitik, die Bündnispolitik innerhalb der NATO, für eine Sicherheits- und Friedenspolitik, die internationales Engagement nicht ausschließt, sowie für eine offene und demokratische

44 In Anlehnung an das Buch von Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

Gesellschafts- und Ordnungspolitik. Die entsprechenden Grundlagen im Geschichtsbewußtsein der Menschen, wie sie aus dieser Untersuchung deutlich wurden, sind in den alten Bundesländern u. a. eine positive Grundhaltung zur europäischen Integration, die Lehre „Nie wieder Krieg“, die häufige Nennung der deutsch-französischen Freundschaft als wichtige Nachkriegserrungenschaft, die Betonung der Hilfe durch die Amerikaner nach dem Kriegsende und nicht zuletzt das Bewußtsein, daß erst die Demokratie Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Für die neuen Bundesländer sind dies die mehrheitliche Anerkennung der Erfolge der sozialen Marktwirtschaft als Voraussetzung für die langfristige Identifikation mit der Bundesrepublik, der weitverbreitete Wille, es nun selbst auch zu etwas bringen zu wollen, und das Selbstbewußtsein, die Diktatur aus eigener Kraft mit friedlichen Mitteln gestürzt zu haben.

Die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in Deutschland haben aber auch unterschiedliche Wertstrukturen in Ost und West entstehen lassen, die nun im Prozeß der Einheit manchmal hart aufeinanderprallen. Es gibt noch gegenseitige Vorurteile aus der Zeit vor 1989 und psychosoziale Strukturen⁴⁵, die vor dem Hintergrund einer sich anspannenden Wirtschaftslage nicht unbedingt konfliktmildernd wirken. Die anstehenden gesellschaftspolitischen Aufgaben erfordern daher eine breite Diskussion aller relevanten Gruppen, um das Fundament für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu bereiten. Dazu gehört auch die umfassende Aufarbeitung, Qualifikation und Einordnung der DDR-Geschichte. Diese Geschichtsinterpretation und Historiographie entscheidet über die Stigmatisierung und Kriminalisierung und damit über das Schicksal mehr oder weniger großer Bevölkerungsgruppen in den neuen Bundesländern und erweist sich dadurch als politischer Faktor von eminenter Bedeutung.

45 Zu diesen Problemen äußerten sich Hans-Joachim Maaz und Joachim Gauck auf der Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung am 12. und 13. März 1992 in Berlin, siehe dazu das Thesenpapier von Maaz, außerdem ders., *Psychosoziale Aspekte im deutschen Einigungsprozeß*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19/91, S. 3–10.

Vom Nutzen und Elend der Nationalismen im Leben von Völkern

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat auch in Europa politische Manövrierräume für nationalistische bzw. ethnonationalistische Bewegungen freigesetzt. Damit wiederholen sich in der östlichen und südöstlichen Hälfte Europas Erfahrungen mit entsprechenden politischen Vorgängen, die die Geschichte dieses Raumes schon im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet haben. Während innerhalb Europas die bipolare Blockkonfrontation des Kalten Krieges potentiell virulenten Nationalismus in den Hintergrund drängte – allein schon deshalb, weil dieser für den Zusammenhalt des jeweiligen Lagers völlig dysfunktional gewesen wäre –, war in den letzten Jahrzehnten Nationalismus im Sinne des antikolonialen Befreiungsnationalismus eine gängige Erscheinung in der Dritten Welt. Auch ethnopolitisch motivierter Nationalismus ist dem Beobachter der Dritten Welt seit langem vertraut, wobei sich dessen Spielarten nunmehr auch in Europa offen und oft mit vergleichbarer Militanz, einschließlich kriegerischer Auseinandersetzungen, wiederfinden.

Während das EG/EFTA-Europa sich bemüht, die Nationalismen dadurch zu überwinden, daß die eigenen Nationalstaaten in einen übergeordneten integrativen Verbund (supranationale Institutionen) eingebracht werden, wird die in den beiden Hälften Gesamteuropas zu beobachtende Ungleichzeitigkeit der Entwicklung als besonders befremdend empfunden: hier angestrebte Bemühungen um Integration, dort Desintegration, Verfall und zahlreiche secessionistische Bewegungen bis hin zu unverständlich bleibenden und als skurril empfundenen Miniseparatismen – von der Bereitschaft zu in Europa längst überwunden geglaubter brutaler Gewalt ganz zu schweigen.

Angesichts dieser Lage stellt sich erneut die Frage nach dem Nutzen und dem Elend des Nationalismus im Leben von Völkern. Sein Elend für die Völker ist evident: Ein Blick auf das Geschehen in Jugoslawien seit dem Frühsommer 1991 erspart wortreiche Kommentare. Aber worin liegt eigentlich der Nutzen des Nationalismus? Solcher Nutzen muß unterstellt werden, wenn man die gegenwärtige These für wenig oder nicht plausibel hält,

Millionen von Menschen seien einfach Treibende oder Getriebene einer letztendlich nicht argumentativ nachvollziehbaren Irrationalität – und dieses zu völlig unterschiedlichen Zeitpunkten innerhalb der vergangenen 200 Jahre und zum Teil in ganz konträren kulturellen Zusammenhängen.

Nutzen und Elend von Nationalismen angemessen bewerten zu können, setzt eine entwicklungsgeschichtliche Perspektive voraus. Es ist die These dieses Beitrages, Nationalismus sei immer auch als *Entwicklungsnationalismus* zu begreifen, wobei das Profil des jeweiligen Nationalismus in spezifischen entwicklungspolitischen Problemstellungen begründet ist. Eine Analyse des Nationalismus muß also dessen verschiedene Kontexte beachten; ohne historisch-vergleichende Orientierung bliebe sie unzureichend¹.

I. Über den originären klassischen Nationalismus

Gleichgültig, welche Nationalismen des späten 19. und des 20. Jahrhunderts diskutiert werden, Bezugspunkte bleiben die klassische Nationalstaatsbildung und der klassische Nationalismus Nordwesteuropas und daran anschließend die vergleichbaren Vorgänge in allen heute hochindustrialisierten Gesellschaften des Westens (OECD). Dem klassischen Nationalismus kommt dabei eine originäre Qualität zu, ansonsten würde er nicht immer wieder in gelehrten Typologien und in gängiger Rede als Vergleichsmaßstab dienen². Was zeichnete diesen spezifischen Nationalismus aus?

Unter vergleichender Perspektive muß als sein wichtigstes Kennzeichen gelten, daß es sich bei

1 Vgl. hierzu als „Klassiker“ Karl W. Deutsch, *Nationalism and its Alternatives*, New York 1969.

2 Diese Orientierung gilt für die ältere wie für die neueste Literatur. Zur älteren Literatur Theodor Schieder, *Nationalismus und Nationalstaat*, Göttingen 1991; zur neuesten Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt 1991.

ihm um ein Spätprodukt einer langwierigen Vorgeschichte handelt, die zunächst keineswegs durch typische „nationale“ oder „nationalistische“ Kräfte oder Bewegungen gekennzeichnet war. Zu dieser Vorgeschichte gehören wenigstens die folgenden, sich über Jahrhunderte und Jahrzehnte hinweg erstreckenden Prozesse:

1. Die Herausbildung von *Territorialstaatlichkeit*, gekennzeichnet durch die Vorherrschaft eines zentralen Herrscherhauses und durch ein „staatliches“ *Gewaltmonopol*. Letzteres war das Ergebnis lang anhaltender „Ausscheidungskämpfe“, die zur Überwindung der für den nordwesteuropäischen Feudalismus typischen Machtzersplitterung führten. Territorialstaatlichkeit bedeutete die im Einzelfall mehr oder weniger erfolgreiche Durchdringung eines territorial begrenzten Raumes durch die zentrale Bürokratie des Fürstenhauses, die im Laufe der Zeit zur „Staatsbürokratie“ wurde. Hinsichtlich der erwähnten Ausscheidungskämpfe war entscheidend, daß es in der westlichen Hälfte Europas zu keiner (außereuropäischen Hochzivilisationen vergleichbaren) Großreichbildung kam. Dadurch blieb politischer Wettbewerb eine Grundlage europäischer Entwicklungsdynamik, lange ehe ökonomischer Wettbewerb bestimmend wurde.

2. Versuche einer *Kontrolle des Gewaltmonopols* durch abgedrängte, ihrer Macht verlustig gegangene Gruppen der Gesellschaft (Adel) und von seiten neuer politischer Kräftegruppierungen (aufsteigendes Bürgertum): Die Monopolisierung von Gewalt implizierte den (letztlich militärischen) Machtverlust der ihrer privat verfügbaren Gewaltmittel beraubten gesellschaftlichen Kräfte. Solche Beraubung provozierte Gegenkräfte. Dieser Umstand und die politischen Anforderungen neuer Sozialschichten wurden zur Geburtsstunde dessen, was Jahrhunderte später mit demokratischer Herrschafts- und Machtkontrolle umschrieben wird.

3. Die Herausbildung einer *territorialweiten Verkehrswirtschaft*, die in Gestalt kapitalistischer Marktwirtschaft zur vorherrschenden Produktionsweise wurde: Sie ist durch eine weitläufige Arbeitsteilung und eine Mobilisierung der zentralen ökonomischen Faktoren (Boden, Kapital, Arbeit) gekennzeichnet. Dadurch kam Interdependenz im Sinne der Definition des „Duden“ zustande: „die gegenseitige Abhängigkeit sämtlicher Preise“, und, so muß man ergänzen: vielfältige Ausgleichsprozesse, was die Entlohnung der Produktionsfaktoren angeht. Das langfristige Ergebnis waren Volkswirtschaften (Nationalökonomien).

4. Vereinheitlichungsprozesse (*Homogenisierung*) im Verkehrs-, Rechts- und Bildungswesen, insbesondere auch im Hinblick auf eine gemeinsame Hochsprache, die zur allgemeinen Verkehrssprache wurde. Dadurch entstanden flächendeckende Medien der Kommunikation und Information, die gleichermaßen für eine effiziente Zentralverwaltung wie für die moderne Verkehrswirtschaft erforderlich sind. Ihre Entwicklung wurde zur Grundlage für die Assimilation ursprünglich lokal, subregional oder regional aufgegliederter, unzusammenhängender Bevölkerungen. Darauf aufbauend wurde breitenwirksame Verständigung erst möglich.

5. *Soziale Mobilisierung*: Der Umbau von traditionellen zu sich modernisierenden Gesellschaften führte zu einer sukzessiven Entbäuerlichung, Urbanisierung und Alphabetisierung sowie damit zusammenhängend zur Herausbildung neuer, in sich differenzierter sozialer Schichten: Bürgertum, Mittelklasse (im weiten Sinne des Begriffes), Arbeiterschaft, Dienstleister.

6. *Breitenwirksame Politisierung*: Sie hat soziale Mobilisierung zur Voraussetzung und ist in sozialen Konflikten begründet. Wenngleich mit vielen Rückschlägen, übersetzte sie sich in sukzessive Demokratisierungsschübe. Ihnen ist die Ausweitung und Konsolidierung von demokratisch begründeter Rechtsstaatlichkeit zu verdanken. Wo sie als gefestigt gelten kann, kann die Existenz einer einigermaßen erschütterungsfesten Konfliktkultur unterstellt werden.

7. *Sozialstaatlichkeit*: Angesichts einer Ökonomie, deren innere Dynamik auf Ungleichheit aufbaut, kam es zur politischen Gegensteuerung von seiten gesellschaftlicher Kräfte und des Staates. Diese Gegensteuerung war für die Herausbildung effizienter kapitalistischer Volkswirtschaften (Nationalökonomien) unerlässlich: Ohne sie wäre es aus systemimmanenten Gründen in aller Regel eher zu einer Akkumulation von Elend und nicht zur Investitionseffizienz als Grundlage für die Herausbildung des Wohlfahrtsstaates gekommen.

8. *Allzweckregierungen*: Aus dem merkantilistischen, schließlich dem (meist stilisierten) Nachwächterstaat entwickelten sich in der Folge einer anhaltenden und unabweisbaren Übernahme von zusätzlichen Kompetenzen Allzweckregierungen, die vielfältige Steuerungsfunktionen sowohl nach innen als auch nach außen haben. Letztere vor allem im Hinblick auf die politische Manipulation der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die jeweilige Volkswirtschaft.

9. Herausbildung *nationaler Identität*: Erst in einer Spätphase der genannten Prozesse kam es zur Herausbildung „nationaler“ Identität. Nationale Identität war also ein Spät- und Kunstprodukt. Sie kann nicht auf naturgegebene (welche auch?) Umstände zurückgeführt werden, wenngleich protonationale Umwelten (gewachsenes Siedlungsgebiet, gemeinsame Sprache, empfundene Volksgruppenzugehörigkeit, Religionsgemeinschaft u. a.) beim Übergang von traditionellen zu sich modernisierenden Gesellschaften die Herausbildung einer nationalen, d. h. neuen und übergeordneten Identität erleichterten. Die Ermöglichung nationaler Identität ist mit dem *Modernisierungsprozeß* in Verbindung zu bringen, dem traditionale Gesellschaften ausgesetzt sind: Dieser schafft vermittels sozialer Mobilisierung die *objektive* Grundlage für jene historisch sich entwickelnde neue Identifikation, die über die jeweilige Eingebundenheit in begrenzte Örtlichkeiten hinausreicht und allmählich als *nationale* Identität empfunden wird. Überdies führt soziale Mobilisierung zu existentieller Verunsicherung angesichts eines anonymen, nicht mehr individuell steuerbaren Marktgeschehens sowie – damit zusammenhängend – zu psychischer Entfremdung und entsprechenden Kompensationsbedürfnissen. Eine solche psychische Ummodellierung von Menschen kommt der Aufbereitung eines Nährbodens für nationale Identifikation gleich; gleichzeitig entsteht aber in ihrer Folge auch ein potentieller Resonanzboden für nationalistisch ausgerichtete Manipulation³.

Territorialstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Verkehrswirtschaft, die Homogenisierung wesentlicher Lebensbereiche, der Umbau traditionaler Gesellschaften in der Folge sozialer Mobilisierung

3 Über die Analyse dieses hier unter dem Stichwort „Herausbildung nationaler Identität“ abgehandelten historischen Prozesses ist immer noch unübertroffen Karl W. Deutsch, *Nationalism and Social Communication*, Cambridge 1953 (1966²) – ein klassisches Werk zur Thematik, dessen Untertitel mit Bedacht gewählt wurde: *An Inquiry into the Foundations of Nationality*. Erstaunlich ist, daß die neueste Literatur die Argumente über Voraussetzungen, Hintergründe und Verlaufsformen der Prozesse nationaler Identitätsbildung, für die Karl W. Deutsch in der Nationalismus-Forschung berühmt wurde, immer wieder neu „erfindet“, ohne sich dessen bewußt zu sein, bzw. es liegt nicht selten eine groteske Fehlwahrnehmung dieses Werkes vor. Vgl. z. B. Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991, S. 186f.; E. J. Hobsbawm (Anm. 2) in der Einleitung zu seinem Buch; letztlich auch das inzwischen viel zitierte Buch von Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt 1988. Alle drei Werke bringen konzeptuell keinerlei neue Gesichtspunkte, und die, die sie zu entdecken glauben, sind ohne Ausnahme in Deutschs Werk systematisch enthalten, obgleich sie dieses Werk für irrelevant (Hobsbawm) und für „eine völlig falsche Sicht“ (Gellner) halten bzw. einfach ignorieren (Anderson)!

und breitenwirksamer Politisierung sind fundamentale Hintergrundbedingungen für die Herausbildung des modernen Nationalstaates nordwesteuropäischer Prägung und des ihn kennzeichnenden Nationalismus. Obgleich die vorangehende Auflistung an einem Idealtypus ausgerichtet ist, lassen sich alle einschlägigen Fälle – rückblickend betrachtet: die OECD-Gesellschaften – in dieser Auflistung unter systematischen Gesichtspunkten verankern⁴.

Unter entwicklungsgeschichtlicher Perspektive muß dieser *originäre* klassische Nationalstaatsbildungsprozeß als früh, langsam und integrativ gekennzeichnet werden. Er führte langfristig zu einem homogenen Rechts-, Wirtschafts- und Kulturraum. Das scheinen allgemeine und abstrakte Begriffe zu sein, doch sie konkretisieren und substantisieren sich beispielsweise in der allgemeinen Verbindlichkeit von Gesetzen, in gemeinsamer Währung, in einem weithin einheitlichen Schulsystem usw. Das Zusammenwirken von Rechts-, Wirtschafts- und Kulturraum unter dem Vorzeichen einer in hohem Maße zentralen politischen Steuerung erzeugte einen neuen strukturellen Zusammenhalt (Kohärenz).

Im Sinne einer grundlegenden gesellschaftstheoretischen Beobachtung des 19. Jahrhunderts (Spencer) läßt sich daher formulieren: Vermittels des genannten Nationalstaatsbildungsprozesses wurden aus traditionellen Gesellschaften, die ihrerseits durch unzusammenhängende Gleichartigkeit (Subsistenzökonomien) gekennzeichnet waren, moderne Gesellschaften, die durch zusammenhängende Verschiedenartigkeit (Integration auf der Grundlage breitenwirksamer, arbeitsteiliger und institutioneller Ausdifferenzierung) charakterisiert sind. Homogenisierung bzw. Homogenität sowie Kohärenz sind wichtige Kategorien, um diese neuen sozialen Gebilde zu beschreiben⁵.

Die idealtypische Auflistung der Hintergrundbedingungen von originärer Nationalstaatsbildung und des ihr entsprechenden Nationalismus macht es möglich, hinsichtlich einzelner Prozesse, die in

4 Vgl. auch die wichtigen konzeptuellen Überlegungen zu diesem Prozeß bei Stein Rokkan, *Dimensions of State Formation and Nation-Building. A Possible Paradigm for Research on Variations within Europe*, in: Charles Tilly (Ed.), *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton 1975.

5 Operationalisierungen für diese Kategorien, soweit sie für die Analyse von Prozessen der Nationbildung relevant sind, finden sich im Hinblick auf soziale und kulturelle Prozesse in dem in Anm. 3 zitierten Werk von Karl W. Deutsch, in ökonomischer Hinsicht bei Ulrich Menzel/Dieter Senghaas, *Europas Entwicklung und die Dritte Welt*, Frankfurt 1986, S. 179ff.

den frühesten Fällen sich über Jahrhunderte hinweg erstreckten, Abstriche vom Idealtypus zu machen: Die Territorialstaatlichkeit kann randunscharf und das Gewaltmonopol umstritten bleiben. Der Kampf um die Kontrolle des Gewaltmonopols (und damit die Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit) war in aller Regel ein Vorgang mit vielen Rückschlägen. Oft bleibt der nicht marktwirtschaftliche „informelle“ Sektor gegenüber der marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie von Gewicht. Der Widerstand gegen die Homogenisierung zentraler Lebens- und Erfahrungsbereiche (Recht, Bildung, Sprache usw.) erwies sich nicht selten als zählebig. Zwischen sozialer Mobilisierung und breitenwirksamer Politisierung gab es ganz unterschiedliche institutionelle Vermittlungen auf politischer Ebene, ehe sich im Endeffekt liberal-demokratische (parlamentarische) Systeme herausbildeten und konsolidierten. Die Ausmaße von Sozialstaatlichkeit können höchst unterschiedlich geartet sein, ebenso die Reichweite der Kompetenzen von Regierungen und staatlichen Behörden. Die Identifikation mit nationalen Symbolen kann sich als anhaltend schwierig, manchmal sich jedoch als erstaunlich problemlos erweisen. Trotz solcher Variabilität läßt sich der langfristige originäre Nationalstaatsbildungsprozeß in allen OECD-Gesellschaften durch die neun genannten Vorgänge systematisch beschreiben und erklären.

Ein weiterer entscheidender Faktor für Nationbildung und Nationalismus besteht darin, daß die genannten Vorgänge nicht in einem beziehungsreichen Raum stattfinden, sondern sich mit anderen vergleichbaren Prozessen in Raum und Zeit stoßen. In entwicklungsgeschichtlicher Perspektive war die Ungleichzeitigkeit auch im Falle der originären Nationalstaatsbildungsprozesse (OECD-Länder) von kritischer Bedeutung⁶. Vor allem ökonomisches Kompetenzgefälle, dem zuallermeist ein vergleichbares Gefälle in anderen Dimensionen zugrunde lag, führte dazu, daß die kompetentere Ökonomie (im ursprünglichen Fall: England) vermittels eines entsprechenden Verdrängungswettbewerbs die weniger kompetenten, noch nicht wettbewerbsfähigen und noch nicht konsolidierten Ökonomien zu peripherisieren drohte. Die historische Erfahrung zwischen 1750 und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist von bleibender grundsätzlicher Bedeutung:

Kompetenzgefälle, Verdrängungswettbewerb und Peripherisierungsdruck sind grundlegende Tatbestände, mit denen sich insbesondere jene Staaten, Gesellschaften und Ökonomien auseinandersetzen

haben, die mit der jeweiligen Spitzenökonomie wettbewerbsmäßig zunächst nicht Schritt halten können. Wollen sie angesichts des überlegenen Wettbewerbs nicht zu Peripherien werden, müssen sie Abwehrkräfte mobilisieren. Das aber bedeutet die Mobilisierung von Entwicklungsnationalismus zum Schutze des eigenen, nachholenden Entwicklungsprojektes mit dem Ziel, gleichzuziehen, danach die Spitzenökonomie unter Wettbewerbsdruck zu setzen („Gegenpenetration“) und gegebenenfalls selbst eine Spitzenposition zu erringen („dependency reversal“).

Von diesem Hintergrund her wird verständlich, daß Spitzenökonomien freihändlerisch-kosmopolitisch orientiert sind, wenngleich auch sie, ehe sie eine solche Position errungen haben, in aller Regel durch und durch nationalistisch-protektionistisch verfahren. Nachzügler sind zum Entwicklungsnationalismus verdammt, wollen sie nicht das Opfer von überlegenem, effizientem Verdrängungswettbewerb werden. Innovations-, aber auch Erhaltungsprotektionismus gehörten deshalb immer schon zu den Prozessen originärer Nationalstaatsbildung. Und selbst heute, wo sich der OECD-Club der hochindustrialisierten Gesellschaften auf einigermassen vergleichbarem Wettbewerbsniveau bewegt, sind beide immer noch Teil einer Politik, die auf Wettbewerbsvorteil und auf Selbstschutz ausgerichtet ist: Neue technologische Spitzenbranchen kommen in den Genuß von Innovationsprotektionismus, alternde Industrien in den Genuß von Erhaltungsprotektionismus.

Von diesem Hintergrund her wird auch verständlich, warum es etwa hundert Jahre bedurfte, ehe die heute hochindustrialisierten westlichen Industriegesellschaften zu einer Integration in übergeordnete Verbünde (OECD, EG, GATT usw.) fähig wurden und bereit waren: Sie konnten tendenziell freihändlerisch werden, nachdem sie vergleichbare effiziente Binnenprofile erreicht hatten, und sie können mit einem verhaltenen, gewissermaßen dosierten Entwicklungsnationalismus – ausgedrückt im selektiven Innovations- und Erhaltungsprotektionismus – jenen Problemdruck verarbeiten, der durch die jeweils relativen Aufwärts- bzw. Abwärtsmobilitäten gerade auch innerhalb des Clubs der hochindustrialisierten Industriegesellschaften entsteht. Sollte im übrigen dieser Problemdruck zunehmen, beispielsweise in der Folge einer sich dramatisch unterschiedlich entwickelnden Wettbewerbsfähigkeit einzelner OECD- bzw. EG/EFTA-Ökonomien, würde dadurch die Befähigung zu einem auf Integration ausgerichteten Freihandel verloren gehen und Entwicklungsnationalismus an politischer Virulenz gewinnen.

⁶ Vgl. Dieter Senghaas, Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt 1982.

II. Entwicklungsnationalismus zur Überwindung von Peripherisierung

Die originär-klassischen Nationalstaaten des Nordwestens Europas und heute alle OECD-Staaten sind immer noch durch Abstriche vom dargelegten Idealtypus gekennzeichnet. Diese Abstriche zeigen sich vor allem im Hinblick auf die Kohärenz marktwirtschaftlich organisierter Verkehrswirtschaft und hinsichtlich kultureller Homogenität, in früheren Jahrzehnten auch im Hinblick auf die Sozialstruktur: Inkohärenz dokumentiert sich in der Existenz *innerer Peripherien* (wie beispielsweise der Bretagne in Frankreich); Nichthomogenität kann sich im anhaltenden Widerstand regionaler bzw. subregionaler Dialekte solcher Peripherien gegen die Hochsprache ausdrücken; eine veraltete Sozialstruktur zeigt sich im Überleben traditionaler Eliten, früher meist der Landoligarchie, in solchen peripheren Räumen. In aller Regel können sich jedoch solche inneren Peripherien dem Entwicklungsrhythmus des institutionell, ökonomisch und kulturell motivierten Nationalstaatsbildungsprozesses nicht entziehen: Entweder überträgt sich im Laufe der Zeit breitenwirksame Entwicklungsdynamik auch auf solche inneren Peripherien – ein äußerst seltener Fall –, oder sie werden weitgehend vom Entwicklungsrhythmus abgekoppelt, was eine dramatische Abwanderung der aktiven, insbesondere der jungen Menschen und eine Überalterung der restlichen Bevölkerung zur Folge hat.

Dabei kommt eine fatale Dynamik zwischen den Ansaugeffekten der dynamischen Wachstumspole (z. B. Pariser Becken) und den Abstoßeffekten stagnierender bzw. regredierender innerer Peripherien (z. B. Bretagne) zustande. Da solche Peripherien meist von der Industrialisierung weitgehend unberührt bleiben und moderne Landwirtschaft sich kaum oder nur sehr verspätet durchsetzt, besteht für sie – sofern durch das Wachstumszentrum eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut wird – in einer Spätphase die Chance, zu einer Attraktion für den modernen Tourismus zu werden. Das ist genau in den Peripherien Frankreichs (z. B. Bretagne) so eingetreten.

Bezeichnenderweise wird dann eine gewisse Aufwärtsmobilität solcher regionaler Peripherien innerhalb von klassischen Nationalstaaten erneut zum Ausgangspunkt eines *regionalen Nationalismus* (wie er im jüngeren bretonischen Nationalismus wieder zum Ausdruck kommt). Es ist ein Na-

tionalismus, der auf Bewahrung der eigenen Identität ausgerichtet ist (Schottland, Cornwall, Wales, Bretagne) und der auch in ökonomischer Hinsicht ein eigenes „alternatives“ Entwicklungsprojekt zum Ziel hat (wenngleich letzteres meist illusionärer Natur ist). Bleibt er gemäßigt, strebt er regionale Autonomie im überkommenen Staatsverband an; wird er militant, ist er auf Sezession ausgerichtet. Der Übergang von Militanz zu punktuelltem Terrorismus ist oft nur ein graduel-ler⁷.

Dieser regionale Nationalismus zur Abwehr von Peripherisierung („innere Kolonie“) darf nicht ineins gesetzt werden mit jenem (wie in Katalonien und in Slowenien), dem es innerhalb von nicht ausreichend integrierten Gesellschaften (Spanien, ehemaliges Jugoslawien) um Besitzstandswahrung hinsichtlich der eigenen fortgeschrittenen Region und um die Abwehr der Ansprüche zurückgebliebener Regionen geht. Im letzteren Fall zielt nationalistischer Separatismus darauf, die Früchte des eigenen effizienten Wirtschaftens für sich selbst zu sichern und den Ressourcenabfluß in ärmere Regionen zu stoppen.

Was hinsichtlich der internen zurückgebliebenen Peripherien vor allem aus der Perspektive sogenannter Regionalpolitik bzw. regionaler Strukturhilfepolitik noch als ein handhabbares Problem erscheint, stellt sich im Fall von ehemaligen Kolonien und von Exklavenwirtschaften ohne kolonialen Status – also von Peripherien im Weltwirtschaftssystem – viel grundsätzlicher und dramatischer dar: Oft bleibt die Territorialität des Staatsgebildes angesichts ehemals künstlich gezogener Grenzen umstritten, ebenso das einst von den kolonialen Mächten aufgepfropfte Gewaltmonopol. Die Ökonomie zeichnet sich meist durch tiefe innere Zerklüftungen aus (strukturelle Heterogenität), wobei der Entwicklungsprozeß nicht selten zu ihrer Vertiefung und nicht zu zunehmender Kohärenz führte. Diese ökonomische Brüchigkeit (Inkohärenz) findet ihre Parallelität in mangelnder Homogenisierung: Potentiell homogenisierende Medien wie beispielsweise das Rechts- und Bildungssystem und die Amtssprache sind oft nichts anderes als aufgesetzt (also fremde und fremdbleibende Kunstprodukte); sie erweisen sich im Falle von Konflikten eher als Sprengkraft und nicht als verbindendes Band.

7 Vgl. zur Problematik „innerer Peripherien“ Jochen Blaschke, Volk, Nation, interner Kolonialismus, Ethnizität. Konzepte zur politischen Soziologie regionalistischer Bewegungen in Westeuropa, Berlin 1987².

Aus der Dynamik peripherer Entwicklung, wie sie in den unterentwickelten Ländern Europas und in der Dritten Welt zu beobachten war und ist, ergeben sich in aller Regel fatale Folgen⁸:

- die Unfähigkeit, die Masse der Menschen in die Wirtschaft produktiv einzugliedern;
- die wachsende Unfähigkeit, die Masse der Menschen mit lokal erzeugten landwirtschaftlichen Gütern zu ernähren;
- die Unfähigkeit, eigene Produktionsmittel (Handwerkszeug, Ausrüstungsgüter, Technologien) zu erfinden und herzustellen oder derartige, andernorts schon bestehende Güter an lokale Bedingungen anzupassen;
- die Unfähigkeit, das überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum – u. a. ein Ergebnis sozio-ökonomischer Zerrüttung – in den Griff zu bekommen;
- die Unfähigkeit, technischen Fortschritt, der auf die lokale Problemsituation bezogen wäre, selbst in Gang zu bringen und überkommene Produktionsstrukturen entsprechend zu verändern;
- die Unfähigkeit, den offensichtlichen Prozeß weiter fortschreitender innerer Zerklüftung aufzuhalten und umzukehren;
- eine fatale Dialektik von fehlgeleitetem Wachstum und Massenelend, das sich inzwischen immer stärker auch in ökologische Zerrüttung mit wahrscheinlich exponentiellem Wachstum übersetzt.

In solchem Zusammenhang muß Entwicklungsnationalismus als eine *Defensivreaktion* verstanden werden: Es geht, solange der abhängige Status noch nicht überwunden ist, zunächst einmal um die Erringung politischer Souveränität gegen eine politische, überdies militärisch abgesicherte Fremdbestimmung. In dieser Phase ist Entwicklungsnationalismus weitgehend identisch mit der Entkolonisierungs- und Befreiungsbewegung. Ist einmal die Unabhängigkeit errungen, so richtet sich angesichts der objektiv vorgefundenen Problemlage – der strukturellen Altlasten des Kolonialismus – Entwicklungsnationalismus auf die Wiedererringung kultureller Selbstbestimmung, den Aufbau einer soliden Infrastruktur (Staatsverwaltung, Rechtswesen, Verkehrswesen, Bildungssystem usw.) sowie auf die Herausbildung einer lebensfähigen Volkswirtschaft. Der Entwicklungsnationalismus

hat demzufolge in diesem Zusammenhang ein Doppelgesicht: Zum einen ist er *abwehrend* gegen weiteren Peripherisierungsdruck, zum anderen ist er *konstruktiv-aufbauend* auf das eigene Entwicklungsprojekt gerichtet.

Was dieses Entwicklungsprojekt zu leisten hätte, wurde in vielen entwicklungsnationalistisch motivierten Dokumenten klar umrissen: die Erschließung des eigenen Entwicklungspotentials, einmal durch eine breitenwirksame Mobilisierung lokaler Ressourcen (insbesondere auch des landwirtschaftlichen Sektors), zum anderen durch die Schaffung neuer Kompetenzen in der Folge von Alphabetisierung und differenzierter Ausbildung sowie durch ein auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnittenes, dem Entwicklungsstand gemäßes Industrialisierungsprogramm. Das „nationale“ Entwicklungsprogramm hat also eine umfassende Zielsetzung: Sicherung der Territorialität, Überführung einer dualistisch zergliederten, strukturell heterogenen Exklavenwirtschaft in eine kohärente Volkswirtschaft (*Nationalökonomie*), die Homogenisierung des Rechts-, Wirtschafts- und Kulturraumes und damit die Herausbildung einer eigenen „nationalen“ Identität⁹.

Entwicklungsprojekte dieser Natur zu verfolgen war nicht nur eine Angelegenheit in den Ländern der südlichen Kontinente, seien sie nun offen kolonialisiert oder nur über ökonomische Mechanismen in das sogenannte „informal empire“ eingegliedert gewesen (was im Endergebnis keinen großen Unterschied machte). Entwicklungsprojekte dieser Art wurden auch in Europa verfolgt, so vor allem in Irland (gegen England) sowie im südlichen, südöstlichen, östlichen und nordöstlichen Europa (im letzteren Falle insbesondere in Finnland und den baltischen Staaten)¹⁰.

Gemessen am originären Nationalismus war Entwicklungsnationalismus im Kontext von Peripherien verspätet, abgeleitet und nachholend, also von *sekundärer* Natur. Daß er einen antikolonialistischen bzw. antiimperialistischen Einschlag hatte, versteht sich angesichts der Ausgangslage, auf den er sich bezog, von selbst. Daß er darüber hinaus sich in aller Regel als „sozialistisch“ verstand, hing nicht nur damit zusammen, daß seit 1917 und über Jahrzehnte hinweg die Sowjetunion als erste und

9 Im Hinblick auf Afrika paradigmatisch argumentierend vgl. Dieter Senghaas, Politische Innovation. Versuch über den Panafrikanismus, in: Zeitschrift für Politik, 12 (1965), S. 333–355.

10 Über die jeweilige einschlägige intellektuelle Diskussion vor Ort informiert die interessante Studie von Roman Szporluk, Communism and Nationalism. Karl Marx versus Friedrich List, Oxford 1988.

8 Vgl. Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1977.

führende antiimperialistische Macht der Welt galt, sondern weil (wie im unabhängigen Indien und an vielen anderen Orten) Sozialismus als ein Medium verstanden wurde, mit dessen Hilfe der weiteren kapitalistischen Durchdringung von Peripherien widerstanden werden sollte. Die von solcher Durchdringung herrührenden Zerrüttungen sollten mit zentraler Entwicklungsplanung und den typischen Instrumentarien sozialistischer Ordnungspolitik überwunden werden: mit Staats- bzw. Kollektiveigentum, mit administrierten Preisen und dem Außenhandelsmonopol. Im Grunde genommen versuchte dieser Entwicklungsnationalismus, mit Hilfe einer Art von merkantilistischer Politik eine breitenwirksame Modernisierung zu inszenieren. Wo immer die Akzente im einzelnen gesetzt wurden, die Programme eines Sun Yat-sen, Atatürk, Peron, Nehru, Nkrumah, Kim il Sung unterschieden sich im Hinblick auf das angestrebte „Entwicklungsprojekt“ nur punktuell und graduell, nicht aber in der zentralen Stoßrichtung: der „nachholenden Entwicklung“. Und da diese Entwicklungsnationalismen objektive Problemlagen widerspiegeln, sollten sie gerade im Rückblick von diesen her beurteilt werden – ungeachtet der Tatsache, daß viele solcher Versuche aus inzwischen oft diskutierten Gründen gescheitert sind.

„Nationale Systeme der politischen Ökonomie“ aus dem Zusammenhang schon erfolgter Peripherisierung und anhaltenden Peripherisierungsdrucks zustandezubringen (sekundärer Entwicklungsnationalismus) war ein offensichtlich viel schwierigeres Unternehmen als im Falle des originären Entwicklungsnationalismus. Letzterer entfaltete sich nach dem dramatischen Entwicklungsdurchbruch Englands im 18. Jahrhundert vor allem auf dem europäischen Kontinent, in Skandinavien, in den USA und später in Kanada, Neuseeland und Australien, wobei England der Ursprung eines virulenten Verdrängungswettbewerbs und des daraus resultierenden Peripherisierungsdrucks war. Die in diesem Zusammenhang von Friedrich List diagnostizierte Grundproblematik, nachholende Entwicklung trotz des Kompetenzvorsprungs der führenden Ökonomie Englands zu realisieren¹¹,

11 Vgl. Friedrich List, Das nationale System der Politischen Ökonomie, Tübingen 1959 (zuerst erschienen 1841) – das klassische Buch eines rational argumentierenden Entwicklungsnationalismus schlechthin. Vgl. dazu Dieter Senghaas, Friedrich List und die moderne Entwicklungsproblematik, in: Leviathan, 17 (1989), S. 561–573, und vor allem das in Anm. 10 zitierte Werk von R. Szporluk. Erhellende Fallstudien über erfolgreiche Peripherisierungsabwehr trotz des Kompetenzvorsprungs Englands finden sich bei Ulrich Menzel, Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas, Frankfurt 1988.

war allerdings weit weniger dramatisch als alle späteren Versuche, bei denen es nicht nur um eine erfolgreiche Abwehr der Gefahr ging, peripherisiert zu werden, sondern um die Überwindung von schon ausgebildeten Peripheriestrukturen, die meist die Folge einer militärisch durchgesetzten politischen und ökonomischen Fremdbestimmung (Kolonialismus/Imperialismus) waren. Diese grundlegend unterschiedliche Ausgangslage legt die analytische Differenzierung zwischen sekundärem und originärem Entwicklungsnationalismus nahe.

Will man den sekundären Entwicklungsnationalismus in seinem spezifischen Kontext korrekt wahrnehmen, so tut man gut daran, alle seine wesentlichen Spielarten gleichzeitig zu betrachten:

- den „desarrollismo“ („developmentalism“), also die beispielhaft in Lateinamerika früh formulierte Entwicklungsprogramm, der es um den Aufbau eines nationalen Systems der politischen Ökonomie mit dem Ziel einer forcierten Aufwärtsmobilität einzelner nationaler Volkswirtschaften innerhalb der Hierarchie der Weltwirtschaft ging. Solche Versuche sind, insgesamt betrachtet, im wesentlichen gescheitert; was zu beobachten ist, ist bestenfalls partielle Aufwärtsmobilität, oft genug aber Regression und damit anhaltende Peripherisierung bzw. Marginalisierung im Weltwirtschaftssystem. Spektakuläre Ausnahme ist allerdings die dramatische Aufwärtsmobilität des ostasiatischen Wirtschaftsraumes innerhalb der letzten Jahrzehnte: ein in jeder Hinsicht bemerkenswerter Vorgang und ein erneutes Beispiel für erfolgreichen Entwicklungsnationalismus;
- den *faschistisch-korporatistischen* Entwicklungsweg, der in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts vor allem in der südlichen und südöstlichen Hälfte Europas zu beobachten war, zum Teil auch in den dreißiger und vierziger Jahren in Lateinamerika. Auch er scheiterte in aller Regel; nur im Falle des frankistischen Spaniens sowie von Brasilien und Argentinien kann eine teilweise Aufwärtsmobilität diagnostiziert werden;
- den Entwicklungsweg des *Realsozialismus*, der auf den Aufbau autarker Wirtschaften bei gleichzeitigem Versuch der Integration in ein „sozialistisches Weltwirtschaftssystem“ ausgerichtet war. Sein letztendliches Scheitern ist inzwischen offenkundig und nicht nur von entwicklungspolitischer Bedeutung, sondern Ursache eines weltpolitischen Umbruchs am Ende der achtziger und Beginn der neunziger Jahre dieses Jahrhunderts.

III. Neu auflebende Ethnonationalismen

Die meisten Versuche, die Programmatik des sekundären Entwicklungsnationalismus in politische Praxis zu übersetzen, sind gescheitert oder doch nur marginal erfolgreich gewesen. Wesentliche Ergebnisse des angestrebten Entwicklungsprojektes sind nicht zustande gekommen: nicht die territorialstaatliche Konsolidierung, nicht der Aufbau einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, nicht die Vereinheitlichungen in wichtigen Lebensbereichen, nicht der Aufbau und die Sicherung von Rechtsstaatlichkeit, nicht die Ausweitung demokratischer Partizipation. Es kann deshalb nicht überraschen, daß angesichts eines derart brüchigen, durch anhaltende Zerklüftungen gekennzeichneten politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Hintergrundes territorialweite, sogenannte „nationale“ Identitätsbildungen in den betreffenden Regionen nicht oder nur bruchstückhaft zu beobachten sind.

Da aber auch die fehlgelaufenen Entwicklungsprozesse zu sozialer Mobilisierung führten, also zur schrittweisen Entbäuerlichung dieser Gesellschaften, zu ihrer Alphabetisierung und zu einer überdies dramatischen Urbanisierung, konnte eine breitenwirksame Politisierung nicht ausbleiben: Auch in solchen Gesellschaften stoßen mobilitätsorientierte Menschen und Gruppen an strukturelle Grenzen („blockierte Mittelschichten“), die in das überkommene Herrschaftssystem sowie in die alte Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur eingebaut sind. Ihre Aufwärtsmobilität, wie immer auch mengenmäßig begrenzt, bedroht den überkommenen Status quo und provoziert bei dessen Nutznießern die Furcht vor sozialem Abstieg, was Abwehrreaktionen auslöst. Wenn die Konfrontation entlang volksgruppenmäßiger, religiöser, kultureller oder sprachlicher Konfliktlinien oder einer Kombination dieser Faktoren verläuft, ist ein „ethnonationalistischer Konflikt“ vorprogrammiert¹². Dem Ethnonationalismus der heranwachsenden Gegenelite widersetzt sich dann ein Ethnonationalismus der Besitzstandswahrung. Ethnizität provoziert Gegenethnizität; selbst sehr kleine Ethnonationalismen fordern entsprechende Gegenethnonationalismen heraus. Schrumpft gleichzeitig die

wirtschaftliche Produktion, dann akzentuieren sich die Engpässe, und wie überall in solcher Lage verschärft sich auch hier der soziale Konflikt.

Zum Kristallisationspunkt der Politisierung wird in solchen Konflikten meist die Sprach- und Kulturpolitik, weiterhin die Auseinandersetzung um eine faire politische Beteiligung, schließlich die Wirtschaftspolitik. Kommen alle drei Konfliktthemen zusammen, so entwickelt sich eine Dynamik, die schrittweise Lösungen in Teilbereichen nicht mehr zuläßt. Dann übersetzt sich die verbale Radikalisierung ethnonationalistischer Politik in offene Militanz, in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen.

So betrachtet, ist der heute in Europa und weltweit beobachtbare „neue Ethnonationalismus“ in aller Regel nicht nur ein Spätprodukt, sondern, präziser formuliert, ein Verfallsprodukt jenes wenig erfolgreichen Entwicklungsweges, der oben als sekundärer Entwicklungsnationalismus beschrieben wurde. Natürlich hat auch dieser „neue“ Ethnonationalismus historische Wurzeln und Vorläufer. Aber daß er jetzt an vielen Stellen in Europa und in der Welt erneut virulent wird, hängt vor allem mit dem weitgehenden Fehlschlag der Bemühungen um eine nachholende Entwicklung zusammen, auf die der sekundäre Entwicklungsnationalismus gerichtet war („nation-building“). Der neue Ethnonationalismus läßt sich also als eine erneute Defensivreaktion auf eine historisch vorgängige, im praktischen Vollzug in aller Regel gescheiterte Defensivreaktion (Bemühen, aus dem peripheren Status in der Weltwirtschaft vermittlels einer inszenierten nachholenden Entwicklung auszubrechen) begreifen.

Man könnte deshalb den Ethnonationalismus in diesen seinen jüngsten Erscheinungsformen als *tertiären Entwicklungsnationalismus* bezeichnen¹³. Er teilt mit dem sekundären Entwicklungsnationalismus eine vergleichbare Stoßrichtung: Identitätssuche in Abwehr von Überfremdung oder Assimilation, politische Selbstbestimmung, ökonomische Entwicklung mit dem Ziel eigener Wohlfahrtssteigerung, Förderung kollektiver und individueller Entwicklungschancen usw. Das sind in aller Regel entwicklungspolitische Ziele, die in den Programmatiken der früheren Entwicklungsnationalismen nicht anders formuliert worden waren; sie werden nunmehr aber in einem anderen Zusammenhang artikuliert, was in analytischer Hinsicht die Be-

12 Vgl. hierzu Peter Waldmann/Georg Elwert (Hrsg.), *Ethnizität im Wandel*, Saarbrücken 1989; Eckhard J. Dittich/Frank-Olaf Radtke (Hrsg.), *Ethnizität*, Opladen 1990; Thomas Scheffler (Hrsg.), *Ethnizität und Gewalt*, Hamburg 1991.

13 Vgl. Robert Kurz, *One World und jüngster Nationalismus*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 4. 1. 1992, S. ZB 3.

zeichnung „tertiärer Entwicklungsnationalismus“ rechtfertigt.

Wenn diese Beobachtung korrekt ist, dann sind tertiäre Ethnonationalismen dort nicht zu erwarten, wo der sekundäre Entwicklungsweg im Sinne nachholender Entwicklung erfolgreich war, also beispielsweise in Ostasien. Wo andererseits die entwicklungspolitischen Fehlschläge besonders markant sind, wo also Regression in aller Breite stattfindet (wie in Teilen Schwarzafrikas), müßte eine sehr tiefgreifende „Retraditionalisierung“ beobachtbar sein. Diese ergibt sich nicht aus einem Widerspiel von ethnonationalistisch überformter Aufwärtsmobilität bzw. Abstiegsabwehr, sondern angesichts eines allgemeinen politischen und sozio-ökonomischen Zerfalls aus purem Machtkampf, in dem weder für die eine noch für die andere Partei eine mobilisierbare ökonomische Grundlage mehr verfügbar ist („Somalia-Syndrom“) und wo alte Identifikationsmuster tatsächlich neu auferstehen („Tribalismus“).

IV. Vom Elend und der bleibenden Unentrinnbarkeit der Nationalismen

Das Elend der Nationalismen jedweder Ausprägung ist offenkundig: Es ist in den Grenzziehungen der eigenen (wie immer im einzelnen definierten) Kommunität gegenüber der übrigen Umwelt begründet. Diese Grenzziehung erzeugt Selbstbezug und in der pathologischen Steigerung „Überwertigkeitswahn“ (G. Elwert). Das heißt, die Grenze zu anderen „Nationalitäten“ oder Ethnien wird überzeichnet, und da die Grenzziehung potentiell in einem Konfliktbezug begründet ist, droht ein tatsächlicher Konflikt relativ frühzeitig, autistische Züge anzunehmen. Nach allen Erfahrungen wird in einem solchen Umfeld die Konflikteskalation von einer unerbittlichen Eigendynamik geprägt. Wenn sich dann die Konfliktparteien nicht nur psychisch weiter aufrüsten, so daß sich ihre Affekte aufheizen und sich ihre Feindfixierung zuspitzt, sondern, wenn sie sich auch mit Waffen hochrüsten, wenn überdies die Existenzsicherung bewaffneter Gruppen vom ununterbrochenen Fortgang eines Konfliktes abhängig wird, sind alle Voraussetzungen für eine Bürgerkriegssituation und anhaltende kriegerische Auseinandersetzungen entstanden: der Kommunikationsabbruch, eine erhebliche Emotionalisierung, die Kompromißlosigkeit und schließlich die Bereitschaft, Gewalt an die

Stelle von Kommunikation treten zu lassen sowie bewaffnete Gewalt strategisch kalkuliert einzusetzen. Affektsteigerung und Militanz korrespondieren dann mit fehlender Sensibilität gegenüber den Kosten und Opfern des Konfliktes, auch mit wachsender Blindheit für die Möglichkeit, neue Prämissen für eine neue friedliche Koexistenz zu finden¹⁴.

Während also den Nationalismen unterschiedlichster Prägung unbezweifelbar ein entwicklungspolitisch rationaler Stellenwert zukommt, ist – wenn man das 19. und 20. Jahrhundert betrachtet und insbesondere auch die gegenwärtige weltpolitische Szenerie – die Gefahr ihres Umkippen in pathologische, menschenverachtende Bewegungen nicht gering¹⁵. Zu beachten ist also die Ambivalenz der Nationalismen: Entwicklungsnationalismus und der Nationalstaat haben die Fähigkeit zu politischer Autonomie und zur Selbstregierung gesteigert. Wo Entwicklungsnationalismus erfolgreich war, hat er zu Volkswirtschaften mit hohem Leistungsvermögen geführt, das zum erstenmal in der Geschichte Umverteilungen erlaubte; erweiterte Beteiligungsrechte wurden im nationalen Kontext errungen; Bildungschancen werden im nationalen Zusammenhang wahrgenommen; der Sozialstaat ist das Ergebnis eines erfolgreichen nationalen Systems der politischen Ökonomie. Auch bleibt im nationalen Zusammenhang die kulturelle Identität mit erlebbaren Nahräumen rückgekoppelt. Ein solcher Nahraum ist zwischen dem unmittelbaren Lebensumfeld einerseits und der weiten Welt andererseits immer noch die eigene Nation – gleichgültig, ob zu ihr affektiv besetzte Beziehungen bestehen oder nicht. Dennoch lehrt die Geschichte, daß der Nationalstaat und mit ihm die Nationalismen unterschiedlicher Prägung problematische, in mancher Manifestation ausgesprochen gefährliche Unternehmen sein können – vor allem, wenn sie durch eine sozialdarwinistische und/oder rassistische Ideologie untermauert werden. Auch mildere Ausprägungen solcher Einstellungen wie chronischer Ethnozentrismus können problematische Folgen zeitigen.

Aber die in Nationalismen eingebauten Gefährdungen – das immer drohende Umkippen in Überwertigkeitswahn – sollten nicht den Blick dafür trüben, daß auch in Zukunft in nationaler wie interna-

14 Eine sehr aufschlußreiche Studie über Vorgänge in dieser Hinsicht ist Theodor Hanf, Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon, Baden-Baden 1990.

15 Überwältigt von der Pathologie-These ist die Argumentation in Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaates, Stuttgart 1990.

tionaler Politik Nationalismus ein unentrinnbarer Faktor mit einem unverkennbaren entwicklungs- politischen Stellenwert bleiben wird¹⁶: Die Kompetenzgefälle innerhalb des internationalen Systems und der Weltwirtschaft haben nicht ab-, sondern zugenommen. Selbst im Club der führenden Industriegesellschaften (OECD), wo noch am ehesten „symmetrische Interdependenz“ vorliegt, gibt es Problemlagen, die – wie oben dargestellt – entwicklungsnationalistisch, nämlich mit Erhaltung- bzw. Innovationsprotektionismus angegangen werden. Aber solche Problemlagen sind relativ einfach handhabbar. Die wirklich schwierigen Problemlagen bestehen nicht zwischen einigermaßen breitgefächert-wettbewerbsfähigen Gesellschaften und Ökonomien, sondern im Kontext von „asymmetrischer Interdependenz“, also bei Existenz von Zentrum-Peripherie-Beziehungen, so wie sie zwischen den OECD-Gesellschaften und den Entwicklungsregionen der Welt bestehen.

Wenn „kosmopolitische Entwicklungsprogramme“ schon im Club der Industriegesellschaften nur mit Abstrichen verfolgt werden und auch hier ein wachsender, wenngleich bisher immer noch milde dosierter Neoprotektionismus bzw. Neomerkantilismus zu diagnostizieren ist, kann nicht überraschen, daß unter dem Vorzeichen eines krassen Kompetenzgefälles nicht kosmopolitisch-freihändlerische Handlungsmaximen überwiegen, sondern akzentuiert protektionistische bzw. neomerkantilistische. Und wenn man unterstellt – wofür es viele Indizien gibt –, daß es zu einer weiteren Internationalisierung von Kapital, Waren, Technologie und Know-how kommen wird und daß die Internationalisierung von Information und Kommunikation

16 Dieser Sachverhalt wird völlig verkannt in dem provokativen und wichtigen Buch von Rolf Knieper, *Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung*, Frankfurt 1991.

bei weitem noch nicht an absehbare Grenzen gestoßen ist, wird der Peripherisierungsdruck auf Ökonomien, die den Zentren der Weltwirtschaft nachgeordnet sind, nicht ab-, sondern zunehmen. Deshalb sind auch weiterhin entsprechende Defensivreaktionen wahrscheinlich: Je unerbittlicher der Druck und seine zerrüttenden Folgewirkungen, um so unerbittlicher die Antwort; je aussichtsloser die Lage, um so fundamentalistischer die Reaktion. Genau in dieser Problemlage ist die Geburtsstätte geschichtsmächtiger, politisch folgenreicher fundamentalistischer Strömungen, wie sie sich in vielen Entwicklungsregionen der Welt manifestieren, zu sehen.

Es macht also wenig Sinn, vor allem über die Irrwege oder Irrationalismen der diversen Nationalismen zu sprechen, ohne zuallererst über den rationalen Kern der Nationalismen qua Entwicklungsnationalismus zu reflektieren. Im übrigen besteht keine Schwierigkeit, die Irrationalisierung von Nationalismen analytisch zu erfassen. Selbst für die als „Verzweiflungsnationalismen“ (R. Kurz) gekennzeichneten nationalistischen Bewegungen der vergangenen Jahre, vor allem auch diejenigen in der südöstlichen und östlichen Hälfte Europas, trifft eine solche Aussage zu: Auch Verzweiflung ist in ihrem Ursprung, ihrer Manifestation und in ihrer Dynamik prinzipiell erklärbar und deshalb analytisch rekonstruierbar. Solches Wissen ist wichtig, wenn es darum geht, frühzeitig vermittels therapeutischer Konfliktintervention dem Umkippen des Entwicklungsnationalismus in seine pathologischen Erscheinungsweisen entgegenzusteuern¹⁷.

17 Vgl. hierzu Dieter Senghaas, *Friedensprojekt Europa*, Frankfurt 1992, Kap. 4, wo das Konzept der „therapeutischen Konfliktintervention“ in ethnonationalistischen Konflikten in analytischer und praktischer Absicht entfaltet wird.

Europa im Aufbruch zu einer neuen Gemeinsamkeit

I. Zur demokratischen und nationalen Revolution in den drei europäischen Regionen

Mit dem Ende des Kommunismus im europäischen Osten sind Versuche gescheitert, Formen eines falschen Internationalismus gegen nationales Selbstbewußtsein durchzusetzen. Einer der Konstruktionsgedanken der Sowjetunion folgte dem Verdikt Friedrich Engels, die Völker Ostmittel- und Südosteuropas seien „geschichtslos“. Sein Vorurteil berührte sich mit dem Otto von Bismarcks, der – nach der deutschen Reichsgründung – die Konstituierung kleiner Nationalstaaten im Osten Europas für „unmöglich“ hielt.

Hatte noch Lenin, wenn auch zunächst aus taktischen Motiven, für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Völker plädiert, zog schließlich Stalin aus dem Zerfall des „Völkerkerkers“ der Habsburger Monarchie für die Konstruktion der Sowjetunion andere Schlüsse. Die verzweifelten Bemühungen der österreichischen Sozialdemokratie nach 1918 waren vergebens, die Organisationen der Arbeiterbewegung als glaubwürdige Klammer einzusetzen und ihren Kampf um soziale Gerechtigkeit unverbrüchlich zu verknüpfen mit dem inneren Ausgleich der Nationen. Die Erfahrungen mit der „Experimentenkammer“, wie Victor Adler den Versuch des multinationalen Zusammenlebens zwischen Tirol und der Bukowina nannte, wurden bei der Neukonstruktion der Sowjetunion nicht berücksichtigt.

Der neuentstehende multinationale Staat schuf sich ein Hyper-Zentrum, das nationales Bewußtsein mit Mitteln der Gewalt brutal einzuebnen suchte. Moskau war nicht nur Zentrale der Partei und der von ihr geschaffenen Sicherheitsorgane, des Staates und des militärisch-industriellen Komplexes. Die Megalopolis der Sowjetunion griff zur Zeit der Stalinschen Diktatur in den Restbestand der übriggebliebenen Selbstbehauptung ein, in die Kultur: Moskau war auch das Zentrum der Verwaltung von Sprache und Kultur geworden. Nur in ihrer Abhängigkeit von Moskau konnten die Republiken der Sowjetunion eine eng be-

grenzte Rolle im Spiel der Macht nutzen. Ihre Autonomie, in den Verfassungen beschrieben, erlaubte im wesentlichen wenig mehr als regionale Folklore. Die Sprengkraft des Nationalismus sollte mit der Gewalt des Terrors abgeschreckt und mit der Ideologie des Internationalismus gezähmt werden. Beide Konzepte verfehlten ihre Ziele.

In den letzten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts kehrt die elementare Frage wieder, die die Welt seit dem Beginn dieses Jahrhunderts so tief erschüttert hat: Was ist politisch zulässig und notwendig zu tun, um den Zerfall multinationaler Staaten so zu begleiten, daß die gestaltenden Prinzipien der Demokratie eine Chance haben, den Wandel zu befördern?

Der moderne Nationalstaat ist ein Kind der bürgerlichen Revolution. Er verbindet Sprache und Kultur, Volkssouveränität und Demokratie, ökonomische Modernität und gesellschaftliche Reformfähigkeit mit den Bedürfnissen der Menschen, die auf einem gemeinsamen Territorium zusammenleben, nach sozialer Sicherheit und der Stabilität individueller Austauschbeziehungen. Im europäischen Westen konnten sich in langen Zeitläufen Nationalstaaten gewaltsam gegen den Absolutismus der Fürsten durchsetzen. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren die Werte des Kampfes für die neuen Republiken. Sie sollten ungeschmälert für jeden Bürger gelten, der sich in einem bewußten Akt des politischen Willens zur Nation bekannte. Das Ergebnis waren zentral regierte Staaten, die auf der freien Willenserklärung ihrer Staatsbürger gründeten. Ihr Ja zu den Werten der Revolution stiftete die Einheit ihres Nationalstaates. Den Regionen ließen sie auf ihren Territorien wenig Raum für Eigenentwicklung; ihre Entfaltung hätte den Prozeß der Revolution behindern können. Die Fähigkeit zur Integration gewinnen diese Staaten durch das „tägliche Plebiszit“ ihrer Bürger. Nur die permanente Zustimmung der Menschen zu ihrer selbstverfaßten Ordnung gibt dem Nationalstaat seine Existenzberechtigung, wie Ernest Renan es klassisch formulierte hatte.

In einer zweiten Phase der Bildung von Nationalstaaten nahm die europäische Mitte die revolutionären Werte des europäischen Westens auf und integrierte sie in ein Konzept der Kulturnation.

Partikularstaaten vereinigten sich zu Bundesstaaten verwandter Sprache. Gewahrt blieb die weitgehende Souveränität ihrer kulturellen Autonomie. Gewiß hatten sie ihren Prozeß zur Bildung von Nationalstaaten „verspätet“ und unterschiedlich verwirklicht. Doch konnten sie – gemessen an der westeuropäischen Entwicklung – wesentliche Kernbestände ihrer kulturellen Traditionen gegenüber den Versuchen der Regierungszentren des Staates, sie zu dominieren, auf dem Weg des geregelten Kompromisses sichern.

In einer dritten Phase entstanden in Ostmittel- und Südosteuropa Nationalstaaten durch Sezession aus den multinationalen Großstaaten des Osmanischen Reiches, des Russischen Reiches und des Reiches der Habsburger. Ermutigt durch die Nationalismen des europäischen Westens – besonders bestärkt durch die Wiederentdeckung der kulturellen Traditionen, deren legitimierende Impulse der erwachende Panslawismus nicht zuletzt von Vertretern der deutschen Klassik und Romantik bezog –, wehrten sich die nationalen Bewegungen des europäischen Ostens gegen die Staatengebilde, die sie als Fremdherrschaft empfanden. Der Typus dieser Auflehnung war eher ein kollektiver, weil er sich gegen multinationale Staatenkonglomerate richtete. Unterfüttert wurde die stärkere Verbundenheit durch die Zusammengehörigkeit zur gemeinsamen slawischen Sprachfamilie. Sie stärkte den Widerstand gegen die Dominanz des Türkischen und des Deutschen und damit den Widerstand gegen Konstantinopel und gegen Wien.

Die Differenz der drei großen europäischen kulturellen Regionen prägte die Ungleichzeitigkeiten der Motive, der Verläufe und der Ergebnisse in den revolutionären Umbrüchen des „Take-offs“ der Moderne. Erhob sich im europäischen Westen das Individuum als revolutionäres Subjekt gegen die illegitime Herrschaft eines Staates, der gegen die Souveränität des Volkes seine Gewalt richtete, so konnten im europäischen Osten allein Kollektive gegen den fremden Staat aufstehen, der das autonom Nationale zerstören wollte, um seiner Macht gewiß zu bleiben. In der europäischen Mitte schnitten sich beide Modelle der Revolution der Moderne. Johann Gottfried Herder und Giuseppe Mazzini formulierten aus der kulturellen Differenz heraus die Dignität der Völker, die ihren jeweils unterschiedlichen historischen Auftrag für die Menschheit ausmachen sollte. Mit dem *Universalismus* der Französischen Revolution – den unveräußerlichen Rechten des Individuums – verknüpften sie ihren Entwurf von der *Unverwechselbarkeit* der partikularen Kulturen.

So lagen denn zu Beginn des Völkerfrühlings in Europa zwei Konzepte des Nationenbildungsprozesses miteinander im Streit, die sich beide auf Argumentationslinien der Aufklärung berufen konnten:

Der revolutionäre Einzelne berief sich im Westen auf die individuelle Freiheit, die ihm der absolutistische Staat, jedoch auch die ständische Gesellschaft, vorenthalten hatte. Im Osten berief sich das revolutionäre Kollektiv auf die kulturelle Wahrheit, die von den Staatsmaschinen überfremdet worden war.

Das Europa occidentalis löste sich in den Kämpfen seit der Renaissance Schritt für Schritt aus der monarchischen Bevormundung und konstituierte sich als selbstbewußte Bürgergesellschaft in den revolutionären Nationalstaaten auf der Grundlage der persönlichen Freiheit. Im Westen bändigte die Gesellschaft den Staat. Im Osten dagegen fesselte der Staat die Gesellschaft. Das Europa orientalis blieb Gefangener des Staates, weil die Gesellschaft sich nicht gegen ihn emanzipierte.

Die Traditionen des Westens waren lange herangewachsen in den Erfahrungen der Heterogenität von Religion und Kultur – eingelagert in den Freiheitsrechten, wie sie, etwa in den Städten oder auch an den Universitäten, gegen den Absolutismus erstritten worden waren. Im Osten hatte der Absolutismus der Zaren es mit dem Einsatz der Staatsgewalt vermocht, jede heterogene Regung auszulöschen und den Untertanen Homogenität aufzupressen: die Gesellschaft blieb verstaatlicht. Zugleich wurde die Dominanz der zaristischen Herrschaft verdoppelt durch ihre Rolle als geistliches Oberhaupt.

Das Individuum erkämpfte sich im Westen gegen den nichtlegitimierten Staat seine persönliche Freiheit und verwandelte ihn mittels der Gesellschaft zu einem Instrument des Schutzes und der Erweiterung seiner Freiheit. Das Individuum im Osten verlor mit seiner Niederlage im Kampf gegen den zaristischen Staat seine Ansprüche auf persönliche Freiheit und auf die nationale Selbstbehauptung.

In den westeuropäischen Nationalstaaten befreiten sich die Gesellschaften zu Hüterinnen der Volkssouveränität. In den osteuropäischen multinationalen Staaten blieben die Nationen der unbeschränkten Willkür des Zentralstaates gegenüber untergeordnet, solange sie keine Chance hatten, eine Bürgergesellschaft aufzubauen.

In der europäischen Mitte trafen sich die Ambivalenzen der Modelle des Aufbegehrens. Die Verspätungen der Revolution und ihre widersprüchli-

chen Ergebnisse waren auch hier verursacht durch die unvollendet gebliebene Konstituierung einer Bürgergesellschaft. Die Hegelsche Geschichtsphilosophie überhöhte die Rolle des Staates in der Gleichsetzung des „Vernünftigen“ mit dem „absoluten Endzweck der Souveränität“, in dem der Einzelne bereit sein solle „zur Aufopferung im Dienste des Staates“; Ruhe gewönnen Nationen im Innern durch Kriege nach außen. So wird der Staat, in dem die Nation ihre Erfüllung findet, zum neuen absoluten Herrscher. Das Individuum mußte seine Gesellschaftlichkeit im Pathos der Kämpfe um Leben und Tod der Nation definieren und nicht durch den Gewinn seiner persönlichen Freiheit.

In unterschiedlichen Schattierungen der Regionen zwischen den universalen Entwürfen des demokratischen Nationalstaatskonzeptes des Westens und des absolutistischen Multinationalstaatskonzeptes des Ostens bilden die Nationen der europäischen Mitte widersprüchliche Modelle der Zusammenfassung voneinander getrennter Nationen aus. Sie schwanken zwischen individuellem Freiheitsanspruch und kollektivem Anpassungsdruck. In unaufhebbarer Gegensatz bleiben die Quellen kultureller Selbstbehauptung als partikulares Widerstandspotential gegen die unitarischen Zentren gerichtet. Weil sich das revolutionäre Subjekt nicht durchsetzen konnte gegen die Macht des Staates, gelang es ihm nicht, die Autonomie einer Bürgergesellschaft zu konstituieren. Es mußte sich bescheiden mit der Autonomie des kulturellen Partikularismus, der ambivalent blieb gegenüber dem Konzept des Nationalstaates: Residuum des Aufbegehrens.

Die Kunst bestätigte das Genie des großen Einzelnen in seinem Spiel mit dem ästhetischen Potential der Revolution. Die Revolte des Künstlers blieb abgeschnitten von seiner Verantwortung für die gesellschaftliche Veränderung, zumal die Gesellschaft sich selbst beschränkte auf eine halbierte Freiheit des Eigentums an Wirtschaftsgütern.

II. Die Zukunft der Vergangenheit: Nationalstaaten zwischen Emanzipation und Chauvinismus

Alle Länder der europäischen Zwischenregionen haben einen Preis für ihre unvollendeten Freiheitsrevolutionen zu bezahlen.

Die „Rückkehr nach Europa“, zuerst ausgerufen von der polnischen Solidarnosc und nach und nach als Forderung aufgegriffen von allen Freiheitsbewegungen des zerfallenden Sowjet-Blocks, ist ein Versuch, den Preis für die unterdrückte, ausgebliebene oder halbierte Revolution so niedrig wie möglich zu halten. Die revolutionäre Entwicklung muß nachgeholt werden. Ohne sie werden ökonomische Modernisierung und gesellschaftliche Reform nur schwerlich gelingen. Zugleich jedoch wiederholen sich im Laufe dieser Revolution alle Gefahrenmomente des im Westen mittlerweile gezähmten, wenn auch noch nicht überwundenen Nationalismus.

Die bipolare Spaltung der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es den westeuropäischen Regionen erlaubt, eine doppelte Aufgabe zu bewältigen: Zum einen wurde der Bundesrepublik Deutschland eine parlamentarische Demokratie westlicher Prägung verliehen, in die sie in vierzig Jahren von unten Strukturen einer Bürgergesellschaft einbauen konnte. Durch wirtschaftlichen Aufschwung konnten Rückfälle in irredentistischen Nationalismus vermieden, durch erweiterte Partizipationschancen der Arbeitnehmerschaft zugleich die soziale Frage gemildert und durch den kooperativen Föderalismus die Balance zwischen regionaler Selbstbestimmung und Erfordernissen des Bundesstaates gehalten werden.

Zum anderen wurde parallel dazu – als autonomer Prozeß und zur Domestizierung deutschen Unruhepotentials – ein Netz internationaler Verflechtungen geschaffen, das die westeuropäische Integration verdichtete. Staatliche Funktionen wanderten aus den Nationalstaaten in neue supra-staatliche Strukturen. Schritt für Schritt entsteht ein multinationales Gebilde, das den Kern der Volkssouveränität im jeweiligen Nationalstaat beläßt, die notwendige Internationalisierung moderner Ökonomien zugleich jedoch fördert. Ein allmähliches Angleichen der Lebenschancen wird durch gezielte Interventionen der Ausgleichsfonds der Europäischen Gemeinschaft ermöglicht. Zwar können Disparitäten der nationalen, sozialen und kulturellen Entwicklungen nicht abgeschliffen werden – dem steht die Autonomie der Regionen entgegen und das Gefälle unterschiedlich wachsender Produktivität. Im Blick auf bislang ausgebliebene Demokratisierungsschübe der Europäischen Gemeinschaft bleibt auch die Frage offen, ob bzw. wann weitere Selbstbestimmungsrechte der Nationalstaaten abgegeben werden.

Der Volksentscheid in Dänemark gegen die Maastrichter Verträge war nicht zuletzt ein Protest

gegen die immer deutlicher werdenden Demokratiedefizite der Europäischen Gemeinschaft. Das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa wird erst dann seinen utopischen Charakter verlieren, wenn ein neues Gleichgewicht von Demokratisierung, parlamentarischer Gestaltungsfähigkeit, ökonomischer Modernisierung sowie sozialer und ökologischer Reform gefunden sein wird. Und doch zeichnet sich am historischen Horizont die Möglichkeit ab, das Konzept des Nationalstaats mit sich erweiternden und vertiefenden Schritten der kontinentalen Integration zu verlassen. Die Wirklichkeit der weltweit ineinander verflochtenen Ökonomien verweist auf einen immer schneller wachsenden Grad der Internationalisierung, der der Substanz des Nationalstaats mehr und mehr die Kraft nimmt. Umso wichtiger wird – um die innergesellschaftliche Stabilität in den laufenden Modernisierungsschüben zu festigen – die durch Kultur gestiftete Identität.

Der europäische Osten kann mit seiner „Rückkehr nach Europa“ jedoch nicht solange warten, bis der europäische Westen eine neue innere Balance zwischen suprastaatlichem und nationalstaatlichem Zuschnitt gefunden haben wird oder gar die „Antiquiertheit“ des Nationalstaats hinter sich gelassen hat. Würde der Westen den Osten vertrösten oder sich ihm gegenüber gar abschotten – der Osten wäre nicht allein dazu verdammt, im Zeitraffer tempo die gesellschaftlichen Umbrüche des Westens nachzuholen, ohne ihn jemals einholen zu können. Der Westen überließe überdies den Osten den Gefahren, alle historischen Fehler zu wiederholen, auch die mörderischsten Rückfälle in den Nationalismus.

Der reformorientierte Risorgimento-Nationalismus hatte in der Mitte Europas seine Chance verspielt, als er seine chauvinistischen Binnenkräfte nicht mehr zähmen konnte und die eigene Nation sich als die von der Geschichte zur Herrschaft berufene über „minderwertige“ andere erhob und sich damit selbst überhob. Der westeuropäische integrale Nationalismus verhalf dem Risorgimento-Nationalismus ungewollt dazu, diesen Irrweg zu betreten. Es fehlte die Empathie des Westens, die eigensinnige Selbstbehauptung der europäischen Mitte in Form kultureller Autonomie als Surrogat der Freiheitsrevolution zu erkennen.

Erleben wir nicht gegenwärtig zeitverschoben eine ähnliche Konstellation? – Könnte es nicht sein, daß der emanzipative Gehalt der Revolution im europäischen Osten verloren zu gehen droht? Besteht nicht die Gefahr, daß der Risorgimento-Nationalismus, wie in einer Zeitmaschine erhitzt,

umkippt in integralen Nationalismus und dieser wiederum sich entzündet in Explosionen des Chauvinismus? Die „Rückkehr nach Europa“ ist ein Ruf der Hoffnung auf eine angemessene Antwort des Westens, die verzweifelte Bitte um Aufnahme in die Geborgenheit der Demokratie, und er ist zugleich ein Schrei der Angst vor dem Alleinbleiben im nationalistischen Autismus.

A. R. Penck, Maler aus Dresden, hat die paradoxen Lebensgefühle, die die Mehrheit der Menschen im Angesicht der Umbrüche erfüllt, zugespitzt in einer Bemerkung, alles sei verändert und doch habe sich nichts geändert.

Die scharfe Trennung zwischen der verstaatlichten Gewalt, welche die von der Partei verordnete Lüge durch ein Terrorsystem schützte, und der aufbegehrenden Dissidenz, die sich auf die Suche nach der Wahrheit begeben hatte, war kein verlässliches Muster. Das wirkliche Leben nistete sich in den Zwischenräumen ein, schwankte häufig von aufsäsigem Opportunismus zu angepaßter Rebellion. Gefühle der Ohnmacht und der Sinnlosigkeit politischen Handelns machten die Rolle einer bewußten Opposition gegen das Ancien régime unmöglich. Erst die ungewollte Auflockerung des granitenen Blocks der Nomenklatur durch Perestrojka und Glasnost setzte den euphorischen historischen Moment der demokratischen Revolution frei. Er ließ die Gewaltsysteme der kommunistischen Diktatur implodieren, als ihre Hilflosigkeit der Mehrheit offenbar wurde. Die Nomenklaturen konnten sich des friedlichen Ansturms ihrer Völker nicht mehr erwehren. Die Menschen waren sich ihrer Souveränität bewußt geworden. Sie hatten sich gegen ihren Staat erhoben, ohne den langen Zeitlauf der Konstituierung einer Bürgergesellschaft auf sich zu nehmen.

Nach dem Zerfall der Ideologie des kommunistischen Projekts und seiner mit ihm verschmolzenen staatlichen Strukturen füllt nach der demokratischen Revolution die nationale Revolution das entstandene Vakuum einer für jede soziale Konstruktion notwendigen integrativen Kraft. Gefühle der Ohnmacht und der Sinnlosigkeit kehren in einer anderen Form wieder, weil die ungeheure Beschleunigung der Ereignisse den Erfahrungen der Zeit vor der Revolution diametral entgegengesetzt ist: Es war die Zeit des unermeßlichen Stillstands der öffentlichen Ereignisse. Die erlittene Bewegungslosigkeit und die erlebte Geschwindigkeit macht taumeln. Alte Gewißheiten sind zerstört, Ruhe hat noch keine Chance.

In die neuen Unübersichtlichkeiten können vermeintlich versunkene Muster der sozialen Kohä-

sion an die Oberflächen gespült werden – zumal dort, wo Nationen in ihrer modernen Eigenstaatlichkeit sich historisch nur von kurzer Dauer konstituieren konnten wie im Baltikum oder dort, wo sie ihre moderne Eigenstaatlichkeit noch nicht erlangten, obwohl sie seit langem darum kämpften und ihre Selbstbehauptung wie im zerbrechenden Jugoslawien durch multinationale Fehlkonstruktionen zugeschüttet wurde.

Chauvinismus kann dort eindringen, wo die soziale Not demagogisch umgedeutet wird in den Haß auf Fremdes. Die Trennlinie zwischen befreiendem nationalem Selbstbewußtsein und in die Enge des Fremdenhasses führendem Chauvinismus wird dort überschritten, wo Nationalismus skrupellos eingesetzt wird als Instrument des Gewinns von politischer Macht nach innen und außen. Die Lösung von der Konstruktion eines falschen Internationalismus braucht sicherlich zunächst die Vergewisserung vom Wert der eigenen Nation. Der Aufbau einer neuen Konstruktion der eigenen Nation braucht als Stützpfiler aber auch sich entwickelnde Strukturen einer Bürgergesellschaft. Ohne eine solche Freisetzung der produktiven Potentiale der Demokratie jedoch finden sich die „Sturzgeburten“ der jungen Nationalstaaten im autistischen Zirkel eines in sich kreisenden Nationalismus wieder.

Die „Rückkehr nach Europa“ ist also doppeldeutig: Sie kann zur Explosion des Nationalismus führen, aber auch den Siegeszug der Demokratie beschleunigen. Welche Zukunft sich im Osten realisiert, hängt auch vom Westen ab – wie wiederum auch die Zukunft des Westens davon abhängt, welche sich im Osten durchsetzen wird.

Die Zukunft Europas entscheidet sich nicht zuletzt im Osten. Weil die Vereinigung Europas nur gelingen kann, wenn West und Ost ihre Fähigkeiten verstärken, die jeweiligen Entwicklungen komplementär aufeinander zu beziehen, darf der Westen mit seinen weiter fortgeschrittenen Bürgergesellschaften in Sorge um die Gefährdungen des Ostens Instrumente präventiver Intervention entwickeln. Das Menetekel der chauvinistischen Gewalterruptionen schreckt. Die Zündschnüre im europäischen Osten sind gelegt; die Sprengsätze des Nationalismus liegen offen. Sie können im Chaos des Chauvinismus explodieren. In Jugoslawien hat das Feuer die Zündschnüre bereits in Brand gesetzt.

Die Instrumente präventiver Intervention sind strikt zu binden an die internationalen Übereinkünfte zur Einhaltung der Menschenrechte, besonders, um Minderheiten aktiv zu schützen. Das Recht auf Selbstbestimmung muß verknüpft wer-

den mit dem Toleranzgebot für die ethnischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten. Verfahren, an denen die Bürgergesellschaften zu beteiligen sind, müssen geschaffen werden. Mechanismen zum Erkennen von Konflikten, ihnen präventiv vorzubeugen und sie gemeinsam mit den von den Konflikten Betroffenen zu regeln, sind rasch zu entwickeln; auch international vereinbarte Polizeiaktionen können dazu gehören.

Hilfen zum Aufbau der jungen Staaten des europäischen Ostens sind abhängig zu machen von der Entfaltung der Demokratie. Die von ihren Regierungen unabhängigen bürgerschaftlichen Organisationen des Westens sollten zum Ausbau der Strukturen ihrer Partner im Osten intensiver als bisher direkte nichtstaatliche Beziehungen aufnehmen; ihre jeweiligen Staaten müssen sie dabei finanziell stärker unterstützen. Die die Staaten überwölbenden suprastaatlichen Bündnisse sollten schneller als bisher nach Osten geöffnet werden. Der Eintritt in die EG muß über die Verkürzung von Assoziationsverfahren erleichtert werden – es sei denn, die EG Westeuropas ermutigt die rasche Entwicklung einer osteuropäischen EG durch besondere finanzielle und ökonomische Präferenzen.

Werden die Netze zwischen den Bürgergesellschaften von unten dichter geknüpft und fester gezogen durch bilaterale staatliche Beziehungen von Ost nach West und diese in den zusammenwachsenden Rahmen der gesamteuropäischen Vereinigung gestellt, dann führt die „Rückkehr nach Europa“ nicht zur zwanghaften Wiederholung dessen chauvinistischer Vergangenheit. Dann eröffnet sich ein Weg in eine gemeinsame Zukunft.

III. Skizze einer neuen europäischen Architektur

Soziale Konstrukte, wollen sie nicht Fragment bleiben, sondern sich behaupten, brauchen eine „Architektur“. Diese muß ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllen, sich zugleich der Lebenswirklichkeit stellen und der Zustimmung der Menschen vergewissern. Die Generierung neuer gesellschaftlicher Konstruktionen kann gelingen, wenn die architektonischen Elemente überzeugend wirken, wenn sie technisch stimmig sind und sie zugleich in ihrer Tauglichkeit erkannt werden. Diese systemischen Bedingungen zu erfüllen sind Voraussetzungen; allein reichen sie jedoch nicht hin. Sie müssen verknüpft werden mit den Prozessen ihrer sozialen

Verankerung und ihrer demokratischen Legitimation, wenn sie ihren Geltungsbereich erweitern wollen.

Drei Ebenen der Vermittlung zwischen individuellem und gesellschaftlichem Lernen müssen in Beziehung zueinander gesetzt werden, wenn die Politik über eine Moderatorenrolle hinauswachsen soll. Sie verknüpfen utopisches Denken im gesellschaftlichen Dialog mit der Arbeit an Projekten der Gestaltung. Stetigkeit und Offenheit der Partner im Konsens wie im Konflikt sind in diesem Prozeß Grundbedingungen. Sie bilden die notwendige Sicherheit in die Reversibilität der vorzunehmenden Schritte und das aufzubringende Zutrauen, den Traum von einer Sache verwirklichen zu wollen.

1. Eine andere Zukunft entwerfen

Die Sicht der Dinge verändert sich, wenn aufgrund neuer Deutungsmuster ein Blick geworfen wird auf ein real mögliches Bild eines anderen Weges der gesellschaftlichen Entwicklung. Erkenntnisse der Vergangenheit können linear in Modelle des gesellschaftlichen Werdens kaum übersetzt werden. Die Widerstände der Gegenwart begrenzen die Entfaltungsmöglichkeiten der Entwürfe und zugleich rufen sie den Willen zu ihrer Transformation wach. In aufklärerischer Absicht kann es nur liegen, die Konturen der Zukunft offen zu halten für ihre immer neue Bestimmung. In den Prozessen des Zusammenwachsens des europäischen Kontinents heißt der Zukunftsentwurf: Wandel zur Gemeinsamkeit.

Er beruht nicht zuletzt auf Begründung, Design und Erfolg der Politik der Entspannung. Diese durchlief mit Beginn der sechziger Jahre drei voneinander unterschiedene Phasen: den „Wandel durch Annäherung“, der den „Wandel durch Auflehnung“ vorbereitete. Schließlich hat der „Wandel durch Selbstbestimmung“, ermutigt durch die Politik der Entspannung, die friedlichen Revolutionen befördert. Die Entspannungspolitik hatte kühn auf die Zuspitzung der Blockkonfrontation geantwortet und mit dazu beigetragen, sie schließlich aufzulösen.

2. Die Gestaltungspotentiale der neuen sozialen Bewegungen nutzen

Auf den unerhörten Aufbruch im europäischen Osten hat der Westen noch nicht angemessen geantwortet. Mit großer Erwartung hat Osteuropa den Weg zur „Rückkehr nach Europa“ beschritten. Die Dissidenz war ihre Vor-Läuferin. Sie hatte sich neue Formen geschaffen, ihren Widerstand gegen die Entmündigung zu bekunden. Die

Nomenklatura hatte verloren, als die Symbole der Dissidenz als die Erkennungszeichen einer neuen Zeit erkannt wurden. Die Macht des Ancien régime verschwand im Strudel des Aufbruchs, als der Mut zur Veränderung stärker wurde als die Angst vor den Gewalten der auf Beharrung setzenden Nomenklatura. Die Trägerin der volkssouveränen Legitimität erhob sich gegen die etatistisch verformte Legalität. Die neuen sozialen Bewegungen für Freiheit und Demokratie hatten in den Jahren der Unterdrückung Netze der Solidarität von unten geknüpft. Sie zeigten sich in der politischen Revolution stärker als alle autoritären Versuche, von oben die Veränderungen aufzuhalten.

Die Kräfte der kreativen Neugestaltung im Osten unseres Kontinents brauchen den Dialog mit dem Westen, damit die Konfliktpotentiale, die ihre Zukunft bedrohen, umgearbeitet werden können zu Projekten der Gemeinsamkeit. Die sozialen Bewegungen des Westens brauchen den Dialog mit ihren Partnern im Osten, weil auch Westeuropa sich ändern muß, wenn eine gemeinsame Perspektive für unseren Kontinent entwickelt werden soll. Dieser Dialog kann in Prozesse münden, in denen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Regionen des europäischen Kontinents aus den Gesellschaften heraus wachsen wird.

3. Die Menschen zueinanderführen

Durch Zustimmung der Menschen können Zukunftsentwürfe Wirklichkeit werden. Sind sie konsensual im Diskurs erarbeitet oder in der argumentativen Konfrontation entstanden, sind in herrschaftsfreier Rede und Gegenrede ihre inneren Schwächen aufgedeckt und im Konflikt geheilt, dann können sie zu Stabilisatoren der Demokratie werden. Eine der Bedingungen für die Übertragung vom Entwurf in die Wirklichkeit ist, daß die persönlichen Ziele selbstbestimmten Lebens erkennbar werden in den gesellschaftlichen Ereignissen. Grundlinien der Gegenwart müssen verknüpfbar werden mit dem real möglichem Bild von einer anderen Zukunft. Scheinen in der individuellen Biographie Momente des Kontinuums von Vergangenheit und Gegenwart auf, die sich mit den Konturen einer als offen erwarteten Zukunft kreuzen, dann können Potentiale der Kreativität abgeschlossen werden, die sich im Zusammenspiel mit gemeinsamen Hoffnungen optimieren können.

Die sich beschleunigenden Modernisierungsprozesse rufen – parallel zum Anwachsen der innergesellschaftlichen Komplexität, der Ungewißheit, die den Zerfall der bipolaren Welt begleitet, und der Unsicherheit, die von der Umgestaltung unseres

Kontinents ausgeht – den Wunsch nach Stabilisatoren hervor, die das Gleichgewicht zwischen den individuellen und kollektiven Lernprozessen neu ausbalancieren. In dieser Entwicklung liegen Chancen und Gefahren eng nebeneinander: Das Bedürfnis nach Reduktion der oft als paradox erfahrenen komplexen Wirklichkeit auf handliche Muster der Erklärung kann individuell und kollektiv so mächtig werden, daß es demagogisch ausgebeutet werden könnte. Zugleich kann der Ruf nach Umorientierung die Lernbereitschaft so stark erweitern, daß neue persönliche und gesellschaftliche Dispositive sich durchzusetzen vermögen.

IV. Paradoxien im Transit

Alles kehrt wieder, aber nichts kommt zurück. An seinem Ende scheint das zwanzigste Jahrhundert sich in seinen Anfängen noch einmal zu begegnen. Mit Eruptionen der Gewalt hatte uns der Nationalismus in die Hölle des Chauvinismus geschleudert, aus der wir Deutschen uns erst nach verzweifelten Mühen befreit glauben. Ob diese Befreiung von Dauer sein wird, steht noch dahin. Nichts ist endgültig entschieden, solange die Demokratie zerbrechlich bleibt.

„Für den Menschen gibt es nichts, das ihm fremder wäre als er selbst“, sagt uns der französische Sozialphilosoph Edgar Morin. Die Implosion des sowjetischen Imperiums hat Fremdheitsgefühle explodieren lassen. Die Gebärde des Triumphs der westlichen Sieger und das Gefühl der Niederlage der östlichen Verlierer ergäben, bliebe es bei dieser gemischten Unvereinbarkeit, zusammen keine perspektivische Gemeinsamkeit. Eher wüchsen daraus Konfliktpotentiale, die, würden ihre Sprengsätze freigelegt, durch die Lunte der Demagogie entzündet werden könnten.

Die Konfliktpotentiale werden als Paradoxien erlebt, als Zusammenstoß von Erfahrungen der Vertrautheit mit Ängsten vor der Veränderung. In vier solcher Paradoxien lassen sich die zentralen Dilemmata des Postkommunismus im Transit beschreiben:

1. Die neuen Gesellschaften haben sich demokratisch bislang nur schwach konstituieren können. Erst die gesellschaftlich notwendige Differenzierung wird die Kräfte freisetzen, die die Strukturen der zivilen Bürgergesellschaft prägen werden. Empfundener wird der damit verbundene Streit um politischen Einfluß und um die politische Gestal-

tung von der Mehrheit weniger als ein Ringen um den richtigen Weg, sondern mehr als Störung des Harmoniebedürfnisses. Dieses erste Paradoxon der jungen Reformstaaten erklärt die Schwankungen in ihren Gesellschaften zwischen Schüben von Überschwang und Lähmung.

2. Die Eigenstaatlichkeit im europäischen Osten ist ungesichert. Das zweite Paradoxon entsteht im Prozeß der einzelstaatlichen Konstituierung, die der später einsetzenden Phase der suprastaatlichen Verbindungen vorangeht. Im Zeitraffer des Umbruchs erscheinen beide Entwicklungen fast gleichzeitig. Zudem brechen die Widersprüche der künstlich eingefrorenen Nationalismen auf und verschärfen die Widersprüche zwischen den Ethnien.

3. Die Ökonomien der Reformstaaten haben den Endpunkt ihres Kollapses noch nicht erreicht. Wurde der Staat bislang als übermächtiges Repressionsinstrument erfahren, so müssen nunmehr seine Kapazitäten auf die ökonomische Innovation hin umgebaut werden. Der Staat muß die Entstaatlichung der Gesellschaft betreiben.

4. Die sozialen Netze der Reformstaaten sind unterentwickelt. Den neuen Reformländern wird es schwer gelingen, Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung auf soziale Gerechtigkeit zu erfüllen, zumal die Organisierung von sozialen Interessen, etwa durch unabhängige Gewerkschaften, bis auf weiteres vorbelastet bleibt.

Diese als paradox erlebten Dilemmata folgen aus den tiefen Strukturbrüchen postkommunistischer Übergangsphasen. Sie können nicht vermieden werden; durch sie muß „hindurchgearbeitet“ werden. Mit der Schubkraft der friedlichen Revolution können in der Frühphase des gesellschaftlichen Wandels die ersten Hürden noch leicht übersprungen werden. Lassen die Kräfte der ideellen Motivation nach, weil die objektiven Hindernisse den Lauf der Ereignisse deutlich zu erschweren beginnen, dann setzt die Phase der Desillusionierung ein. Zeitweilig drohen Rückfälle in überwunden geglaubtes Verhalten – zumal dann, wenn eingespielte Muster der Deutung aktueller Geschehnisse demagogisch den Schein von Geltung wiedererlangen können. Hier schließt sich ein fataler Kreis, weil wahrgenommene Konflikte aufgrund der gesellschaftlichen Umbrüche auf die individuelle Bereitwilligkeit stoßen können, auch verborgenen Interpretationen zu folgen. Hier ist eine der Quellen, die die Manipulationschancen von Gerücht und Einflüsterung erhöhen.

Weite Regionen im Osten Europas finden sich nach dem säkularen Zerfall in anomischer Verwirrung wieder. Die Dekomposition betrifft nicht allein die notwendige Auflösung monströser Superstrukturen wie etwa den aufgesetzten falschen Internationalismus. Insoweit die soziale Identifikation mit der eigenen Nation aus diesem Prozeß hervortritt, kann sie sich als eine Form der Emanzipation dann Geltung verschaffen, wenn sie nicht vom Prozeß der demokratischen Selbstbestimmung und der vollen Anerkennung der Rechte von Minderheiten abgeschnitten wird.

Die fortschreitende Auflösung umfaßt jedoch mehr als den Zerfall des künstlich komponierten Konzepts eines Superstaates. Die UdSSR war ein Projekt – wie Jugoslawien –, das an seinen selbstgeschaffenen inneren Widersprüchen scheiterte. Sein Zerfall ist notwendig, weil seine Bauelemente hypertroph konstruiert waren. Sie waren nicht reformierbar; das haben die verschiedenen Versuche in den letzten Jahrzehnten gezeigt. Die Suche nach der nationalen Identifikation konnte durch das System der hierarchisch auf den Moskauer bzw. Belgrader Zentralismus ausgerichteten Republiken auch gewaltsam nicht länger unterdrückt werden. Am Ende brach die Architektur des Internationalismus in sich zusammen, als seine Brüchigkeit in der Phase des „Wandels durch Selbstbestimmung“ augenscheinlich wurde. Seine Integrationsfunktion hatte das suprastaatliche Konzept verloren, weil seine Strukturen auf die Lösung von Problemen inadäquat zugeschnitten waren.

Mit dem Zerfall staatlicher Strukturen insgesamt wird die Anomie der Gesellschaften offengelegt. Das Projekt der Diktatur des Proletariats hatte sich längst auf die Verstaatlichung der Gesellschaft verengt. Nach dem Ende des tödlich erkrankten kommunistischen Etatismus hob sich der Vorhang, der ihre Gesellschaften verhüllt hatte. Nur verkümmerte Reste von Strukturen untergegangener Bürgergesellschaften waren übriggeblieben. Neue soziale Bewegungen schossen aus den Kristallisationskernen der Dissidenz in den Zeiten der Umbrüche hervor. Sie mischen sich in der „Revolution in der Revolution“: im Prozeß des Werdens neuer Demokratien, der in den Prozeß des Werdens neuer Nationen fließt. Beide Fließrichtungen können sich rasch ändern, auch Strudel erzeugen. Anders als im europäischen Westen haben sich im europäischen Osten beide politischen Strömungen noch nicht voneinander geschieden.

Mögliche Ungleichzeitigkeiten der miteinander verzahnten Prozesse lösen Gefühle der Unsicherheit und der Verwirrung aus, solange sozialpsycho-

logische Stabilisatoren ausbleiben, weil die gesellschaftlich produzierten Veränderungen fast ausschließlich individuell aufgefangen werden müssen. Soweit ein gesondertes Muster der Sozialisation im Lauf der letzten Jahrzehnte sich hat durchsetzen können, rühren die Prozesse der Veränderungen auch an die Strukturen der Persönlichkeit und werfen Probleme der tiefen Identitätsstörung auf.

Die Leitfigur der gesonderten Sozialisation in der ehemaligen UdSSR wurde „Homo sovieticus“ genannt. Sie versuchte, idealtypisch auf den „neuen Menschen“ zu zielen. Er sollte zum individuellen Muster der vergesellschafteten Form der „Pax Sovietica“ werden und sie von innen stützen. Beide Konzepte waren aufeinander bezogen und sollten sich wechselseitig fördern. Da sie jedoch beide auf fragwürdige Inhalte hin orientiert waren, demokratiefeindliche suprastaatliche Strukturen sichern wollten und zugleich die individuelle Anpassung gewalttätig durchzusetzen beabsichtigten, zerbrachen sie in dem Moment, als der Freiheitswille der Menschen die Angst vor der eigenen Selbstbestimmung besiegte. Zutrauen zu individuellem und zu gemeinsamem Handeln wurde zunächst in kleinen Gruppen entdeckt und wuchs mit dem persönlichen Mut zum gesellschaftlichen Wandel.

Als Glasnost und Perestrojka als Versuche einer nicht mehr zu rettenden Gegenwart eingesetzt wurden, erkannte eine rasch wachsende Zahl von Menschen, daß sie eine andere Zukunft gewinnen könnten, wenn sie die selbstverschuldete Unmündigkeit hinter sich ließen. Geplant als Instrumente der Modernisierung des kommunistischen Projekts, wendeten sich Glasnost und Perestrojka gegen ihren Erfinder, weil sie von einer immer größer werdenden Zahl der Menschen radikalisiert wurden. Aus einer „List der Vernunft“ wurde eine Revolution der Vernunft. Der „Homo sovieticus“, geboren in der Zeit des gespaltenen Bewußtseins, in der er dem Staat als nichtswürdiger Einzelner schon unterworfen war, bevor er ihm fast rechtlos gegenübertrat, hatte ausgespielt.

Die Metamorphosen, die bis zum „Homo politicus“ der aktiven demokratischen Bürgergesellschaft zu erarbeiten sind, werden schmerzhaft sein – auch, weil die Ablösungen von kulturell vermittelten Instanzen jener spezifischen Sozialisation, die in langer Dauer geprägt worden sind, nicht ohne harte Auseinandersetzungen erfolgen können.

Kategorial unterschieden sich die Nationalstaatskonzepte bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein im Osten unseres Kontinents wenig. Ihr innerer

Charakter war autoritär oder diktatorisch dominiert. Ob Karl August Wittfogels Begriff von der „orientalischen Despotie“ weiterträgt, müßte genauer untersucht werden. Die Einflüsse des Islam haben gewiß den europäischen Osten mitgeprägt. Auch Konflikte zwischen Katholizismus, Orthodoxie und dem europäisch gefilterten Islam haben auf dem Balkan schwierige kulturelle Mischungen entstehen lassen. Allein der flüchtige Blick auf die unerhörten Kulturleistungen des Islam verbietet jedoch ein eindimensionales Urteil. Soviel scheint allerdings klar: Systemische Differenzierungen zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat, wie sie den Westen bestimmten, verloren im Osten an Kontur. Oben und unten standen sich als schiere Antinomien gegenüber. Wesentliches Kriterium der Differenz war die Gewalt.

V. Schicksalsgemeinschaft Europa

Die „Rückkehr nach Europa“ war die Beschreibung des Weges, den Solidarność als erste in die Zukunft hinein zu formulieren wagte. Alle Regionen im Osten unseres Kontinents hat dieser Ruf erfaßt. Alle neuen sozialen Bewegungen dort haben sich ihn zu eigen gemacht. Er dokumentiert das Verlangen, die bedrückende Enge zu verlassen, in der man sich jahrzehntelang eingeschlossen sah. György Konrad und Milan Kundera haben vom Osten als dem „gekidnappten Kontinent“ gesprochen und vom „unglücklichen Europa“; dies sind genaue Metaphern, die die Gefahr der Selbstisolierung bezeichnen. Aus den eisernen Gehäusen des Projekts des bürokratischen Kommunismus konnte nur entfliehen, wer die europäischen Werte als Heimat erkannte. Nur: welches Europa ist es, dem der Aufbruch gilt – das Europa der Expansion und der Konsumorientierung oder das Europa der Aufklärung und der selbstreflexiven Moderne?

Der Osten verknüpft mit seiner Ankunft im Westen hohe Erwartungen. Jan Patočka empfand das „Elend des Sturzes im Bewußtsein der unmittelbar bevorstehenden Finsternis“ als Schmerz, der gemildert werden könne durch die „Solidarität der Unterdrückten“. Die ethische Revolution der Dissidenz, die mit der Charta 77 und mit Solidarność begann, schuf die untergründige Kraft, die in die gewaltbewehrten Festungen hinein Höhlen baute. Ihre Hoffnung war, daß der Westen dem Osten mit gleicher Hoffnung begegne, mit dem Willen zu einem neuen Europa.

Noch am Vorabend der Umbrüche schien es, so André Glucksman, als sei die Herrschaft des Totalitarismus ewig. Aber die Gegenwart hielt den Erwartungsdruck auf eine andere Zukunft nicht mehr aus. Das Prinzip der Dia-Logik – des komplexen, wechselseitigen Friedens – hatte das Prinzip der Mono-Logik – der einfachen Konfrontation – abgelöst. Wohin aber führt die Agonie der bipolaren Welt? Ist es die Agonie zum Tode oder leitet sie eine Geburt ein – und welche? Wird die Welt multipolar, wird sie unipolar?

Die großen Schismen hatten Europa, den unbestimmten Kontinent, in langen Jahrhunderten auseinandergerissen. Von hier aus haben in den beiden letzten Jahrhunderten die großen Revolutionen die Welt erschüttert. Die industrielle Moderne hat die demokratische, die soziale und die nationale Revolution beschleunigt, sie über unseren Kontinent in die Welt hinaus getrieben. In neuer Form kommt die industrielle Moderne nach Europa zurück. Der europäische Osten tritt aus den langen Schatten der Vergangenheiten, die die untergehende rote Sonne wirft, heraus. Er sucht neue Fixpunkte, um Halt zu finden im Strudel der Zeit. Kann die Wiederentdeckung der Nation den Bedarf an Orientierungen und Bindungen erfüllen, nach denen die Menschen im Angesicht der Zusammenbrüche verlangen? Muß der „Weg zurück nach Europa“ über die Nation gehen?

György Konrad charakterisiert daraus entstehende Gefahren: „Identität verspricht Hochmut“. Und doch – Umwege, an der Identitätssuche vorbei, sind versperrt. Nur, die Suche nach der Identität darf nicht zur Sucht nach nationaler Überheblichkeit werden. Kulturelle Autonomie, das Selbstgewißwerden der Sprache, der Geschichte, der eigenen Region sind unverzichtbare Bedingungen, um individuell mithalten zu können in der sich beschleunigenden Geschwindigkeit der anstehenden Modernisierungsprozesse.

Nationalismus kann auch eindringen durch die Poren der Verletztheitsgefühle. Demütigungen haben die Diktaturen des Faschismus und des Kommunismus allen Völkern zugefügt. Die Wunden schmerzen noch. Potentiale nationaler Unruhe finden sich verstreut über unseren Kontinent, zumal im ungefestigten Osten. Verführerisch für die Vereinfacher in der classe politique: Sind Gefühle nationaler Würde verletzt, dann wächst die Sehnsucht nach Anerkennung. Im Kampf um die politische Macht kann das Schüren des Nationalismus zur billigsten Waffe verkommen.

Welchen Weg wird nun Europa gehen? Den in die Sackgasse des autistischen Nationalismus? Den in

das offene Feld der kreativen Begegnungen der Kulturen und Nationen? Den in die Vertiefung der Spaltungen unseres Kontinents oder den in ihre Überwindung? Die Möglichkeiten, der Zukunft eine feste Gestalt zu geben, sind weitgespannt wie selten.

Die europäische Identität ist die Erfahrung des Widerspruchs, der nicht endenden Spannung zwischen Einheit und Vielheit, zwischen Universalismus und Partikularismus. Der Post-Kommunismus betritt die Bühne des Nationalismus; der Post-Nationalismus will die Bühne des Konsumismus nicht verlassen. Wir begegnen der Kontinuität unserer Brüche in den immer neuen Versuchen, die Brüche produktiv umzuarbeiten in eine Reformperspektive.

Im Siegeszug der universellen Europäisierung wurden partikuläre Kulturen eingeebnet. In ihrem Untergang schien ihre Vergeblichkeit, die Unverwechselbarkeit ihrer Ästhetik, noch einmal auf. Der Nationalismus tritt in der Pose des Retters des Partikularismus auf und ist doch dessen grausamster Zerstörer. Die Gewalt ist sein Instrument, das der Nationalismus mit seiner Empfindungslosigkeit gegenüber der Würde anderer Nationen einsetzt. Er überhöht sich, weil er sich nur bestätigen kann, wenn er andere erniedrigt. Die letzte Grenze des Nationalismus will Mischungen been-

den. Das Ende des Nationalismus wird Mischungen entgrenzen. Wo Ethnos chauvinistisch verformt wird, ist Demos verloren.

Tatjana Tolstaja beobachtet im europäischen Westen das allmähliche Verschwinden der Geschichte in der Zivilisation und im europäischen Osten die Wiederkehr der Geschichte ohne Zivilisation. Ihre Begegnungen kreuzen sich in den Verschiebungen zwischen der Prä-Moderne und der Post-Moderne. Was werden die Begegnungen kreieren? Neue Grenzen, neue Grenzüberschreitungen? Einander widerstrebende politische Konzeptionen?

Am Anfang der Konstituierung der politischen Identität Europa steht das Bewußtsein der europäischen Kulturen von ihrer Identität in ihrer Nicht-Identität. Lange bevor Europa als politische Einheit in seinen politischen Vielheiten zusammenwachsen wird, werden Toleranz, Autonomie und Gegenlauf der Kulturen die selbstbehaupteten Fundamente sein, die die neuen Konstruktionen bauen und festigen und immer wieder ändern werden.

Der Engel der Geschichte, den Walter Benjamin voller Todesahnung die Zukunft erkennen ließ, mag seine von Trauer schwer gewordenen Flügel ein letztes Mal dem Sturm der Zeit öffnen. Mag sein, dieses Mal ist die Hoffnung stärker.

Werner Weidenfeld/Felix Philipp Lutz: Die gespaltene Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/92, S. 3-22

Der Prozeß der Einigung Deutschlands wird langfristig belastet werden durch eine Spaltung der Einstellungen in der Bevölkerung in Ost und West. Das jeweilige individuelle und kollektive Geschichtsbewußtsein der Menschen unterscheidet sich tiefgreifend voneinander. Das betrifft sowohl die Inhalte als auch die Verarbeitungsmuster von Geschichte. Im Westen dominieren der Nationalsozialismus sowie die Gründungs- und Aufbauphase der Bundesrepublik, während im Osten vorrangig die Geschichte der DDR erinnert wird und verarbeitet werden muß. Die zukünftige Geschichtsinterpretation und Historiographie über die Ex-DDR entscheidet über die Stigmatisierung und Kriminalisierung mehr oder weniger großer Bevölkerungsgruppen in den neuen Bundesländern und erweist sich daher als politischer Faktor von großer Bedeutung. Systempatriotismus und Stolz auf den erarbeiteten Wohlstand sind hingegen wichtigste Bestandteile des Geschichtsbewußtseins der Westdeutschen.

In den neuen Bundesländern ist eine positive Grundeinschätzung der Idee des Sozialismus noch tief verwurzelt. Zusammen mit dem Mythos des Antifaschismus und anderem SED-Gedankengut wird einerseits eine endgültige Aufarbeitung des Nationalsozialismus blockiert und andererseits eine Tendenz zur Verklärung des SED-Staates deutlich. Das Geschichtsverständnis der SED und das der Bevölkerung klaffen weit auseinander. Die aktuellen Ängste, Vorurteile und Einstellungen der Deutschen in Ost und West zueinander aber fördern eher eine Sichtweise, in der sich die Ostdeutschen stärker mit der ehemaligen DDR identifizieren als mit der Bundesrepublik. Dies färbt ab auf das Geschichtsbewußtsein und führt zu Versuchen, in der untergegangenen DDR verstärkt Positives zu sehen.

Der SED-Staat hat in den Köpfen der Menschen von der alten sozialistischen Ideologie geprägte Deutungsmuster und Begriffswelten hinterlassen, die noch lange fortwirken werden. Zusammen mit der „Nicht-Kommunizierbarkeit der DDR“ werden sich wohl noch für die Dauer mindestens einer Generation Verständnis- und Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Deutschen in Ost und West ergeben.

Dieter Senghaas: Vom Nutzen und Elend der Nationalismen im Leben von Völkern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/92, S. 23-32

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat auch in Europa neue Manövrierräume für nationalistische bzw. ethnonationalistische Bewegungen freigesetzt. In aller Regel wird der ihnen zugrundeliegende Nationalismus als Irrweg diagnostiziert und eine verwerfliche Irrationalität unterstellt. Das Elend, in das nationalistische Bewegungen Menschen und Völker stürzen können, ist offenkundig, dennoch muß auch nach der Rationalität, dem Nutzen des Nationalismus als einer beharrlichen Erscheinung der Moderne gefragt werden.

Im Beitrag wird Nationalismus in entwicklungsgeschichtlicher Perspektive thematisiert; Nationalismus wird als Entwicklungsnationalismus begriffen. In historisch-vergleichender Analyse wird sein unterschiedlicher entwicklungspolitischer Stellenwert hervorgehoben. Drei trennbare Kontexte werden unterschieden: der originär-klassische Nationalismus Nordwesteuropas und daran anschließend aller westlichen hochindustrialisierten Länder (OECD); der sekundäre Nationalismus zur Überwindung von erzwungener Unterentwicklung bzw. von Peripherisierung; der tertiäre Nationalismus, der als ein Verfallsprodukt fehlgeschlagener Prozesse nachholender Entwicklung interpretiert werden kann.

In der diesen Nationalismen zugrundeliegenden unterschiedlichen Entwicklungsproblematik ist deren rationaler Kern zu sehen. Dennoch ist die ständige Gefahr eines Umkippen von Entwicklungsnationalismus in Dominanzverhalten und Überwertigkeitswahn – ein Reflex sich pathologisierender Aus- und Abgrenzungen (Ethnozentrismus) – nicht zu verkennen. Nationalismen müssen also in ihrer Ambivalenz von Rationalität und Irrationalität wahrgenommen werden.

Gert Weisskirchen: Europa im Aufbruch zu einer neuen Gemeinsamkeit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/92, S. 33-42

Auf das „unerhörte Ereignis“ der Umbrüche im europäischen Osten ist eine überzeugende Antwort des europäischen Westens bislang ausgeblieben. Die Gründe liegen zum einen in den unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen, welche die drei großen Teilregionen des Ostens, der Mitte und des Westens unseres Kontinents mit den demokratischen und nationalen Revolutionen seit der industriellen Moderne durchlebt haben. Zum anderen sind die nationalen Bürgergesellschaften ungleichzeitig und in unterschiedlicher Intensität gewachsen. Solange ihre Fähigkeiten zu inneren Reformen aber noch nicht gereift sind, können sie als Stabilisatoren der neuen Demokratien ihre Funktion nur zum Teil ausfüllen. Das macht die Nationalstaatskonzepte im europäischen Osten, je jünger sie sind, umso ungefestigter und öffnet Einfallstore für nationalistische Demagogie.

Die entscheidende Aufgabe des europäischen Westens läge darin, die Entwicklung suprastaatlicher Strukturen nicht allein in seiner Region der weithin gefestigten parlamentarischen Demokratie zu erweitern und zu vertiefen. Ein koevolutives Konzept sollte im Dialog mit den Bürgergesellschaften des Ostens und ihren politischen Eliten erarbeitet werden, das es ermöglicht, die Gefahren von Rückfällen in autistischen Chauvinismus zu vermeiden.

Die Basis für den zu beschleunigenden Vereinigungsprozeß Europas liegt in den Erfahrungen, welche die Völker in langen Zeiträumen von Konsens und Konflikt miteinander gesammelt haben. Die Gemeinsamkeit Europas liegt im Bewußtsein seiner Einheit in der Verschiedenheit. Die anzustrebende politische Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa beruht auf den Erfahrungen der Identität der europäischen Kulturen in ihrer Nicht-Identität.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur 25,- DM

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang



neu

1991

Jetzt bestellen!

Noch begrenzt vorrätig (Preis, w. o.)

Jahrgang: 1990



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **Das Parlament**, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier